

Einfach anders!?

Ambivalente Alternativen der Vergesellschaftung

Kathrin Englert, Natalie Grimm, Ariadne Sondermann
Die zentrale Bedeutung von Erwerbsarbeit als Hindernis
für alternative Formen der Vergemeinschaftung

Annette Schlemm und Christian Siefkes
Widersprüche und Spannungsfelder in der Praxis aktueller
Commons-Netzwerke – am Beispiel Freier Software
Eine E-Mail-Diskussion

Sylvia Beck
Gemeinschaftliches Wohnen. Zwischen gelebter Sozialutopie,
pragmatischer alltäglicher Lebensführung und
instrumentalisierter Vergemeinschaftung

Nausikaa Schirilla
Eigene Vergesellschaftungsformen von MigrantInnen?
Kritische Reflexionen

Michael May
Formen solidarischer Vergesellschaftung und
Vergemeinschaftung von Jugendlichen aus der Provinz

Forum

Joachim Weber
Motive der Vergemeinschaftung



Widersprüche

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich
32. Jahrgang, Juni 2012

Herausgegeben vom Widersprüche e.V.
Verein für kritische Analyse und Bildung im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich

Redaktion: Manfred Kappeler, Friedel Schütte (Berlin); Christof Beckmann, Holger Ziegler (Bielefeld); Henning Schmidt-Semisch (Bremen); Uwe Hirschfeld (Dresden); Fabian Kessl (Essen); Karl August Chassé, Helga Cremer-Schäfer, Kirsten Huckenbeck (Frankfurt); Frank Düchting, Timm Kunstreich (V.i.S.d.P.), Michael Lindenberg, Tilman Lutz, Barbara Rose, Wolfgang Völker, Heiner Zillmer (Hamburg); Dietlinde Gipsler (Hannover); Thomas Wagner (Ludwigshafen); Joachim Weber (Mannheim); Maria Bitzan, Eberhard Bolay (Reutlingen); Günter Pabst (Schwalbach/Ts.); Annita Kalpaka, Michael May (Wiesbaden); Gertrud Oelerich, Andreas Schaarschuch, Heinz Sünker (Wuppertal).

Die Schwerpunkte der nächsten Nummern sind:

Widersprüche 125 Professionelle Soziale Arbeit (September 2012)
Widersprüche 126 Intersektionalität & Soziale Arbeit (Dezember 2012)

Die **Widersprüche** erscheinen regelmäßig mit vier Nummern im Jahr mit einem Gesamtumfang von mindestens 520 Seiten. Einzelheft € 15,00. Jahresabonnement € 42,00; StudentInnenabonnement (Studienbescheinigung beilegen) € 27,00; Preise jeweils zzgl. Versand. Das Abonnement kann mit einer Frist von acht Wochen zum Jahresende schriftlich gekündigt werden.

Hinweis der Redaktion: Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Manuskripte zur Veröffentlichung nimmt die Redaktion gerne entgegen. Für eingesandtes Material wird keine Haftung übernommen.

Redaktionsadresse: Widersprüche, Holger Adam c/o Redaktion express/AFP e.V., Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel.: (0 69) 67 99 84, E-Mail: widersprueche@gmx.de

Verlagsadresse: Verlag Westfälisches Dampfboot, Hafenweg 26a, 48155 Münster, Tel.: (02 51) 39 00 48-0, FAX (02 51) 39 00 48 50, E-Mail: info@dampfboot-verlag.de, Internet: <http://www.dampfboot-verlag.de>

Vertrieb an Einzelkunden: Germinal GmbH, Siemensstr. 16, D-35463 Fernwald, Tel.: +49 (0) 641 / 4 17 00, E-Mail: bestellservice@germinal.de

Vertrieb an Institutionen/Buchhandlungen: Prolit Verlagsauslieferung, Siemensstr. 16, D-35463 Fernwald, Tel.: +49 (0) 641 / 9 43 93 33, Fax: +49 (0) 641 / 9 43 93 39, E-Mail: R.Eckert@prolit.de

© 2012 Verlag Westfälisches Dampfboot. Alle Rechte, auch das der Übersetzung vorbehalten
Druck und Bindung: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der welt-sichten bei.

ISSN 0721-8834 ISBN 978-3-89691-984-7

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

Widersprüche

124



Knochenbrüche
Z'sammenbrüche
Bibelsprüche
Lehrerflüche
Mutters Küche
sind 'ne Menge
Widersprüche
(Volksmund)

Einfach anders!?

Ambivalente Alternativen der Vergesellschaftung

Zu diesem Heft 3

Kathrin Englert, Natalie Grimm, Ariadne Sondermann

Die zentrale Bedeutung von Erwerbsarbeit als Hindernis
für alternative Formen der Vergemeinschaftung 11

Annette Schlemm und Christian Siefkes

Widersprüche und Spannungsfelder in der Praxis aktueller
Commons-Netzwerke – am Beispiel Freier Software
Eine E-Mail-Diskussion 25

Sylvia Beck

Gemeinschaftliches Wohnen
Zwischen gelebter Sozialutopie, pragmatischer alltäglicher Lebensführung
und instrumentalisierter Vergemeinschaftung 33

Nausikaa Schirilla

Eigene Vergesellschaftungsformen von MigrantInnen? Kritische Reflexionen .. 55

<i>Michael May</i> Formen solidarischer Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung von Jugendlichen aus der Provinz	71
--	----

Forum

<i>Joachim Weber</i> Motive der Vergemeinschaftung	95
---	----

Rezensionen

<i>Wolfgang Völker</i> Was ein gutes Leben sei? über Anne Allex/Harald Rein (Hg.): „Den Maschinen die Arbeit ... uns das Vergnügen! – Beiträge zum Existenzgeld (2011)	109
---	-----

<i>Wolfram Stender</i> Was ist Ideologiekritik? über Theodor W. Adorno: Nachgelassene Schriften. Abteilung IV: Vorlesungen Band 6: Philosophie und Soziologie (1960/2011)	121
--	-----

Zu diesem Heft

Die Frage nach alternativen Vergesellschaftungsformen verweist zuerst auf das Moment von Gesellschaft selbst. Die Art und Weise, wie gesellschaftliche Zusammenhänge seit dem Übergang vom 18. ins 19. Jahrhundert in Europa zunehmend als national- und wohlfahrtsstaatliche manifestiert wurden, verweist auf den Sachverhalt, dass dieser Moment mehr meint als die bloße Summierung einzelne Akteur_innen, der Gesellschaftsmitglieder also. Gesellschaft verweist vielmehr auf den Regulierungs- und Gestaltungszusammenhang, der bestimmte Regelmäßigkeiten aufweist, die vom individuell-psychischen, leiblich-physischen wie vom physisch-dinglichen zu unterscheiden sind. Der Fokus auf alternative Vergesellschaftungsformen wirft zweitens die Frage nach dem „Anderen“ auf – eben der Alternative zum bisher bestehenden Muster der Vergesellschaftung.

Gegenwartsanalytische Vergewisserungen sind sich aktuell relativ einig darüber, dass sich die bisherige nationalstaatliche und wohlfahrtsstaatliche Formation seit der Mitte der 1970er Jahre in einem grundlegenden Transformationsprozess befindet. Darauf machen regulations- wie staatstheoretische (vom Fordismus zum Post-Fordismus bzw. vom wohlfahrtsstaatlichen zum post-wohlfahrtsstaatlichen Arrangement), macht- und gouvernementalitätsanalytische (von der Normalisierungs- zur Präventions- und Kontrollgesellschaft) oder post-koloniale Analysen (von nationalen zu post-nationalen Konstellationen) aufmerksam.

Neben diesen sozialtheoretischen Bestimmungsversuchen zur Kategorisierung des Transformationsprozesses rücken in jüngster Zeit zwei weitere Auseinandersetzungen in den Fokus der Aufmerksamkeit:

Erstens ein neues Interesse an der Suche nach Alternativen oder zumindest der Opposition zu den vorherrschenden politischen Positionen. Das symbolisieren für die Jahrtausendwende die Weltsozialforen, die so genannte Anti-Globalisierungsbewegung insgesamt, die internet-basierten sozialen Bewegungen, wie Campact, der Aufbau von digitalen Netzwerken der Peer-Production oder seit 2011 die weltweite Occupy-Bewegung. Für den Bereich der Sozialen Arbeit sind hier vor allem die in den vergangenen Jahren entstandenen Bündnisse auf lokaler Ebene zu nennen. Stellvertretend seien an dieser Stelle für den deutschsprachigen

Raum die lokalen Arbeitskreise Kritische Soziale Arbeit (AKS), u.a. in Dresden, Hamburg und Köln, die *Linzer* und die *Soltau Initiative*, das Bremer *Bündnis Soziale Arbeit*, der *Verein Kritische Soziale Arbeit* in Wien (Kriso) und das gleichnamige *Forum für kritische Soziale Arbeit* in Zürich genannt. Neben diesen sozialen Bewegungsformen ist ein deutliches Bemühen um die Entwicklung angemessener konzeptioneller Bestimmungs- und wissenschaftlicher Deutungsmuster in Bezug auf alternative Positionierungen zu beobachten: Die Frage der Gestalt(ung) einer Theorie und Forschung der Kritik bzw. einer kritischen Wissenschaft hat wieder Konjunktur – in der Sozialphilosophie und der politischen Theorie, in den Kulturwissenschaften und der Soziologie, in der Bildungs- und Erziehungssoziologie und inzwischen auch wieder in der Erziehungswissenschaft – und nicht zuletzt in der Sozialen Arbeit. Die Fragen nach alternativen Vergesellschaftungsformen scheinen also wieder auf der Agenda zu stehen.

Zugleich ist mit den Erfahrungen der „Neuen Sozialen Bewegungen“ seit den 1960er Jahren im Rücken (u.a. Kinderladenbewegung, Betroffenenbewegung im Feld der Psychiatrie, Frauen- und Schwulen-/Lesbenbewegung) die Auseinandersetzung um alternative Vergesellschaftungsformen ambivalent und auf Basis einer Einsicht in die konstitutive Notwendigkeit von Selbstkritik möglich. Denn im Rückblick zeigt sich, dass die Adaptionsfähigkeiten des neuen Kapitalismus (Boltanski/Chiapello) von den Akteur_innen im Feld der neuen sozialen Bewegungen ebenso unterschätzt wurden wie die konzeptionelle Koalitionsfähigkeit ihrer Freiheitsforderungen mit den neo-liberalen Programmsätzen der Wahlfreiheit von Konsument_innen. Außerdem erweist sich im Rückblick die grundlegende Staats- und Institutionenkritik der neuen sozialen Bewegungen insofern als Dilemma, als sie die Notwendigkeit der Institutionalisierungsbedürftigkeit ihres Engagements häufig unterschätzt, und damit die Etablierung ihrer Initiativen geschwächt haben.

Fragen nach alternativen Vergesellschaftungsformen sind daher nurmehr im Horizont und unter expliziter Berücksichtigung dieser Erfahrungen angemessen möglich. Doch nicht nur dieser Erfahrungshorizont, sondern auch die theorie-systematischen Vergewisserungen um die Geltung von kritischen Analyse(n), wie sie in den vergangenen Jahrzehnten verstärkt diskutiert werden (u.a. Boltanski; Celikates), bilden den unausweichlichen Ausgangspunkt, von dem aus alle kritisch-theoretischen Perspektiven heute entwickelt und diskutiert werden müssen.

Eine alternative Vergesellschaftung sollte demnach (1.) nicht auf Basis einer falschen *Vereindeutigung der gegenwärtigen* – zum Beispiel der post-nationalen – *Entwicklungsdynamiken* konzipiert werden, (2.) keine nostalgische *Verklärung des Vorhergehenden*, also zum Beispiel des wohlfahrtsstaatlichen Vergesellschaftungs-

modells vornehmen und (3.) eine *Dichotomisierung von Tätern und Opfern* vermeiden, sondern stattdessen die Mit-TäterInnenschaft, zum Beispiel der kritischen Wissenschaftler_innen an der Neujustierung des Hochschulsystems („Bologna“) oder der sozialpädagogischen Fachkräfte an der Managerialisierung, Kommerzialisierung und Privatisierung der kommunalen sozialen Dienste selbstkritisch reflektieren.

Einer solchen selbstkritischen Analyse war vor einigen Jahren auch das ursprüngliche, 1983 von der neu gegründeten Redaktion der Widersprüche unter dem Titel „Verteidigen, Kritisieren und Überwinden zugleich! Alternative Sozialpolitik – Gegen Resignation und Wende“ verfasste erste gemeinsame sozialpolitische Selbstverständnispapier (vgl. Widersprüche Heft 11 4/84: 121 ff.) zu unterziehen. Denn in der Rückschau stellte sich heraus, dass dieses in seinen Konkretisierungen noch zu sehr Sozialpolitik war und außerdem zu schnell eine Gesamtalternative sein wollte, wie Niko Diemer für die Redaktion in Heft 31 (6/89: 13 ff.) verdeutlichte.

In ihrem ersten Selbstverständnispapier setzte die Reaktion in ihrer weit ausholenden Zielperspektive einer „alternativen Hegemonie“ neben der Idee einer „sozialen Garantie“ auf eine „Produzentensozialpolitik“. Die dabei verwendete männliche Formulierung der „Produzentensozialpolitik“ hat nicht nur etwas damit zu tun, dass damals geschlechtsneutrale Sprachkonventionen – bzw. solche, die auch andere Geschlechter semantisch einbeziehen, – noch nicht üblich waren. Vielmehr spiegelt sich in dieser Formulierung auch, dass trotz kritischer Überlegungen zu „Ökonomismus“ und „Etatismus“ die Redaktion zum damaligen Zeitpunkt noch zu simpel Befreiungswirkungen von Mindesteinkommen unterstellte und dabei zu wenig über mögliche Ausgrenzungsfolgen und möglicherweise verfestigte Geschlechterarbeitsteilungen nachgedacht hat. Eine Vereindeutigung dieser Entwicklungsdynamiken und eine allzu einfache Dichotomisierung von Bestehendem und Alternativem waren auch in der Selbstkritik festzuhalten.

Wie Niko Diemer schon in Heft 31 für die Redaktion (selbst-)kritisch vermerkt, berücksichtigt das erste Selbstverständnispapier auch zu wenig die Aspekte einer „moralischen Ökonomie“ der Subjekte sowie die subjektiven Bedeutungen von „gesichert sein“, „für sich selbst sorgen“ und von „arbeiten“. Deshalb hat sich die Redaktion in ihren weiteren Diskussionen zu einer „ProduzentInnensozialpolitik“ bzw. „Produzierendensozialpolitik“ (vgl. Heft 66/1997 Teil III. „Politik des Sozialen“) dann auch auf das bereits aus Gründungszeit des „Sozialistischen Büros“ stammende Postulat von Oskar Negt rückbesonnen, „Politik als einen auf Lebensinteressen bezogenen Produktionsprozess zu begreifen und im überschaubaren Umkreis der eigenen Erfahrung überprüfbar zu machen, worin der

Befreiungsgehalt politischen Handelns und demokratischer Selbstorganisation besteht und was demgegenüber Ausdruck modernisierter Herrschaftspraktiken ist“ (Negt 1995: 162).

„Politik des Sozialen“ wird in dieser Weise von der Redaktion nun als eine zu denken versucht, die sich aus elementaren Situationen zusammensetzt, „in denen in einem Prozess miteinander verknüpfter Subjekt-Objekt-Beziehungen die unterdrückte und im Kapitalverhältnis verdrehte menschliche Sinnlichkeit als ‚ProduzentInnensozialpolitik‘ zu sich selbst kommt“ (May 1997: 233). Insofern werden „Politik des Sozialen“ und „Produzierendensozialpolitik“ als emphatische Kategorien konzipiert. Ja, sie werden von der Redaktion als praktisches Programm begriffen, das die Analyse, welche sich so selbst als Teil jenes gesellschaftlich kollektiven Produktionsprozesses von Erfahrung versteht, der Praxis seiner Verwirklichung entgegenzuführen hat.

Zugleich zielen die Kategorie der „Produzierendensozialpolitik“ wie der sie übergreifenden „Politik des Sozialen“ jedoch durchaus auf Realität: Eine Realität freilich, die häufig aufgrund der „Zähigkeit des institutionellen Blicks“ übersehen wird, welcher – wie Niko Diemer polemisch auch gegenüber dem ersten Selbstverständnispapier der Redaktion vermerkt hat – „den Subjekten Gutes tun will, präventiv und partizipatorisch, versteht sich“ (ebd.). So existieren in jenen Subjekt-Objekt-Beziehungen, die vor allem in aktuellen politischen Kampfsituationen als dann bewusste Eigenschaften zu subjektiver Handlungsfähigkeit zusammengefasst werden und sich in dieser Weise als „Produzierendensozialpolitik“ zu artikulieren beginnen, Momente, die auf neue Formen der Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung hindeuten. Gegenüber der hegemonialen Konstellation, die die Reproduktion einer je spezifischen historischen Gesellschaftsformation absichert, sind diese allerdings oft kaum wahrnehmbar.

Weitere „objektive Möglichkeit“, die „im Unterschied zu bloß subjektiven Wunschvorstellungen [...] gleichzeitig den Umkreis von Mitteln (bezeichnet), die produziert werden und verfügbar sind, um emanzipatorische Ziele zu realisieren“ (Negt 1995: 206), lassen sich in den historisch häufig nur zerstreut hergestellten, bzw. mehr oder weniger gewaltsam aufgetrennten und nur als entfremdete wieder zusammengefügte Lebenseigenschaften und Arbeitsvermögen der Subjekte entdecken, die niemals in ihrer Vollständigkeit verwirklicht wurden. Indem wir diese mit unserer Kategorie einer „Produzierendensozialpolitik“ zu fokussieren versuchen, möchten wir sie zugleich im Rahmen einer „Politik des Sozialen“ katalytisch ihrer Verwirklichung entgegenbringen. Damit behaupten wir eine Realität, die ausgelassen wird, wenn diese Eigenschaften und Vermögen nur unter dem Aspekt ihrer tatsächlichen Funktion in der Geschichte gesehen

werden. Zugleich halten wir damit an der Möglichkeit einer anderen, nicht kapitalistischen Akkumulation fest. Und genau dies erfordert, solche Vermögen nicht nur als bloße Mittel zur Selbstentfremdung, sondern in der Perspektive ihrer Verwirklichung und Kooperationsfähigkeit in den Blick zu nehmen. Denn gerade die gegen das Verwertungsinteresse stehenden Anteile sind es, die auf der Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung den Beginn der Herausbildung dessen markieren, was wir als „Produzierendensozialpolitik“ bezeichnen.

So sehr eine „Politik des Sozialen“ solche konkreten Formen von „Produzierendensozialpolitik“ auch anvisiert, kann sie diese jedoch nicht aus ihrer abstrakten Gesamtheit heraus erzeugen – auch nicht über noch so gewitzte Strategien von „Empowerment“. Und ebenso wenig kann sie sich vorweg über die noch nicht entfaltenen, durchaus unterschiedlich akzentuierten Sozialpolitiken der Produzierenden stellen (wenn es nicht ein solches Wortungeheuer wäre, müsste eigentlich präzise immer im Plural von „Produzierendensozialpolitiken“ geredet werden).

Schon in der Gründungszeit des Sozialistischen Büros hatte Oskar Negt im Hinblick auf eine Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit der sozialistischen Utopie als Leitmotiv des Kampfes für eine gerechtere Einrichtung der Gesellschaft gefordert, darin müsse die „Sorge und Aufmerksamkeit für die wirklichen Lebensverhältnisse [...] eine ebenso große Bedeutung wie die Einschätzung von Klassenverhältnissen und geschichtlichen Konstellationen“ (1995: 213) haben. Deshalb hat eine „Politik des Sozialen“, die gerade weil sie sich der sozialistischen Utopie verpflichtet weiß, zum Ferment einer – wie die Redaktion es in ihrem Utopieheft von 2001 formulierte – „Polyphonie“ von „Sozialpolitiken der Produzierenden“ werden will, keine andere Chance, als in den konkreten Arbeits-, Lebens- und politischen Ausdrucksvermögen der Produzierenden solche „objektive Möglichkeiten“ auszumachen. Immerhin lassen sich diese, weil es sich dabei um geschichtliche Produkte handelt, auch präziser bestimmen als die Einschätzung aktueller Klassenverhältnisse angesichts turbulent sich verändernder Akkumulations- und Regulationsweisen.

In dieser Weise haben wir vor gut 10 Jahren im Heft 80 der Widersprüche zum Thema „Wir können auch anders – Soziale Utopie heute“ Möglichkeiten einer utopiekritischen Utopie auszuloten versucht. Diese sollten sich nicht nur durch einen Realismus bezüglich der von ihr als faktische Zukunft antizipierten Lösungsvorschläge für ganz bestimmte ungelöste Probleme unserer gegenwärtigen Gesellschaftsformation auszeichnen. Vielmehr suchten wir im Anschluss an Richard Saage nach Formen reflexiver Utopie, in der „die individuelle Vernunft der Einzelnen ihr notwendiges Korrektiv in der kollektiven Vernunft einer solidarischen Gesellschaft und ihrer Institutionen hat und umgekehrt“ (Saage 1990: 24).

In diesem Zusammenhang haben wir dann auch das in der Redaktion diskutierte Projekt einer „Politik des Sozialen“ „nicht von den hegemonialen Gebirgen der Kapitalakkumulation ausgehend, auch nicht von den Bastionen und Kasematten des Staates oder von den Zitadellen der Zivilen Gesellschaft, sondern von alltagsweltlichen Zyklen und Praxen tagträumerisch handelnder Menschen“ als „transversale Optionen“ weiter zu denken versucht.

So lassen sich im Alltagsleben vieler Bevölkerungsgruppen Formen solidarischer Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung entdecken, die quer zu hegemonialen Formierungen stehen. Diese müssen nicht zwangsläufig die Gestalt spektakulärer Projekte annehmen, die sich dezidiert als Interventionen in die bestehende Politik präsentieren und auch als solche wahrgenommen werden. Derartige Praktiken sind aber als politische zu verstehen – insofern sie sich immer schon auf die Frage der Gestaltung sozialer Zusammenhänge beziehen. Das nun von der Redaktion vorgelegte Heft versucht erste Markierungen für eine Landkarte solcher Ansätze zu identifizieren und diskutiert die in deren Praxis auftretenden Widersprüche und Spannungsverhältnisse.

Zu den Beiträgen im Einzelnen

Eingeleitet wird der Schwerpunkt durch den Beitrag „Die zentrale Bedeutung von Erwerbsarbeit als Hindernis für alternative Formen der Vergemeinschaftung“ von *Kathrin Englert, Natalie Grimm und Ariadne Sondermann*. In diesem umreißen sie aufgrund eigener empirischer Befunde den durch den Zwang und die damit verbundene Orientierung auf Erwerbsarbeit selbst für prekär Beschäftigte und Erwerbslose eng gesteckten Rahmen, um als Alternative zur hegemonialen Vergesellschaftung über Erwerbsarbeit solidarische Formen der Vergemeinschaftung zu entwickeln.

Andere Produktionsweisen werden in der E-Mail-Diskussion „Widersprüche und Spannungsfelder in der Praxis aktueller Commons-Netzwerke – am Beispiel Freier Software“ fokussiert, die die Widersprüche-Redaktion mit *Annette Schlemm und Christian Siefkes* geführt hat. In dieser geht es nicht nur um die Abwehrkämpfe gegen die Privatisierung von natürlichen Ressourcen durch den Kapitalismus und den Aspekt der kollektiven (Selbst-)Organisation des Umgangs mit den Ressourcen, Mitteln und Gütern, wie sie in der Commons-Debatte zum Thema werden. Vielmehr wird auch der Zusammenhang zur Peer-Produktion ausgelotet, welche eine Produktion unter sozial herrschaftsfreien Bedingungen zu verwirklichen sucht.

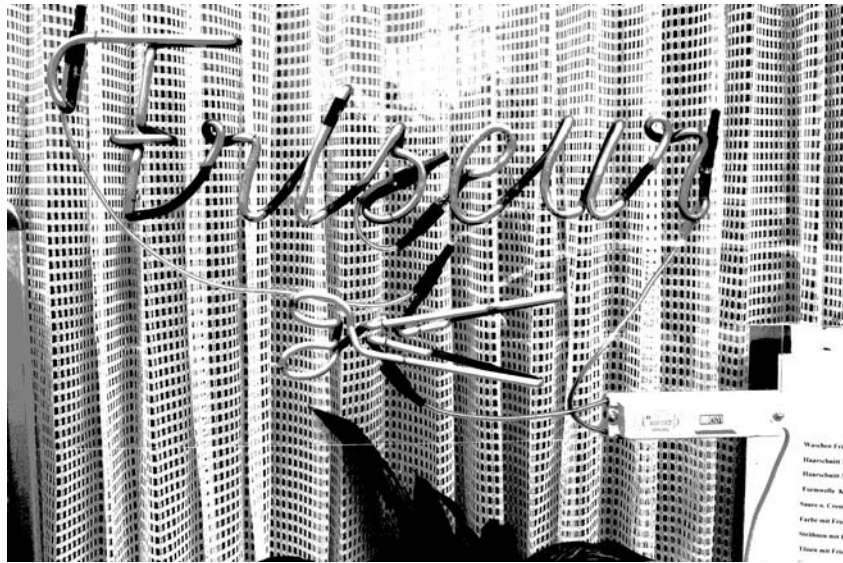
Einem weiteren existentiellen Thema menschlicher Reproduktion widmet sich im Anschluss *Silvia Beck* in ihrem Beitrag „gemeinschaftliches Wohnen“.

Dieses zu fördern, scheint ein verschiedenste politische Lager übergreifendes Ziel zu sein. Die Autorin analysiert vor diesem Hintergrund die Vielfältigkeit der Formen gemeinschaftlichen Wohnens in einem Spannungsfeld „zwischen gelebter Sozialutopie, pragmatischer alltäglicher Lebensführung und instrumentalisierter Vergemeinschaftung“ und weist zudem abschließend auf Handlungschancen und -notwendigkeiten für die Soziale Arbeit hin.

Sehr viel kontroverser werden hingegen Formen der Selbsthilfe und Selbstorganisation von Zugewanderten diskutiert: und dies nicht nur in der politischen Öffentlichkeit, sondern auch in der Migrationsforschung und im wissenschaftlichen Diskurs um Integration. Vor diesem Hintergrund unterzieht *Nausikaa Schirilla* nicht nur die dabei jeweils angelegten Kategorien einer ideologiekritischen Analyse. Zugleich nimmt sie die bisher nicht allzu breit gestreuten empirischen Befunde über die Vielfalt migrantischer Organisationsformen unter der Frage der Herausbildung eigener Vergesellschaftungsformen in den Blick. In diesem Zusammenhang problematisiert sie die auf Ferdinand Tönnies zurückgehende Dichotomie „Gemeinschaft versus Gesellschaft“ als eine Denkfigur, „die zur Abwertung des Denkens der Länder des Südens beigetragen“ hat, und plädiert dafür, statt „eigenständige migrantische Formen der Vergesellschaftung zu ‘entdecken’, [...] die Vielfalt von Vergesellschaftungsformen anzuerkennen – und zwar gezielt als Vergesellschaftungs- und nicht als Vergemeinschaftungsformen“.

An diese begriffliche Debatte schließt *Michael May* mit seinem den Schwerpunkt abschließenden Beitrag nahtlos an. Er bezieht sich darin auf die gerade nicht dichotomisch angelegte Begriffsfüllung von Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung, wie sie von Max Weber vorgeschlagen wurde, und zeigt deren Vorteile gegenüber der ähnlich wie bei Tönnies antagonistisch gefassten idealtypischen Unterscheidung zwischen System- und Sozialintegration bzw. zwischen System und Lebenswelt. Vor dem Hintergrund von Henri Lefebvres Methodologie der „Alltagskritik“ und der britischen Theorie der Reproduktionskodes untersucht May „Formen solidarischer Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung von Jugendlichen aus der Provinz“ und verdeutlicht an ausgewählten Beispielen deren Vielfalt.

Auch der sozialphilosophische Forumsartikel, „Motive der Vergemeinschaftung“ von *Joachim Weber*, nimmt diesen Diskussionsfaden auf, indem er die Bedeutung der von Tocqueville im Anschluss an seine Analyse unterschiedlicher Vergemeinschaftungsmotive von Europäern und Amerikanern anschließenden Begriffe von „aufgeklärter Selbstliebe“ bzw. „wohlverstandenen Eigennutz“ in ihrer Bedeutung für die heutige Soziale Arbeit auslotet.



Kathrin Englert, Natalie Grimm, Ariadne Sondermann

Die zentrale Bedeutung von Erwerbsarbeit als Hindernis für alternative Formen der Vergemeinschaftung

Erwerbsarbeit ist ganz zweifellos der nach wie vor zentrale Modus gesellschaftlicher Integration. Das Deutungsmuster, nach dem eine vollwertige gesellschaftliche Teilhabe an die Voraussetzung von Erwerbsarbeit geknüpft ist, hat nichts an seiner Hegemonie verloren, im Gegenteil: Die Erwerbsarbeitsnorm wird im öffentlichen Diskurs vielmehr forciert und keineswegs in Frage gestellt. Die aktuelle *Hyperarbeitsgesellschaft* (Voß/Pongratz 2001), die mehr denn je in allen Bereichen von Erwerbsarbeit geprägt ist, beinhaltet allerdings auch eine enorme Zunahme prekärer und nicht-existenzsichernder Beschäftigung sowie eine anhaltende Erwerbslosigkeit für einen Teil der Bevölkerung. Aus dieser Gleichzeitigkeit zweier widersprüchlicher Entwicklungen resultiert ein offenkundiges Dilemma: Einerseits wird Erwerbsarbeit als Norm, Quelle der Anerkennung und zentraler Modus der Vergesellschaftung seit Jahren von arbeitsmarktpolitischer Seite verstärkt – und andererseits erweist sich Erwerbsarbeit für nicht wenige Menschen zunehmend als unsicher oder sogar obsolet für eine stabile soziale Integration und vollwertige gesellschaftliche Teilhabe. Dies gilt nicht allein für Langzeiterwerbslose, die kaum noch eine Chance auf eine Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt haben, sondern auch für prekär Beschäftigte bzw. Personen, die in ihrer Biographie mehrfach oder dauerhaft zwischen Erwerbsarbeit und Leistungsbezug wechseln (Grimm/Vogel 2008; Grimm/Vogel 2010). Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach möglichen alternativen Orientierungen und Handlungsstrategien, mit denen die Zentralität von Erwerbsarbeit relativiert werden könnte, in besonderer Weise. Wir möchten dieser Frage in unserem Beitrag anhand der subjektiven Sicht und alltäglichen Handlungsstrategien von prekär Beschäftigten und Erwerbslosen nachgehen und herausarbeiten, ob und inwiefern bei ihnen Formen der Vergemeinschaftung und Solidarisierung erkennbar werden, die man als Ansätze für Alternativen zur hegemonialen

Vergesellschaftung über Erwerbsarbeit bezeichnen könnte. Lässt sich bei prekär Beschäftigten und Erwerbslosen eine 'innere' Distanz gegenüber dem zentralen Integrationsmodus finden, welche der faktisch schwindenden Integrationskraft von Erwerbsarbeit Rechnung tragen würde?

1 Die Persistenz der Erwerbsarbeitsnorm im Kontext von Erwerbslosigkeit und prekärer Beschäftigung

Anhand von umfangreichem Datenmaterial aus verschiedenen, eigenen, qualitativen Forschungsprojekten zu Erwerbslosigkeit und Prekarisierungsprozessen werden wir in unserem Beitrag zeigen, dass es äußerst schwierig, wenn nicht unmöglich ist, Orientierungen, Handlungsstrategien und Formen der Vergemeinschaftung oder Solidarisierung zu finden, die eine Alternative zur zentralen gesellschaftlichen Norm von Erwerbsarbeit bilden. Gründe dafür liegen sowohl auf struktureller als auch auf subjektiver Ebene.

1.1 Die (arbeitsmarkt-)politische Forcierung der Erwerbsarbeitsnorm

Nicht zuletzt durch die tiefgreifenden arbeitsmarktpolitischen Veränderungen im Zuge des Reformpaketes „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, den sog. Hartz-Reformen, kam es in verschiedener Weise zu einer Verschärfung der Erwerbsarbeitsnorm. Erstens wurde im Rahmen der Einführung des SGB II der Kreis der Adressat/innen für eine Aktivierung im Sinne des „Förderns und Forderns“ ausgeweitet. Man klassifizierte nicht nur ehemalige Sozialhilfeempfänger/innen vermehrt als „Erwerbsfähige“, sondern favorisierte, dem Leitbild des *adult worker model* folgend, auch das familiäre Doppelversorgermodell, so dass elterliche (meist mütterliche) Sorge- und Familienarbeit zunehmend nur noch als Vermittlungshemmnis für den Arbeitsmarkt erscheint und keine Freistellung von der Erwerbspflicht mehr rechtfertigt. Zweitens wurde vom Prinzip des Statuserhalts zu dem der Exklusionsvermeidung umgestellt (Bude/Willisch 2006), oberstes Ziel ist die Reduzierung von „Hilfebedürftigkeit“ um jeden Preis. Ansprüche an eine Beschäftigung, die über eine minimale Existenzsicherung hinausreichen, werden dabei als überhöhte, nicht mehr zeitgemäße Vorstellungen von einer zumutbaren Arbeit zurückgewiesen. Das traditionell verankerte Prinzip der Beruflichkeit sowie der individuelle Wunsch nach einer kontinuierlichen und (möglichst) sinnstiftenden Erwerbsarbeit sollen zugunsten einer schlichten, arbeitsethischen Zuspitzung der Erwerbsarbeitsnorm

aufgegeben werden, nach der jedwede Beschäftigung besser zu sein hat als eine Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen. Propagiert wird drittens die Übernahme von Eigenverantwortung. Im Sinne des „gewährleistenden Staates“ (Vogel 2007) sollen Erwerbs- und Lebensrisiken durch die Herstellung unbedingter Beschäftigungsfähigkeit möglichst individuell erfolgreich bewältigt werden. Indem die Verantwortlichkeit für Markterfolg und Markterfolg zunehmend an die Individuen übertragen wird, nimmt der Zwang zur Verwertung der eigenen Arbeitskraft weiter zu.

Die Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik beinhaltet nicht allein für Erwerbslose erhebliche Folgen, sondern – dies zeigt unser Datenmaterial ganz deutlich – auch für Personen, die wechselhaft, instabil oder prekär beschäftigt sind. Dabei lassen sich die Veränderungen in der Arbeitswelt, die Dynamik der Arbeitsmärkte und die neue Vielfalt von Beschäftigungsformen keineswegs von der (arbeitsmarkt-)politischen Ebene trennen. Die aktuelle politische Ordnung räumt der Beschleunigung und Fragmentierung höchste Priorität ein bzw. tritt diesen Entwicklungen nicht mehr kompensatorisch entgegen. Es kommt aus politischer Sicht immer weniger darauf an, auf die Sicherung und Gewährleistung einer stabilen gesellschaftlichen Teilhabe hinzuwirken (Grimm/Plambeck/Vogel 2011). Dies spiegelt sich nicht nur in den geringen Regelsätzen des SGB II und den verschärften Zumutbarkeitskriterien wider, sondern auch in der von politischer Seite intendierten und durchgesetzten Flexibilisierung und Deregulierung von Beschäftigungsverhältnissen – beispielhaft sei hier auf die rechtliche Ermöglichung der Mini- und Midijobs oder der Leiharbeit verwiesen –, die gleichermaßen zu einer Prekarisierung der Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse geführt haben.

Der 'Erfolg' der Arbeitsmarktreformen besteht nicht zuletzt darin, auch aktuell Erwerbstätige, die zwischen Erwerbsarbeit und Erwerbslosigkeit wechseln, in Bewegung zu halten. Prekär Beschäftigte ergreifen meist jegliche Möglichkeit, um nicht in den Leistungsbezug 'abzurutschen'. Der Druck, sich am Erwerbsleben zu beteiligen – und sei es durch einen schlecht bezahlten Minijob oder durch Leiharbeit – wächst durch die aktivierende Arbeitsmarktpolitik deutlich. Denn sobald eine Person erwerbslos wird, ist sie unmittelbar vielfältigen Formen der (latenten wie manifesten) Disziplinierung ausgesetzt, mit denen sie als Klient/in der Arbeitsverwaltung dazu angehalten wird, sich fortwährend um eine möglichst schnelle Integration in Erwerbsarbeit zu bemühen (Ludwig-Mayerhofer/Behrend/Sondermann 2009). Gerade jene, denen Erwerbsarbeit mehr bedeutet als die Unabhängigkeit von Transferleistungen, die also mehr als nur instrumentelle Bezüge mit einer Beschäftigung verbinden, erleben diese Disziplinierung als krisenhaft, wie das folgende Zitat eines Erwerbslosen prägnant verdeutlicht.

„Also denen, muss ich jetzt mal wortwörtlich sagen, im Jobcenter oder auch in der Agentur für Arbeit is es sozusagen scheißegal, was die Leute so für Angebote kriegen, weil es wird ja gesacht 'Nehmen Sie diesen Job nicht an, dann kürzen wir Ihnen erst mal das Arbeitslosengeld oder Sie kriegen gar kein Arbeitslosengeld mehr.'“

Diese Äußerung stammt gerade nicht von dem medial beschworenen, aber empirisch kaum auffindbaren arbeitsunwilligen Erwerbslosen¹, sondern vielmehr von einem ehemaligen und nach wie vor hochmotivierten Beschäftigten aus dem handwerklich-manuellen Bereich, der seine Definition einer Berufsehre durch Angebote von Zeitarbeitsfirmen verletzt sieht, die nicht nur seinen Status eines „Altgesellen“, sondern auch seine innerfamiliäre Position als Familienernährer verletzen. Was der Befragte erlebt hat – er sah sich schließlich durch die disziplinierende Androhung eines sog. Ein-Euro-Jobs dazu gezwungen, eine schlecht bezahlte Arbeit in einem Callcenter aufzunehmen –, trifft letztlich für einen Großteil der Erwerbslosen zu: Selbst wenn die Disziplinierung noch latenter bleibt, sich sozusagen auf eine 'aktivierende Rede' in den Gesprächen mit den Vermittler/innen beschränkt, ist die Auseinandersetzung mit der Frage virulent, bis zu welcher Grenze man gehen würde oder sollte, um diesen Druck der Arbeitsverwaltung – und sei es auch nur für einen per se begrenzten Zeitraum – hinter sich lassen zu können.² Von einer permanenten Disziplinierung seitens der Jobcenter berichten in Interviews auch Ehefrauen mit Kinderbetreuungsverpflichtungen, die mit Einführung des SGB II als Aktivierungskundinnen entdeckt worden sind und nun mit einer Entwertung der von ihnen geleisteten Sorgearbeit konfrontiert werden und sich gezwungen sehen, ihre gesellschaftliche Integration über Sorgearbeit angesichts der Norm der universellen Erwerbsbürgerschaft verteidigen zu müssen (Englert 2010).

Hinzu kommt, dass gerade das Leben mit Arbeitslosengeld II durch Armut und Rechtsunsicherheit gekennzeichnet ist, so dass die Sicherung der eigenen Existenz zu einer permanenten, alltäglichen und zeitaufwändigen Belastung wird. Um „zumindest etwas überleben“ zu können – so formulieren es die Befragten in

1 So kommt eine Studie des IAB zu dem Ergebnis, dass der Großteil der ALG II-Beziehenden eine hohe Arbeitsmotivation aufzeigt, regelmäßigen Tätigkeiten wie Erwerbsarbeit, Ausbildung oder arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nachgeht und auf vielfältige Weise Arbeitssuche betreibt (Beste/Bethmann/Trappmann 2010).

2 Vgl. das Kooperationsprojekt zwischen der Universität Siegen und dem IAB (Nürnberg) „Organisationsreform der Arbeitsämter und neue Maßnahmen für Arbeitssuchende: Soziale Ungleichheit und Partizipationschancen Betroffener“ an der Universität Siegen (Projektleitung: Prof. Dr. Wolfgang Ludwig-Mayerhofer, Mitarbeiter/innen: Olaf Behrend, Ariadne Sondermann).

einem Werkstattgespräch³ –, müssen sie sich als „Lebenskünstler/innen“ erweisen, und nicht selten bedeutet die reale Armut aufgrund von Sanktionen seitens der Jobcenter oder Phasen der gerichtlichen Klärung von Leistungskürzungen eine andere und größere Not, als 'nur' von den ohnehin sehr geringen Regelsätzen leben zu müssen (Englert/Grimm/Sondermann 2010). Insofern fehlen Erwerbslosen nicht nur häufig die zeitlichen und finanziellen Ressourcen für eine Suche nach alternativen Formen der Vergemeinschaftung, sondern Erwerbsarbeit bleibt auch das einzige Versprechen, den Restriktionen der Jobcenter zu 'entkommen' und Autonomie über das eigene Leben zurückzugewinnen.

Gleichzeitig wird anhand unseres Datenmaterials aber auch sehr deutlich, dass der 'Stress' oder 'Strudel', in den die Einzelnen geraten, nicht allein auf einer prekarierten Arbeitswelt, dem verschärften Fordern der Arbeitsverwaltung, deren häufig produzierten Rechtsunsicherheit und der geringen Regelsatzhöhe beruht. Im Gegenteil: Es lässt sich vielmehr ein komplexes Wechselverhältnis zwischen äußeren Rahmenbedingungen sowie *eigens* geteilten Normen feststellen, welches Lösungsansätze *jenseits* von Erwerbsarbeit für die Akteur/innen schwierig werden lässt.

1.2 Erwerbsarbeit als nach wie vor von Erwerbslosen und prekär Beschäftigten subjektiv geteilte Norm

Erwerbslose, auch jene, die kaum noch Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, bleiben, dies zeigt unser Datenmaterial, Teil der Arbeitsgesellschaft, indem sie die Norm der Erwerbsarbeit teilen und die Zentralität von Erwerbsarbeit für Teilhabe und Anerkennung nicht in Frage stellen (Sondermann/Ludwig-Mayerhofer/Behrend 2009). Dies spiegelt sich zum einen in ihrer Haltung gegenüber der Arbeitsverwaltung wider: Auch wenn vielfach Kritik an der Vorgehensweise von Vermittler/innen geübt wird (z.B. an der Missachtung einer Bindung an den erlernten Beruf), ist damit keine grundsätzliche Ablehnung der Forderung verbunden, sich um Erwerbsarbeit zu bemühen. Vielmehr wird nicht zuletzt eine fehlende Förderung der eigenen Chancen durch die Arbeitsverwaltung bemängelt: Krisenhaft ist für Erwerbslose eben auch, dass intransparent bleibt, warum Weiterbildungsmaßnahmen nicht bewilligt werden, die aus ihrer Sicht die Er-

3 Vgl. das Kooperationsprojekt zwischen dem Diakonischen Werk Hamburg und dem Hamburger Institut für Sozialforschung „Armut und Ausgrenzung. Betroffene zeigen ihre Sicht“ (Durchführung: Kathrin Englert, Natalie Grimm, Ariadne Sondermann).

folgschance bei den nächsten Bewerbungen erhöhen und sie zu 'besseren', kompatibleren Arbeitsmarktbürger/innen werden lassen könnten.

Zum anderen zeigt sich die Teilhabe an der Erwerbsarbeitsnorm in alltäglichen Handlungsstrategien. Dies gilt nicht nur für Erwerbslose, deren Alltag völlig von der Suche nach einer neuen Stelle bestimmt wird. Auch ein ehrenamtliches Engagement, das man als Alternative zum ersten Arbeitsmarkt und alternative Form der Vergemeinschaftung betrachten könnte, bleibt in starkem Maße mit dem Bedürfnis verknüpft, wenigstens einige der Bedeutungsdimensionen realisieren zu können, die Erwerbsarbeit in der Vergangenheit sinnstiftend werden ließ: Die Bewährung als nützliche und versierte Arbeitskraft, die gebraucht wird, und/oder eine gewisse (nun zwar nicht mehr materielle und institutionalisierte, aber immerhin noch symbolische) Anerkennung. Zudem wird das Ehrenamt oftmals als Alternative zu regulärer Erwerbsarbeit, also als eine Art zweitklassige Simulation einer regulären Beschäftigung, betrachtet, die nach wie vor als Ideal fortbesteht.⁴ Einige unserer Befragten haben außerdem – gemäß dem Motto 'Es gibt nichts umsonst' – das Gefühl, eine Gegenleistung für den Erhalt von Arbeitslosengeld II erbringen zu müssen.

„Ich sag mir immer, der Staat gibt mir Geld, warum soll ich denen das nicht also dafür, das Hartz IV ist ja eigentlich vom Staat geschenktes Geld dann, wenn man's mal so will. Warum soll ich dann nicht ehrenamtlich arbeiten, und meine Arbeitskraft und so 'n bisschen auch einbringen. Dass man eben auch Beschäftigung hat, dass man was zu tun hat, dass man merkt, dass man gebraucht wird.“

Auch die Befragten, die über lange Zeit oder sogar dauerhaft instabil beschäftigt sind und zwischen Leistungsbezug und Erwerbstätigkeitsphasen hin- und herpendeln, stellen die Zentralität der Erwerbsarbeit nicht in Frage, selbst wenn ein Aufstieg in ein stabiles und existenzsicherndes 'Normalarbeitsverhältnis' immer unwahrscheinlicher wird.⁵ Im Gegenteil: Sie bekräftigen die Erwerbsarbeitsnorm als zentrale Integrationsinstanz durch ihre enormen Aktivitäten,

⁴ Dies gilt ebenso für den sog. zweiten Arbeitsmarkt, in dem die staatlich geförderten Beschäftigungsverhältnisse von den Befragten nach ihrer jeweiligen Nähe zum ersten Arbeitsmarkt hierarchisiert werden.

⁵ Vgl. die qualitative Panelstudie „Prekarisierte Erwerbsbiographien am Rande der Hilfebedürftigkeit“ am Hamburger Institut für Sozialforschung (Projektleitung: PD Dr. Berthold Vogel, Mitarbeiter/innen: Natalie Grimm, Marco Sigmann, Jonte Plambeck), gefördert und geleitet vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im Rahmen des Verbundprojekts „Gesellschaftliche Teilhabe im Spannungsfeld von Langzeitarbeitslosigkeit, Erwerbsintegration und öffentlich geförderter Beschäftigung“.

immer wieder eine neue Arbeitsstelle zu finden, sowie durch ihren andauernden Kampf gegen Verdrängung und Abstieg. Einige Interviewte arrangieren sich damit, dass sie nur temporäre „Ruhepausen“ im Kampf um Sicherheit und Anerkennung durch Erwerbsarbeit erhalten. Als „Verschnaufpausen“ bezeichnen sie dabei nicht Phasen der Erwerbslosigkeit, sondern Phasen, in denen sie wieder einmal einer Erwerbsarbeit nachgehen können. Kurz vor Ablauf der Erwerbstätigkeit (wenn das genaue Ende überhaupt bekannt ist) und während der beschäftigungslosen Zeit werden die Befragten nervös und 'hyperaktiv' und versuchen alles, um kurzfristig ein neues Beschäftigungsfeld für sich aufzutun.

„Jetzt hast du das erstmal, jetzt bleib erstmal in Ruhe ein halbes Jahr und dann kannst du dich wieder bewerben. Jetzt kann ich mich ein bisschen beruhigen, meine Finanzen ein bisschen beruhigen und dann geht's wieder los.“

Das Erwerbsleben bleibt der normative Mittelpunkt der eigenen Lebensgestaltung, obwohl gerade den prekär Beschäftigten klar ist, dass sie nicht mehr länger von Teilhabegewissheiten ausgehen können.

„Pffh, ja, also ich glaube, heutzutage kann man überhaupt nichts planen in der Hinsicht mit Arbeit, das geht so schnell, das habe ich ja gesehen, ne? Man fliegt raus oder kriegt mal Arbeit, wo man gar nicht gerechnet hat, ne?“

Ein weiterer Grund für das Festhalten an der Norm der Erwerbsarbeit dürfte zudem die häufig eher erfolglose Suche nach Alternativen sein. So erweisen sich bspw. auch alternative Formen der Vergemeinschaftung in sozialen Institutionen wie Nachbarschaftstreffs als ambivalent: Oftmals bleiben solche Anlaufstellen oder Angebote für Erwerbslose eine 'Notlösung', eben weil sie die Angebote nicht 'freiwillig' wahrnehmen (wie es bspw. bei Vereinsmitgliedern der Fall ist), sondern aufgrund ihrer schwierigen sozialen Lage, in der ihnen anderweitige Teilhabechancen weitgehend verwehrt sind. Insofern bleibt das Dilemma oder das widersprüchliche Gefühl für viele nicht auflösbar, einerseits dankbar für die Unterstützung zu sein, andererseits aber auch vor einer Alternativlosigkeit zu stehen, wenn es darum geht, sich gemäß eigener Interessen oder Vorlieben zu vergemeinschaften.

Diese Alternativlosigkeit kommt keineswegs allein durch die engen materiellen Grenzen zustande, die Erwerbslosen und instabil Beschäftigten bei ihrer Lebensführung und Freizeitgestaltung gesetzt sind. Unser Datenmaterial zeigt vielmehr auch klare Grenzen, die alternativen Formen der Vergemeinschaftung durch eine asymmetrisch verlaufende Solidarisierung 'von unten nach oben' gesetzt werden. Während sich Erwerbslose mit prekär Beschäftigten solidarisieren, indem sie Empathie und Mitleid zeigen und die schwierigen Bedingungen beklagen, unter

denen diese häufig arbeiten müssen, wird ihnen ein solches Verständnis nicht entgegengebracht. Vielmehr sind sie auch im sozialen Nahbereich (in der Familie, im Freundeskreis, bei ihrem ehrenamtlichen Engagement) nicht vor den negativen Zuschreibungen und der Skepsis geschützt, die sie bereits aus dem medialen Diskurs kennen. Im Gegenzug belegt die Forschung zu prekär Beschäftigten ein entsprechend starkes Abgrenzungsbedürfnis 'nach unten', welches sich mit dem Gefühl der eigenen Verwundbarkeit und Abstiegsängsten verbindet (u.a. Grimm/Plambeck/Vogel 2011). Der Arbeitsmarkt und die Arbeitswelt entwickeln sich zu einem Ort konfliktreicher Klassifikationskämpfe um Erwerbspositionen, wobei der Energieaufwand, in Beschäftigung zu kommen und sich dort zu halten, stark gestiegen ist. Somit bleibt faktisch auch wenig Kraft und Zeit für alternative Vergemeinschaftungsformen. Insgesamt lässt sich eher eine Tendenz zur Individualisierung und Entsolidarisierung verzeichnen.

Erwerbslose und prekär Beschäftigte bleiben also in mehrfacher Weise an die Erwerbsarbeitsnorm gebunden, obwohl Erwerbsarbeit ihre Integrationskraft verloren hat: Indem sie diese Norm selbst teilen und anderweitige Formen der Betätigung oder Vergemeinschaftung als defizitär wahrnehmen, aber auch, indem sich der Blick der Anderen auf sie weiterhin an der Einteilung in die Kategorien Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit orientiert.

2 Ansätze alternativer Formen der Vergemeinschaftung

Obleich wir die Frage nach Orientierungen, Handlungsstrategien und Vergemeinschaftungsformen, die man als 'echte' Alternative zur Vergesellschaftung über Erwerbsarbeit bezeichnen könnte, auf Basis unseres vielschichtigen Datenmaterials in erster Linie negativ beantworten (müssen), sind dennoch einige Ansätze zu finden, bspw. im Rahmen von politischem Engagement, bei dem die kritische Auseinandersetzung mit den negativen Folgen der sog. Hartz-Reformen zentral ist. Interessant und gleichermaßen aufschlussreich ist, dass sich hier insbesondere ältere Erwerbslose engagieren. Ohne ihr teils aktives Eintreten für alternative Konzepte sozialer Absicherung schmälern zu wollen, ist es doch aussagekräftig, dass es sich insofern meist um Erwerbslose handelt, denen der erste Arbeitsmarkt bereits so lange aussichtsreiche Chancen verwehrt hat, bis sie sich selbst weniger als Arbeitsmarktbürger/innen denn als 'externe' Beobachter/innen der Entwicklungen betrachten (oder besser: betrachten müssen). Aus dieser Distanz ist ihr Blick durchaus auch auf grundsätzliche Alternativen zum aktuellen Sozialstaat gerichtet: Neben einer Kritik an den zunehmend prekarierten Arbeitsbedingungen geht es auch, allerdings eher nur singulär, um ein

bedingungsloses Grundeinkommen und damit um eine Position, bei der eine grundsätzlichere Entkopplung sozialer Rechte von Erwerbsarbeit angestrebt wird. Auch wenn mit Gewerkschaften und der Partei „Die Linke“ Adressaten der Vergemeinschaftung genannt werden, zeigt sich das Problem, dass Erwerbslose im politischen Spektrum keine wirkliche Lobby haben bzw. in besonderer Weise um ihre Position kämpfen müssen. Nicht selten bleiben den politisch engagierten Erwerbslosen nur Gruppen wie Erwerbsloseninitiativen, um der eigenen Meinung mit dem Rekurs auf eine spezifische 'Betroffenheit' Gehör zu verschaffen.

Das Datenmaterial⁶ hat darüber hinaus gezeigt, dass das Internet mit Foren, Chats oder sozialen Netzwerken für fast alle Interviewten unabhängig vom Grad der Orientierung an der Erwerbsarbeitsnorm als sozialer Ort von Bedeutung ist, denn so können soziale Kontakte trotz eingeschränkter räumlicher Mobilität und ohne die 'übliche' Festlegung der eigenen Identität auf den Erwerbsstatus gepflegt oder aufgebaut werden (Englert/Gerbig/Schwarz 2010). Einigen Erwerbslosen, die die gesellschaftliche Erwerbsarbeits- sowie Konsumorientierung kritisieren, eröffnet das Medium Internet sogar teilweise eine Möglichkeit der alternativen Vergemeinschaftung (Carstensen/Derboven/Winker 2012). Das Internet wird für sie zu einem Raum gemeinsamer politischer Arbeit, zu einem Ort der Vergemeinschaftung und Solidarität, auch weil es als demokratischeres Medium eine in klassischen Medien nicht zu findende Informations- und Meinungsvielfalt eröffnet und Ansätze für Gegenöffentlichkeiten ermöglicht. Alternativ sinnstiftend sind für diese Erwerbslosen ihre Tätigkeiten im Bereich des sozialen und politischen Engagements sowie der eigenen, im Internet kostenlosen (Weiter-) Bildung (ebd.).

Für einige unserer Interviewpartner/innen stellen freikirchliche, meist kleine Kirchengemeinden, neue Formen der Vergemeinschaftung dar. Diese können insofern als alternativ bezeichnet werden, als dass sich die Gemeindemitglieder auf einen gemeinsamen religiösen Wertehorizont beziehen, hinter den die Einteilung in erwerbstätig und erwerbslos zurücktritt. Die Übernahme von für die Gemeinde wichtigen Aufgaben ermöglicht allen Mitgliedern einen festen und anerkannten Platz.

⁶ Vgl. das DFG-Forschungsprojekt „Die Bedeutung des Internets für gesellschaftliche Teilhabe – am Beispiel alltäglicher Praxen Erwerbsloser“ am Arbeitsbereich Arbeit-Gender-Technik, TU Hamburg-Harburg (Projektleitung: Prof. Dr. Gabriele Winker, Mitarbeiter/innen: Kathrin Englert, Doris Gerbig, Betje Schwarz, zeitweise Dr. Tanja Carstensen).

Weniger auf ihren Erwerbsstatus 'zurückgeworfen' sehen sich Erwerblose mitunter auch durch eine künstlerische Betätigung. Obwohl wir hier wiederum nur auf einzelne Fälle zurückgreifen können, scheint der kulturelle Bereich teilweise die Chance zu bieten, sich *jenseits* der Erwerbsarbeitsnorm mit seinen Interessen und Ideen einzubringen.

„Ich erfahre Anerkennung und da spielt es auch keine Rolle, ob ich jetzt arbeitslos bin oder Hartz IV-Empfänger, das das danach wird da gar nicht gefragt, die wollen nur sehen, was kannst du, wer bist du.“

Die mehr intrinsischen Begründungsmuster einer künstlerischen Betätigung wie auch die Häufigkeit prekärer und kaum existenzsichernder Beschäftigungsverhältnisse im kulturellen Bereich *können* es hier offenbar begünstigen, dass interessierte Erwerblose weniger an ihrem Erwerbsstatus oder einem 'normalbiographischen' Werdegang gemessen werden. Allerdings dürfte nicht selten auch ein entsprechendes kulturelles Kapital eine Voraussetzung sein, der keineswegs jede/r entsprechen kann.

3 Ausblick

Ungeachtet dieser notwendigen empirischen Ausdifferenzierung halten wir jedoch den Blick auf die übergeordneten Dynamiken für zentral, die mit den sog. Hartz-Reformen und der Ausweitung des Niedriglohnssektors angestoßen bzw. weiter verstärkt wurden: Das Erleben von Erwerbsarbeit und Existenzsicherung als andauernder Bewährungsprobe, der nicht nachlassende Druck, um seine Statusposition kämpfen zu müssen, die Verschärfung von Konkurrenz und Abstiegsängsten sowie die Sorge, ohne Möglichkeiten der Einflussnahme Formen der Disziplinierung, des Ausschlusses und der Stigmatisierung ausgesetzt zu werden.

Unser Datenmaterial spiegelt die Relevanz dieser Dynamiken deutlich wider: Denn obgleich die meisten prekär Beschäftigten und Erwerbslosen die Erwerbsarbeitsnorm auch *vorgängig* teilen – im Sinne des Deutungsmusters von Erwerbsarbeit als Voraussetzung für vollwertige gesellschaftliche Teilhabe –, wird die Möglichkeit, sich von der Erwerbsarbeitsnorm zu distanzieren, durch die gewandelte und entsolidarisierende Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre zusätzlich immens erschwert. Die Befragten sind immer mehr gezwungen, ihre Energie auf den Verlauf ihres Erwerbslebens zu richten, andere Aktivitäten müssen dementsprechend reduziert werden. Gerade die Beispiele derer, die Versuche unternehmen, sich in alternativer Weise zu vergemeinschaften oder eine Sinnstiftung durch Betätigungen zu finden, die nicht mehr dem Ideal regulärer Erwerbsarbeit

entsprechen, verdeutlichen die engen Grenzen und die forcierte Wirkungsmacht der Erwerbsarbeitsnorm in prägnanter Weise. Wir finden zwar Ansätze alternativer Vergemeinschaftung, aber alternative Formen der Vergesellschaftung *jenseits* von Erwerbsarbeit scheinen nicht in Sicht. Und selbst die auffindbaren Ansätze alternativer Vergemeinschaftung bleiben z.T. an die Erwerbsarbeitsnorm geknüpft.

Trotz oder gerade aufgrund dieser ernüchternden Ergebnisse hinsichtlich möglicher Alternativen zur hegemonialen Vergesellschaftung über Erwerbsarbeit soll unser Artikel mit einem Plädoyer für eine andere Form der Sozialpolitik enden. Die krisenhaften Erfahrungen und gravierenden Probleme der prekär Beschäftigten *und* Erwerbslosen können und sollten aus unserer Sicht zum Ausgangspunkt für eine substantielle Kritik an der Arbeitsmarktpolitik und dem sich gravierend gewandelten Verständnis sozialer Absicherung genommen werden – gerade weil die subjektive Sicht der sog. Betroffenen im öffentlichen Diskurs kaum Gehör findet.

Bleibe man allein bei den Abstiegsängsten und Existenzsorgen der prekär Beschäftigten, könnte man eine Forderung nach verbesserten Beschäftigungsbedingungen, die sich auf die Höhe des Einkommens (Stichwort Mindestlohn) und auf die Stabilität der Beschäftigungsverhältnisse bezieht, für ausreichend halten. Mit einer solchen Forderung bliebe aber die krisenhafte Situation von Erwerbslosen unberücksichtigt, die eine Interviewpartnerin mit den folgenden Worten zusammenfasst: „Jeder muss doch leben. Und nicht dafür sanktioniert werden, dass er etwas Geld bekommt und keine Arbeit.“ Gefordert werden sollte aus unserer Sicht daher die Einführung eines bedingungslosen und ausreichend hohen Grundeinkommens. Ein solches würde nicht 'plötzlich' die Krise von Erwerbslosen lösen, da diese aktuell ja nicht zuletzt darunter leiden, nicht erwerbstätig zu sein. Die bei vielen von ihnen tief verwurzelte, arbeitsethisch fundierte Orientierung an der Erwerbsarbeitsnorm würde durch eine veränderte Form der sozialen Absicherung sicher nicht so schnell einen 'freien' Zugang zu einer Tätigkeitsgesellschaft ermöglichen, wie es von einigen Befürworter/innen des bedingungslosen Grundeinkommens vorausgesetzt wird. Ungeachtet dessen würden aber einige gravierende Probleme von Erwerbslosen – namentlich die Erfahrungen mit Disziplinierung und Stigmatisierung durch die Arbeitsverwaltung – nicht mehr ihren Alltag bestimmen (Behrend/Ludwig-Mayerhofer/Sondermann 2010). Zudem befänden sich prekär Beschäftigte, dies scheint uns eine berechtigte Hoffnung zu sein, in einer Situation der größeren Wahlfreiheit, da sich der Druck, bestimmte Erwerbsformen annehmen zu müssen, um einen Abstieg in den Leistungsbezug zu verhindern, verringern würde. Der durch die Arbeitsmarktpolitik induzierten Dynamisierung der Erwerbsbiographien sowie dem Credo 'Jede Arbeit ist besser als keine' könnte Einhalt geboten werden.

Eine solche Politik des Sozialen wäre aus unserer Sicht auch die wesentliche Voraussetzung dafür, dass alternative Orientierungen und Formen der Vergemeinschaftung sowie Solidarierungsprozesse, die durch das Aktivierungsprinzip und die zunehmende Individualisierung der Verantwortung für Arbeitslosigkeit und Scheiternserfahrungen maßgeblich verhindert oder zumindest immens erschwert werden, überhaupt entwickelt werden können. Schließlich könnte damit auch das negativ fundierte Bild überwunden werden, das der arbeitsmarktpolitischen These, man müsse Bürger/innen erst im Sinne einer schlichten und antiquiert anmutenden Pädagogik aktivieren, zugrunde liegt. Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen würde man Bürger/innen in ganz anderer Weise 'vertrauen' und 'zutrauen', ohne manifeste oder latente Androhung von Sanktionen gemäß ihrer je eigenen Motivationen und Interessen tätig zu werden.

Literatur

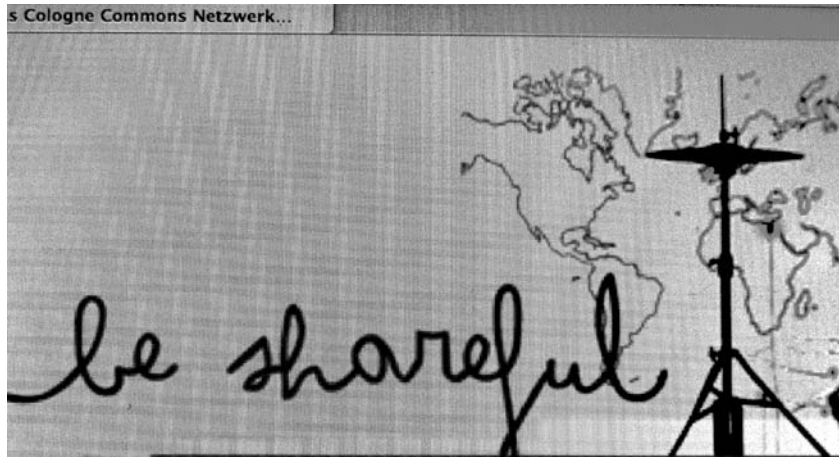
- Behrend, Olaf; Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang; Sondermann, Ariadne 2010: Kritik der reinen Aktivierung. Analysen zu Praxis und Deutungsmustern professioneller Arbeitsvermittler und Arbeitsloser mitsamt Überlegungen zu sozialpolitischen Folgen eines bedingungslosen Grundeinkommens. In: Franzmann, Manuel (Hg.): Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft. Velbrück, 197-247
- Beste, Jonas; Bethmann, Arne; Trappmann, Mark 2010: ALG II-Bezug ist nur selten ein Ruhekissen. Arbeitsmotivation und Konzessionsbereitschaft. IAB-Kurzbericht 15/2010, <http://doku.iab.de/kurzber/2010/kb1510.pdf> [10.03.2012]
- Bude, Heinz; Willisch, Andreas 2006: Das Problem der Exklusion. In: Bude, Heinz; Willisch, Andreas (Hg.): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg, 7-26
- Carstensen, Tanja; Derboven, Wibke; Winker, Gabriele unter Mitarbeit von Kathrin Englert, Doris Gerbig und Betje Schwarz 2012: Soziale Praxen Erwerbsloser. Teilhabe – Internetnutzung – Zeithandeln. Münster (im Erscheinen)
- Englert, Kathrin 2010: „Ich bin nicht arbeitslos.“ Aktivierung? Nein Danke! ALG II-beziehende Ehefrauen mit Kinderbetreuungsverpflichtungen im Widerstand? <http://www.feministisches-institut.de/aktivierung/#more-887> [08.01.2012]
- Englert, Kathrin; Gerbig, Do.; Schwarz, Betje 2010: Digitale Spaltung per Gesetz – Das Internet und soziale Ungleichheit im Alltag von Erwerbslosen. Tagungsbeitrag für den 27. Chaos Communication Congress „We come in peace“, http://events.ccc.de/congress/2010/Fahrplan/attachments/1727_Paper_Digitale%20Spaltung%20per%20Gesetz.pdf [08.01.2012]
- Englert, Kathrin; Grimm, Natalie; Sondermann, Ariadne 2010: „Man hat keine Rechts-sicherheit, etwas ganz Fundamentales ist da verloren gegangen, wenn man durch die Netze durchgefallen ist.“ Ergebnisbericht des Projekts: Armut und Ausgrenzung –

- Betroffene zeigen Ihre Sicht. In: Diakonisches Werk Hamburg (Hg.): Armut und Ausgrenzung. Betroffene zeigen Ihre Sicht, <http://www.diakonie-hamburg.de/fix/files/doc/Bro%20Armut%20uns%20Ausgrenzung.2.pdf> [08.01.2012].
- Grimm, Natalie; Vogel, Berthold 2008: Prekarität der Arbeitswelt. Grenzgänger am Arbeitsmarkt. In: Forschung & Lehre, 15. Jg., Heft 10, 676-677
- 2010: Prekarisierte Erwerbsbiographien und soziale Ungleichheitsdynamik. Perspektiven und Befunde einer qualitativen Panelstudie. In: Soeffner, Hans-Georg (Hg.): Unsichere Zeiten. Herausforderungen gesellschaftlicher Transformationen. Verhandlungen des 34. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Jena 2008. Wiesbaden, CD-ROM
- Grimm, Natalie; Plambeck, Jonte; Vogel, Berthold 2011: Teilhabesicherung im Kontext prekariertener Erwerbsbiographien und geförderter Beschäftigung. Abschlussbericht (unveröffentlichtes Manuskript)
- Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang; Behrend, Olaf; Sondermann, Ariadne 2009: Auf der Suche nach der verlorenen Arbeit. Arbeitslose und Arbeitsvermittler im neuen Arbeitsmarktregime. Konstanz
- Sondermann, Ariadne; Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang; Behrend, Olaf 2009: Die Überzähligen – Teil der Arbeitsgesellschaft. In: Castel, Robert; Dörre, Klaus (Hg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt/New York, 157-167
- Vogel, Berthold 2007: Die Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft. Hamburg.
- Voß, Günter; Pongratz, Hans 2001: Erwerbstätige als „Arbeitskraftunternehmer“. Unternehmer ihrer eigenen Arbeitskraft? In: SOWI – Sozialwissenschaftliche Informationen, 30 Jg., Heft 4, 42-52

*Kathrin Englert, Universität Siegen, Adolf-Reichwein-Str. 2, 57068 Siegen
E-Mail: englert@soziologie.uni-siegen.de*

*Natalie Grimm, Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36, 20148 Hamburg
E-Mail: Natalie.Grimm@his-online.de*

*Ariadne Sondermann, Universität Siegen, Adolf-Reichwein-Str. 2, 57068 Siegen
E-Mail: sondermann@soziologie.uni-siegen.de*



Annette Schlemm und Christian Siefkes

Widersprüche und Spannungsfelder in der Praxis aktueller Commons-Netzwerke – am Beispiel Freier Software Eine E-Mail-Diskussion

Widersprüche-Redaktion (W.R.): Mit dieser E-Mail-Diskussion würden wir gerne einen Beitrag für das nächste Widersprüche-Heft (www.widersprueche-zeitschrift.de) herstellen, der den Leser_innen einen Eindruck von den widersprüchlichen Entwicklungen alternativer Produktionsweisen – am Beispiel der freien Software – ermöglicht. Könnt Ihr eingangs ein paar Hinweise formulieren, wo Eures Erachtens gegenwärtig die entscheidenden Entwicklungstendenzen in dem Bereich der Commons-Netzwerke liegen.

Annette Schlemm (A.S.): In den letzten 10 Jahren hat sich die Erfahrung des Teilens im Gebrauch von Gütern und der selbstorganisierten Arbeitsteilung in vielen Bereichen verbreitet. Das erste Beispiel dafür war die Freie Software. Das Wichtige daran war nicht der technische Code, sondern die sich entwickelnde Praxis vieler Menschen, sich selbstbestimmt zu koordinieren. Bis dahin war häufig angenommen worden, dass eine von Menschen selbst organisierte Arbeitsteilung, die nicht über die „sachliche Vermittlung“ des Geldes bzw. des Kapitals oder planwirtschaftlich organisiert ist, nur als landwirtschaftlich-handwerklich orientiertes Kommune- bzw. Ökodorfnetzwerk möglich sein könnte, aber nicht global und auch nicht auf der Grundlage hochproduktiver moderner Produktionsmittel. Die Art und Weise der Herstellung der Freien Software zeigte an einem ersten Beispiel, wie es anders gehen könnte. In den letzten Jahren kamen andere freie Kulturgüter hinzu, und der Gedanke des kooperativen Produzierens und der Entkopplung von Nehmen und Geben ohne adäquate Tauschnotwendigkeit gewann eine stärkere soziale Anerkennung und Verankerung. Das von kommerziellen Interessenvertretern bedauerte „mangelnde Unrechtsbewusstsein“ bei Copyrightverletzungen ist nur eine Folge dieses kulturellen Wandels.

Christian Siefkes (C.S.): Neben Kulturgütern werden inzwischen zunehmend auch materielle Dinge, zumindest teilweise im Open-Source-Modus hergestellt: Zum einen umfasst diese Entwicklung das „Open Design“, wobei Baupläne und Konstruktionsbeschreibungen materieller Dinge gemeinsam entwickelt und frei geteilt werden; zum anderen werden frei nutzbare Produktionsmaschinen (z.B. Fabber = 3D-Drucker, CNC-Fräsmaschinen, Lasercutter) entworfen und gebaut und es entstehen selbstorganisierte und frei zugängliche Orte für die bedürfnisorientierte Produktion (FabLabs).

W.R.: Ihr sprecht davon, dass in Commons-Netzwerken auch hochkomplexe Produkte hergestellt werden können. Das scheinen die viel zitierten Entwicklungen hin zum heutigen Einfluss von Wikipedia oder von Linux ja auch zu belegen. Ist die lange vorherrschende Annahme, dass genau diese Produkte nur hochspezialisierten Expert_innen möglich sind, also endgültig widerlegt? Oder ist das ein zu rosa gemaltes Bild? Welche Erfahrungen habt Ihr damit in der konkreten Praxis kollektiver Peer-Produktion?

A.S.: Es wird sicher immer wieder Spezialist_innen brauchen, die die Bänderstruktur eines Halbleiters ausrechnen können, mit dem dann die Solarzelle hergestellt wird. Aber wie schon jetzt muss nicht jede Person alles können. Wichtig ist, und ohne dies geht ja auch jetzt in den kapitalistischen Betrieben bereits nichts mehr, dass alle Beteiligten offen miteinander kommunizieren können und im Wesentlichen auch ihre Kooperation selbstbestimmt organisieren. Überall dort, wo Chefs „hineinregieren“ und nicht mit-kooperieren, klemmt es.

Als konkretes Beispiel für ein nicht-kapitalistisches Projekt habe ich selbst den Beginn des Lastenrad-Projekts in Berlin miterlebt (<http://www.werkstatt-lastenrad.de/>) und ich verfolge dessen Fortgang weiterhin, wenn auch leider nur aus der Ferne. Der Ausgangspunkt war hier das Bedürfnis nach Fahrrädern, mit denen Lasten, wie zum Beispiel Gartenwerkzeuge oder ähnliches transportiert werden können – vor allem auch für den Austausch zwischen bereits vorhandenen Garten- oder anderen Projekten. Von Anfang an waren Menschen, u.a. aus den Niederlanden, anwesend, die solche Räder bereits kennen, erprobt haben und ihre Zusammenarbeit anboten.

Meiner Erfahrung nach sind solche Projekte in großen Städten, wie Berlin, natürlich wesentlich einfacher, weil genügend Interessenten mit einem breiten Spektrum an Erfahrungen und Kenntnissen zusammen kommen können. Da tun wir uns zum Beispiel in Jena viel schwerer.

Was das Expert_innentum betrifft, zeigen hier die Erfahrungen, dass es oft nicht auf irgendeinen formalen Bildungsabschluss ankommt, sondern auf die Pfliffigkeit der Beteiligten. In DDR-Erfinderschulen wurde davon gesprochen, dass es darauf ankommt, nicht die kompliziertesten, sondern eben jeweils „raffiniert-einfache Lösungen“ zu finden – solche sehe ich bei den Lastenfahrrädern.

C.S.: Spezialisierung und Arbeitsteilung sind kein exklusives Merkmal kapitalistischer Produktion – die Vorstellung, dass ohne Kapitalismus/Geld als Vermittlungsinstanz jede_r quasi noch auf sich selbst gestellt wäre und mehr oder weniger „alles selber machen müsste“, ist bloß ein weitverbreiteter Mythos. Bei der Peer-Produktion basieren Spezialisierung und Arbeitsteilung auf der „Selbstauswahl“ der Beteiligten – es gibt öffentlich einsehbare Listen der zu erledigenden Aufgaben und jede_r entscheidet selbst, ob, wo und wie sie sich einbringt. Dabei kommt es aber auch auf das Vertrauen der anderen an – diese müssen eine_r zutrauen, die Aufgabe auch gut zu erledigen. Peer-Produktion ist dabei „anti-credentialist“, wie Michel Bauwens es ausdrückt: Vertrauen gewinnt man nicht durch formale Zertifikate und Diplome, sondern dadurch, dass man die eigenen Fähigkeiten praktisch unter Beweis stellt.

W.R.: Ihr sprecht davon – und das habt Ihr in Euren Überlegungen ja auch immer wieder formuliert, dass sich die Commons-Netzwerke gegenwärtig im „Übergang von der Peer-Produktion rein immaterieller Güter, z.B. Software oder Inhalten, zur Peer-Produktion von materiellen Gütern“ befinden (Schlemm/Siefkes 2009). Wo seht Ihr in diesem Prozess zugleich Schwierigkeiten oder Hindernisse?

A.S.: Die Hindernisse haben natürlich viel damit zu tun, dass hier materielle Ressourcen ins Spiel kommen. Mit den „Abfällen“ der verschwenderischen kapitalistischen Produktion kann man zwar auch schon einiges anfangen (zum Beispiel in Selbsthilfeprojekten und Umsonstläden [siehe Arbeitskreis Lokale Ökonomie Hamburg, <http://www.ak-loek.de/>]). Aber es gelingt uns (noch?) nicht, beispielsweise die jetzt stillgelegten Solarfabriken als Kooperative zu übernehmen, weil die Produktionskosten einfach nicht aufzubringen wären.

C.S.: Deshalb setzt Peer-Produktion weniger darauf, die vorhandenen Produktionsmittel zu „übernehmen“ und in Eigenregie weiterzuführen, und mehr darauf, eigene, neuartige Produktionsmittel und Produktionsstrukturen aufzubauen, die dezentraler sind und in der die Arbeitsprozesse auf eine Weise organisiert werden, die sie für Freiwillige attraktiv macht. Arbeitsabläufe und interne

Struktur der Wikipedia beispielsweise sind völlig anders als die des Brockhaus-Verlags, obwohl beide eine Enzyklopädie erstellen. Das Herausfinden der richtigen Struktur für erfolgreiche Peer-Produktion ist dabei oft eine der größten Herausforderungen. So krankte der Wikipedia-Vorläufer Nupedia noch daran, dass man sich zu sehr am herkömmlichen Entstehungsprozess von Enzyklopädiën orientiert hatte, weshalb das Projekt zunächst nicht in die Gänge kam. Auch bei materieller Produktion wird es darauf ankommen, die für Peer-Produktion passenden Strukturen, Arbeitsorte und Abläufe zu finden, wobei wir da noch ganz am Anfang stehen.

W.R.: Sabine Nuss (2006, 2007) macht in ihren Arbeiten darauf aufmerksam, dass mit der Open Source-Bewegung zwar eine Alternative zur kapitalistischen Produktionsstruktur sichtbar wird, diese aber eben nicht per se schon eine Alternative darstelle – weil ein Open Source-Produkt ja auch eine leistungsfähige Software darstellt, die im kapitalistischen Produktionsprozess wieder vernutzt werden kann.

A.S.: Dass sie „per se schon eine Alternative darstelle“ hat wohl auch niemand vertreten. Dass sie auch im kapitalistischen Produktionsprozess wieder vernutzt werden kann, sehe ich aber nicht als das Hauptproblem oder als wichtigstes Gegenargument gegen ihre „Keimform“-Funktion an. Selbstverständlich werden auch andere wichtigere Momente des Neuen, wie die veränderten Bedürfnisse und Fähigkeiten der Menschen, immer wieder krampfhaft in die kapitalistischen Formen gepresst. Gerade in der beruflichen Praxis zeigt sich häufig, dass diese in Lohnarbeitsformen eingepressten Fähigkeiten weit unterfordert werden bzw. weitgehend leer laufen.

C.S.: Dass Freie Software im kapitalistischen Produktionsprozess genutzt wird, spricht nicht dagegen, dass sie zugleich den Keim einer Alternative dazu darstellt. Um eine Aussicht auf Verallgemeinerung zu haben, muss eine Produktionsweise ja in jedem Fall „nützliche Dinge“ herstellen können, und dass diese Dinge – ob Software oder anders – dann auch für kapitalistische Firmen nützlich sein können, ist nicht weiter überraschend. Das aus der Kritischen Psychologie stammende „Fünfschritt-Modell“ gesellschaftlicher Veränderungen geht sogar davon aus, dass das Neue, die Keimform, zunächst auch nützlich für das Alte sein muss, um überhaupt die Chance zu haben, sich soweit entwickeln zu können, dass es das Alte irgendwann ablösen kann.

Das wird dann „doppelte Funktionalität“ genannt: einerseits muss die Keimform im Rahmen der alten Logik funktional sein, um sich überhaupt so weit

verbreiten zu können, dass sie dem Alten irgendwann gefährlich werden kann. Andererseits muss sie im Kern ihrer eigenen Logik mit der alten Logik unvereinbar sein, so dass das Alte sie sich nicht einfach komplett einverleiben kann (siehe <http://keimform.de/2011/faq-zum-fuenfschritt-und-zum-keimform-ansatz/>). Freie Software und freie Kulturgüter wie die Wikipedia sind bei aller Nützlichkeit für Firmen zugleich im Kern inkompatibel zur kapitalistischen Logik: sie werden produziert, um Bedürfnisse zu befriedigen, nicht um Profit zu machen; und sie werden in erster Linie von Freiwilligen produziert, die selbst entscheiden, ob, wo und wie sie sich einbringen, nicht von Lohnarbeiter_innen, die sich damit ihr Brot verdienen und den Weisungen ihrer Vorgesetzten folgen müssen.

W.R.: In welcher Weise lässt sich also die Peer-Produktionsdebatte auch als Teil der Commons-Debatte lesen? Nur dann, wenn auch die Eigentums- und damit die Steuerungsaspekte mit in den Blick genommen werden? Und was könnte das heißen?

A.S.: Ich denke nicht, dass Peer-Produktion und Commons sich wechselseitig wie Ganzes und Teile verhalten. Weder ist das eine Teil des anderen, noch anders herum. Wenn es um Commons geht, wird der Aspekt der kollektiven (Selbst-)Organisierung des Umgangs mit den Ressourcen, Mitteln und Gütern betrachtet, die Peer-Produktion betont den Aspekt der Herstellung unter sozial herrschaftsfreien Bedingungen. Gemeinsam ist ihnen das Fehlen von sozialer Herrschaft.

Das Eigentum ist die rechtliche Form der sozialen Verhältnisse: Es geht um das „bewußte Verhalten [...] zu den Produktionsbedingungen als den seinen“ (MEW 42: 401), wobei dieses Verhalten in bestimmten sozialen Verhältnissen stattfindet bzw. sie konstituiert. Die Frage des Umgangs mit den vorhandenen Produktionsbedingungen (auch den selbst hergestellten) wird bei den Commons betont – dass dieses bewusste Verhalten sich „erst verwirklicht durch die Produktion selbst“ (ebd.) bei der Peer-Produktion. Insoweit Eigentum als identisch betrachtet wird mit dem Ausschluss der Menschen von den von ihnen selbst produzierten Gütern und Mitteln, bedeuten Commons und Peer-Produktion die Abschaffung dieses Eigentums.

Diejenigen Ressourcen, Mittel und Güter, die ständig durch menschliche Arbeit reproduziert werden, müssen nicht nur aus den Händen der Produktionsmitteleigentümer befreit werden – sondern die Freie-Software-, Commons- und Peer-Produktionsdebatte geht zum großen Teil davon aus, dass es möglich ist, außerhalb des kapitalistischen Lohnarbeitsprozesses solche Güter neu herzustellen

und sie der kapitalistischen Aneignung zu entziehen (bei der Freien Software oder den Freien Kulturgütern z.B. durch die Creative-Commons-Lizenzen).

Die theoretische Möglichkeit dafür wird sichtbar, wenn man annimmt, dass es neben und außerhalb der im kapitalistischen Lohnarbeitsprozess vernutzten Arbeitskraft weiteres Arbeitsvermögen gibt, das für die Entwicklung dieser neuen Güter und auch der neuen Verhaltensweisen und Beziehungen aufgewendet wird. Dass bei Marx nur die „Arbeitskraft“ thematisiert wird (und mitunter auch „Arbeitsvermögen“ genannt wird), ist der z.B. im „Kapital“ bewusst eingeschränkten Thematik zuzuschreiben. Dort geht es nicht um sich weiter entwickelnde allgemein-menschliche Möglichkeiten, sondern lediglich um die Erklärung der Funktionsweise der kapitalistischen Gesellschaftsform, in der das Arbeitsvermögen lediglich als Arbeitskraft behandelt wird.

Auf diese Weise ist die Schaffung von Ressourcen, Mitteln und Gütern „neben“ dem kapitalistischen Produktionsprozess zugunsten von darüber hinausweisenden neuen Lebens- und Produktionsweisen möglich. Da diese neuen Praxisformen versprechen, subjektiv befriedigender, ökologisch nachhaltiger und letztlich auch produktiver (sofern nicht die „Kapitalverwertungsproduktivität“ zählt) zu sein, werden alle Produktionsbedingungen, die nur zum veralteten Produktionssystem gehören (wie die allermeisten Fließbandtaktstraßen), unbedeutend und brauchen nicht mehr „enteignet“ zu werden, sondern sie gehören, wie z.B. die Rüstungsproduktion und die Produktion von absichtlich schnell verschleißenden und umweltschädlichen Gütern – höchstens unschädlich gemacht.

Während die von der Freien Software ausgehende bzw. mit ihr eng verbundene Peer-Produktionsdebatte diese Neuschaffung der Produktionsbedingungen betont, entstammt die Commonsdebatte stärker den realen Abwehrkämpfen gegen die Privatisierung von natürlichen Ressourcen durch den Kapitalismus. Hier geht es in direkter Weise um den Kampf gegen die Privatisierung und um die die „Enteignung der Enteigner“ dieser Ressourcen. Beide Aspekte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern sie sind bewusst in Verbindung zu bringen – theoretisch wie praktisch.

CS: Peer-Produktion setzt Commons voraus, da nur auf ihrer Grundlage eine „Herstellung unter sozial herrschaftsfreien Bedingungen“ möglich ist – sind die Produktionsmittel das Eigentum weniger, entstehen einseitige Abhängigkeitsverhältnisse zu diesen Eigentümer_innen und mit der gleichberechtigten ‘Peer’-Produktion ist es zwangsläufig vorbei. Deshalb ist der erste Schritt erfolgreicher Peer-Projekte jeweils der Aufbau oder die Aneignung eines Commons (Freie Software, Wikipedia etc.), auf dessen Grundlage dann weiter produziert wer-

den kann und das seinerseits von den Peer-Produzent_innen gepflegt und weiter ausgebaut wird.

Umgekehrt sind an Commons nicht zwangsläufig nur ‘Peers’ beteiligt – Beispiel für Commons ohne Peer-Produktion wäre die mittelalterliche Allmende, wo sich die Bauernfamilien das Land teilen, die Arbeitsteilung innerhalb der einzelnen Familien aber patriarchal und herrschaftsförmig erfolgt. Ein Element von Peer-Produktion ist aber auch hier zwangsläufig vorhanden, zumindest die einzelnen Familien bzw. ‘Familienväter’ müssen sich zueinander als Peers verhalten, andernfalls könnte man überhaupt nicht sinnvoll von Commons/Allmende sprechen. Commons und Peer-Produktion lassen sich also nicht voneinander trennen, fallen aber auch nicht zwangsläufig zusammen. Auch ich sehe erst in der erfolgreichen Verbindung beider Elemente den Schlüssel zu einer neuen Produktionsweise, die dem Kapitalismus tatsächlich gefährlich werden kann.

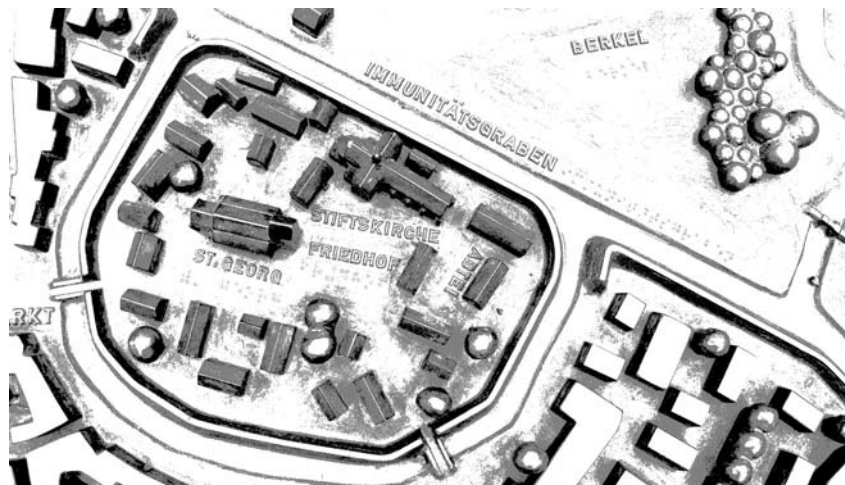
W.R.: Danke Euch für die Diskussion!

Literatur

- Nuss, Sabine 2006: Copyriot & Copyright: Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus- Münster: Westfälisches Dampfboot.
 – 2007: Open Source. In: Brand, Ulrich/Lösch, Bettina/Thimmel, Stefan (Hrsg.): ABC der Alternativen. Von „Ästhetik des Widerstands“ bis „Ziviler Ungehorsam“. Hamburg: VSA-Verlag, S. 148ff.
 Schlemm, Annette/Siefkes, Christian 2009: Commons-Netzwerke. In: *Contraste* Nr. 292 (Quelle: www.nadeshda.org/foren/cl.medien.contraste/1789/; Stand: 23. Februar 2012)

Annette Schlemm
E-mail: contact@zw-jena.de

Christian Siefkes
E-Mail: christian@siefkes.net



Sylvia Beck

Gemeinschaftliches Wohnen

Zwischen gelebter Sozialutopie,
pragmatischer alltäglicher Lebensführung
und instrumentalisierter Vergemeinschaftung

„Gemeinschaftliches Wohnen“ ist ein wachsendes Phänomen – insbesondere seit Ende der 1990er Jahre. Es lassen sich verschiedene Formen wie etwa Hausgemeinschaften, Siedlungsgemeinschaften, Baugemeinschaften (im weiteren Sinne auch Gemeinschaftsdörfer, Eco-Quartiers u.a.) hinzu zählen, die allgemein auch als gemeinschaftliche Wohnformen oder Wohnprojekte bezeichnet werden, bisher jedoch keiner systematischen Begriffsdefinition unterliegen.¹ Trotz aller Vielfalt und unterschiedlicher Ausprägungen einen sie sich in dem Grundgedanken, in einem bewusst gestalteten Kontext mit anderen leben zu wollen.² Die Wahrung der Privatsphäre ist dabei oft gleichermaßen von Bedeutung wie die soziale Einbindung in einen Gesamtkontext. Oftmals basiert Gemeinschaftliches Wohnen auf gemeinsam formulierten Prinzipien und zeichnet sich durch

- ¹ Oftmals meinen die Bezeichnungen innovative oder alternative Wohnformen ebenso gemeinschaftlich ausgerichtete Projekte; Nicht gemeint sind zumeist Wohngemeinschaften, – verstanden als gemeinsam geteilter Haushalt – sowie jegliche Formen des betreuten Wohnens (für unterstützungsbedürftige Personen). Zur Bestimmung und den Merkmalen von Projekten Gemeinschaftlichen Wohnens vgl. auch Hieber/Mollenkopf/Wahl/Oswald 2005: 13f.
- ² Während der Begriff „Wohnen“ an sich auf die durch abgeschlossenen Wohnraum erzeugte Privatsphäre hinweist, scheint „Gemeinschaftliches Wohnen“ gerade auf das Aufbrechen dieses ausschließlich privaten Raums bzw. vielmehr dessen Einbindung in bewusst gelebte und selbstgewählte und -gestaltete Nachbarschaft hinzuweisen. Eine solche Nachbarschaft will/soll/kann über „normale Nachbarschaften“ hinausgehen, sich also nicht nur über den gemeinsamen (territorialen) Wohnort konstituieren und die Beziehungsgestaltung nicht dem Zufall überlassen (zur Bestimmung von „Nachbarschaft“ vgl. Hamm 2000, Günther 2009).

spezifische thematische Ausrichtungen wie etwa ökologische, familien- oder altersgerechte Ansätze (vgl. Fedrowitz/Gailing 2003), speziell in der BRD auch intergenerative Konzepte aus (vgl. Saup 2007). Entsprechend formieren sich in Projekten Gemeinschaftlichen Wohnens unterschiedliche Personen-, Interessens- und Alterszusammensetzungen. Spezifische sozialstrukturelle Gegebenheiten (etwa Beteiligungs-, Kommunikationsprozesse, Organisationsstrukturen), aber auch baustrukturelle Aspekte (begegnungsfreundliche Bauweise, adäquate Gemeinschaftsräume, Außenräume etc.) prägen deren inneres und äußeres Erscheinungsbild.

Während gemeinschaftliche Wohnformen in einigen europäischen Ländern (Niederlande, Dänemark) schon von breiten Bevölkerungsschichten als Wohnalltag gelebt werden, erfreuen sie sich in Deutschland seit etwa den 1990er Jahren und massiv im neuen Jahrtausend wachsender Nachfrage und Aktivitäten.³ Sichtbar werden verschiedenste Bottom-up-Initiativen (als selbstorganisierte, selbstverwaltete, private Projekte), mittlerweile aber auch diverse Top-Down-Modelle, die durch kommunale und politische Akteure, Soziale Träger, aber auch Wohnbau-Akteure lanciert werden. Selbstorganisierte Projekte zeigen diverse Organisationsformen von Vereinen, Genossenschaften bis (g)GmbHs und BGB-Gesellschaften und zeugen entsprechend von unterschiedlichen Eigentumsverhältnissen (Privat-, Gruppen- oder gemeinnütziges Eigentum). Entsprechend uneinheitlich zeichnet sich das Bild: So reicht das Spektrum aktueller Entwicklungen Gemeinschaftlichen Wohnens bildhaft bunt von aus Hausbesetzungen hervorgegangenen selbstverwalteten Hausgemeinschaften (z.B. Berlin, Hamburg) zu neugebauten generationenübergreifenden Wohnsiedlungen (z.B. Projekte WohnArt in Bad Kreuznach, WohnSinn in Darmstadt, Haus Weitblick in Herrenberg), oder auch durch Gemeinwesenarbeit begleitetes Mehrgenerationenwohnen (z.B. „Lebensräume für Jung und Alt“ der Stiftung Liebenau in Süddeutschland), über zahlreich in Erscheinung tretende Projekte Gemeinschaftlichen Wohnens im Alter, von kleineren Privatinitiativen von Familien in ländlichen Gegenden, zur auch kulturellen gemeinschaftlichen Umnutzung öffentlicher Räumlichkeiten und Bestandsimmobilien (oftmals Kasernen, Fabrikgebäude

3 In der Schweiz tritt Gemeinschaftliches Wohnen vor allem in der letzten Dekade vermehrt in Erscheinung. Hier kommt dem traditionell stark verankerten genossenschaftlichen Wohnungsbau eine aktive Rolle zu, der eine Idee der Vergemeinschaftung im Wohnen schon in den 1960er Jahren mit zahlreichen nachbarschaftsfördernden Wohnprojekten als Familiensiedlungen und Selbsthilfeprojekte vorangetrieben hat und aktuell z.T. innovative Entwicklungen aufzeigt.

u.a.), über Ökodörfer wie „SiebenLinden“ zu mittlerweile ausgefeiltesten Projekten von Baugemeinschaften (z.B. Tübingen, Freiburg). Dabei nehmen viele Projekte durch ihre Öffnung ins Gemeinwesen – qua Hauscafé, öffentlich nutzbare Räume, Ateliers, Gewerbe o.ä. – eine aktive Rolle ein bzw. bedeuten einen Ermöglichungsraum oder gar Motor im Rahmen von Quartiersentwicklungen.⁴ Ist ihre tatsächliche Anzahl nach wie vor marginal, so zeigt sich dennoch eine wachsende Tendenz im Gemeinschaftlichen Wohnen, die auch mit zunehmend öffentlichem, fachlichem und politischem Interesse im Gesamtspektrum der Wohn- und Lebensformen einhergeht. Mittlerweile hat sich gar eine „kleine Maschinerie“ gemeinschaftlichen Wohnens herausgebildet. Sie umfasst unterschiedlichste webbasierte Plattformen (Homepages, newsletter u.a.)⁵, regionale Vernetzungsaktivitäten (diverse Wohn(fach)tage, Stammtische für Interessierte etc.)⁶, institutionelle Vernetzungsstrukturen (Dachorganisationen im NGO-Bereich, auch kommunale Institutionen)⁷, spezialisierte Institutionen der Beratung/Förderung und Wissensbildung (u.a. Stiftungen)⁸ und Finanzierungsstrukturen (durch alternative Banken, oder auch politische Programme) oder auf gemeinschaftliche Wohnformen spezialisierte Architektinnen, Planer und Beraterinnen, die das Spezialgebiet gemeinschaftsfördernder baulicher Maßnahmen wie auch die notwendige Moderation von gemeinschaftlichen Planungs- und Umsetzungsprozessen gestalten und bespielen.

4 Umgekehrt bilden gemeinschaftsstiftende Wohnformen mancherorts grundlegende Bausteine für die Entwicklung und Planung neuer Quartiere (z.B. Projekt „mehr als Wohnen“ in Zürich – www.mehralswohnen.ch; Stadtteil Rieselfeld in Freiburg – beschrieben in Sommerfeld 2000)

5 wie z.B. www.wohnprojekte-portal.de der Stiftung trias, oder regional z.B. www.wohnportal-berlin.de

6 z.B. Netzwerk Frankfurt für Gemeinschaftliches Wohnen e.V.

7 z.B. Miethäuser Syndikat Freiburg mit regionalen Koordinationsstellen, Bundesvereinigung Forum Gemeinschaftliches Wohnen e.V. mit Regionalstellen in allen Bundesländern; auf kommunaler Ebene: Startbau Hamburg GmbH, Kontaktstelle neuer Wohnungsbau Augsburg.

8 wie z.B. Schader-Stiftung, Wüstenrot-Stiftung, Stiftung Trias; in der Schweiz mit Fokus „Wohnen im Alter“: Age Stiftung, Heinrich & Erna Walder-Stiftung; zur Forderung nach und Konzeption von ganzheitlich integrierten Beratungsagenturen vgl. Otto/Langen 2009.

Breiter Zuspruch für die bunte Szenerie(n) Gemeinschaftlichen Wohnens !?

Trotz aller Vielfaltigkeit der Formen Gemeinschaftlichen Wohnens herrscht mittlerweile grundlegend viel und fast einheitlicher Zuspruch für diese Entwicklung(en). Scheinbar durchzieht ein „common sense“ die politischen Reihen aller Couleur und proklamiert die Förderung Gemeinschaftlichen Wohnens. So arbeiten in Dachorganisationen selbstverwalteter Wohnprojekte zeitgleich links autonome Initiativen mit Bezug zur Hausbesetzerszene zusammen mit Aktiven der Generation 50plus im Aufbruch ins selbstbestimmte Alter. Und „normale“ Banken begeben sich mit alternativen Finanzierungskonzepten in Wirkungsbereiche, die bisher der alternativen Bankszene vorbehalten waren.⁹ Kommunen setzen sich mit Wohnbauträgern, sozialen AkteurInnen und auch der Immobilienszene zusammen.

Herrscht hier Einigkeit über die Notwendigkeit einer anderen Form des Wohnens und Lebens? Bricht hier eine neue Ära der Vergemeinschaftung an? Ein vielversprechendes Zukunftsprinzip gesellschaftlicher Teilhabe und Mitbestimmung? Oder ein romantisches Wunschbild wiederbelebter Gemeinschaftlichkeit in der sonst individualisierten Spätmoderne?

Die bunten Bilder des Gemeinschaftlichen Wohnens deuten es an. Es bewegt sich vieles auf der Bühne des „(Mehr als) Wohnens“. Erst ein genaueres Hinschauen kann jedoch verdeutlichen, wie sich vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklungen unterschiedliche individuell-praktische Beweggründe und fachlich-politische Zuschreibungen thematisch in diesem uneinheitlichen Konglomerat Gemeinschaftlichen Wohnens vereinen. Im Folgenden sollen deshalb zunächst aktuelle gesamtgesellschaftliche Entwicklungen skizziert werden, um dann Gemeinschaftliches Wohnen in seiner (z.T. auch normativ überladenen) Erscheinung durchaus würdigend aber auch kritisch zu differenzieren und theoretisch einzuordnen. Abschließend sollen Handlungschancen und -notwendigkeiten für die Soziale Arbeit aufgezeigt werden.

9 Für einen Überblick zu Finanzierungsmöglichkeiten und entsprechenden FinanzakteurInnen vgl. Schader-Stiftung/Stiftung trias 2008.

Rahmende gesellschaftliche Entwicklungen

Wie vielfach diskutiert, unterliegt die westliche Gesellschaft (v. a. seit Ende der 1970er Jahre) einem rasanten wirtschaftlichen, politischen und sozialen Wandel. Mit Begriffen wie „reflexive Moderne“ (Beck), „späte Moderne“ (Giddens), „fluide Moderne“ (Bauman) und vielen Folgediskussionen werden Entwicklungen verhandelt, beschrieben und kritisch durchleuchtet, die auf unterschiedlichen Ebenen massiven Einfluss auf die individuelle Lebensgestaltung nehmen. Es geht angesichts von Globalisierung und veränderten Arbeitswelten von Zeiten der Industrialisierung zum Postfordismus um neue Arbeitsstrukturen, aber auch Auflösung kollektiver Lebensmuster, die einhergehend mit neu ausgehandelten Geschlechterverhältnissen und einer Pluralisierung von Lebenslagen zur Individualisierung von Lebensgestaltung führen. Es zeigt sich eine zunehmende Flexibilisierung aber auch strukturelle Aufweichung – eine sogenannte „Entgrenzung“ – von Lebens- und Arbeitsbereichen in vielerlei Hinsicht (vgl. etwa Szydlik 2008, Jurczyk u.a. 2009).

Zugleich zeigt sich ein Rückbau des Wohlfahrtsstaates. Die auch als postfordistische Transformation bezeichnete vielseitige Umstrukturierung von ökonomischen, politischen und sozialen Verhältnissen bringt eine zunehmende Notwendigkeit privater Absicherung mit sich, durch einen „immer weiter abgesenkten Sockel kollektiv-solidarisch gewährleisteter sozialer Sicherung“ (Anhorn 2005: 17). Die Forcierung dieses „aktivierenden Sozialstaates“ manifestiert eine neue Politikform und stellt die Selbstverantwortung der Individuen – nun vermehrt als Bürgerinnen und Bürger angesprochen – in den Mittelpunkt (vgl. Dahme/Wohlfahrt 2002, Dahme u.a. 2003). „Neo-soziale Regierungsstrategien übersetzen Aktivierung zur subjektiven Lebensgestaltung inzwischen in eine Verpflichtung, individuelle wie kollektive ‘Subjekte’ hätten ihre Lebensgestaltungsverantwortung selbst zu tragen“ (Kessl/Otto 2004: 11).¹⁰

Daraus resultieren veränderte Gesellschaftsstrukturen auf unterschiedlichsten Ebenen, einhergehend mit angespannten demographischen Entwicklungen, veränderter Generationenverhältnisse, aber auch neuen Lebensformen der Individuen. Die „Normalbiographie“ wird brüchig, Fragen der Vereinbarkeit, des Arrangements von care bis hin zu Fragen der alltäglichen Lebensführung stellen sich individuell und täglich neu. Das Individuum ist im doppelten Sinn freigesetzt, – aus strukturell-normativen Vorgaben der Lebensgestaltung und aus einem per

10 Für das Alter gilt dies u.a. vor dem Hintergrund der Diskurse um erfolgreiches und active ageing in besonders ausgeprägter Weise, vgl. z.B. Lessenich/Otto 2005.

se tragenden sozialstaatlichen Sicherungssystem. Mit den Worten von Hanses: „Biografisierung avanciert zu einem normativen Zwang der Selbst- und Weltbearbeitung“ (Hanses 2010: 119). Und so zeigt sich inzwischen ein „selbstredender Verweis auf das biografische Kapital der BürgerInnen. Die Protagonisten werden selbst zum Ort der Verantwortungsübernahme für die Realisierung eines gesunden, gebildeten und sozial integrierten Individuums (Hanses/Homfeldt 2009: 158):“

Betrachtet man die Entwicklung des „Modernen Wohnens“ spiegelt sich ebenso – und das bereits über noch längeren Zeitraum – eine Freisetzung aus gesellschaftlichen, gemeinschaftlichen Bezügen. Während das „Ganze Haus“ vor Zeiten der Industrialisierung noch alle Lebensvollzüge einschloss und insbesondere durch die Durchmischung von Arbeit und Wohnen sowie den über familiären Rahmen hinausgehenden Zusammenhalt der Gesellschaftsmitglieder gekennzeichnet war, führten die Trennung von Arbeits- und Wohnwelten aufgrund der Industrialisierung aber auch weitergehende Institutionalisierungsprozesse zu einer strukturellen Entleerung des Nahraums (vgl. Häußermann/Siebel 1996). Damit manifestierten sich geschlechtsspezifische Zuständigkeiten für Produktions- und Reproduktionsaufgaben und die Trennung von öffentlichem und privatem Raum. Wohnen wurde zum „Ort der „Nichtarbeit, „zum Ort der Kleinfamilie“, zum „Ort der Intimität“. Ferner wurde „die Wohnung als Ware“ sichtbar, die angesichts der gesellschaftlichen Integration über den Arbeitsmarkt und einhergehender Segregation der Städte auch zum Symbol für die soziale Position avancierte (ebd.). Erkennbar wird dadurch eine doppelte räumliche Entmischung von Gesellschaft – im funktionalen wie im sozialstrukturellen Sinne. Weitergehend sieht Sommerfeld (2004: 241) in der funktional differenzierten Gesellschaft kombiniert mit Entwicklungen der Informations-, Kommunikations- und Verkehrstechnologien eine Schwächung des sozialen Nahraums, die er auch als „tendenzielle soziale Verarmung“ bezeichnet. Auch wenn durchaus wichtige Sozialformen im Nahraum bestehen, sieht er diesen – angesichts der Notwendigkeit sich in der Gesellschaft über Erwerbsarbeit zu positionieren – in seiner Bedeutung als nachrangig. Hinzu komme, dass sich Beziehungen angesichts moderner Infrastruktur der unmittelbaren Ortsgebundenheit entziehen und durch die Organisation der sozialen Funktionssysteme soziales Handeln immer seltener werden. „Der öffentliche soziale Nahraum wird schließlich nur noch ‘durchquert’ – man hält sich aber nicht in einem aktiven, expressiven und gestalterischen Sinne darin auf, indem man vor allem nicht sozial handelt, weil es eben nichts zu tun gibt – und der in diesem Sinne eben ‘sozial verarmt’ ist“ (ebd.: 241)

Vor dem Hintergrund dieser hier skizzierten gesellschaftlichen Entwicklungen lässt sich „Gemeinschaftliches Wohnen“ im Hinblick auf (mindestens) drei Facetten diskutieren und verorten. Die einzelnen realen Projekte verkörpern nicht unbedingt trennscharf eine Facette, sondern bilden mitunter mehrere Facetten in sich überlappend ab. So zeigt sich „Gemeinschaftliches Wohnen“

- als gelebte Sozialutopie, die eine Gegenwelt zu den gesellschaftlichen Verhältnissen der Spätmoderne markiert.
- als pragmatische alltägliche Lebensführung, die eine Form der aktiven Gestaltung und Bewältigung biographisierter gesellschaftlicher Herausforderungen der Spätmoderne ausdrückt.
- als instrumentalisierte Vergemeinschaftung im Nahraum, die als gezielte Form der Aktivierung zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen soll.

Facette 1 – Gemeinschaftliches Wohnen als gelebte Sozialutopie

Angesichts der aufgezeigten gesellschaftlichen Entwicklungen der Postmoderne lässt sich Gemeinschaftliches Wohnen in einer ersten Facette als eine Gegenbewegung beschreiben. Insbesondere intensive, den Alltag umfassende Formen Gemeinschaftlichen Wohnens – wie etwa Soziale Gemeinschaftsdörfer oder Ökodörfer¹¹ – zeigen Elemente alternativer Gesellschaftsstrukturen, wie etwa autarke ökologische Versorgung, gemeinsame auch finanzielle Haushaltsführung, alternative Arbeitskontexte u. ä. Sie verkörpern einen Gegenentwurf zu herrschenden Verhältnissen und wollen eine zugrundeliegende Sozialutopie zumindest in begrenztem Rahmen leben. Als mildere, weniger radikale Formen lassen sich eine Vielzahl an Haus- oder Siedlungsgemeinschaften vorfinden, die ebenso gängige gesellschaftliche Verhältnisse hinterfragen und sich umfassend für soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit einsetzen. Unterschiedlich weitgehend zeigen sich Elemente der Selbstverwaltung, Selbstorganisation, Basisdemokratie, teilweise auch gemeinsame Haushaltsführung und Versorgungsstrukturen (z.B. Food-Coops, Gemeinschaftsauto), Kinderbetreuung usw.. Mitunter basieren sie auf gemeinsamen alternativ-gerechten Finanzierungsmodellen (qua Einkommen oder mit Reduktionen pro Kind o. ä.) und favorisieren eine „soziale Bodenpolitik“ (vgl. Thiel 2011), indem sie auf Spekulationsentzug des Wohnraums vom Immobilienmarkt, etwa in Form von Gemeinschaftseigentum oder Erbpachtverfahren setzen. Auch Ansätze

11 Bekanntes Beispiel hierfür ist etwa das bereits 15-jährige „Ökodorf Sieben Linden“ in der Altmark (www.siebenlinden.de).

der Durchmischung von Wohnen und Arbeiten zeigen sich, – in über eine pragmatische Orientierung hinausgehendem gesellschaftskritischem Sinne. So sehen Schulte-Haller und Wandeler-Deck im KraftWerk1 in Zürich¹² durch Individualisierung gleichermaßen freigesetzte Kreativität und Gestaltungskompetenzen zur freieren Lebensgestaltung in gelebte Sozialutopien transferiert. „Wie ältere Sozialutopien auch stellt KraftWerk1 eine Antwort auf soziale und ökonomische Entwicklungen dar. Gesellschaftlichen Prozessen, die politisch schwer beeinflussbar sind, wird ein Projekt entgegengesetzt, das nach pragmatischen Wegen für die Realisierung eines Ansatzes sucht, der sich durch seine ganzheitliche Ausrichtung auszeichnet und ein Experimentierfeld zur Erneuerung gesellschaftlichen Handelns bietet“ (1996:1). In vielen Punkten weisen Projekte gemeinschaftlichen Wohnens damit eine große Nähe zu „Neuen Sozialen Bewegungen“ auf, die sich als politische Kraft und soziokulturelle Praxis für eine Veränderung der Gesellschaft stark machen (vgl. Roth 2011). Viele Projekte Gemeinschaftlichen Wohnens stehen direkt in Verbindung mit Projekten der „Alternativen Ökonomien“ und der Selbstverwaltungsbewegung der 1980er Jahre oder zeigen zumindest inhaltliche Bezugspunkte auf.¹³ Insbesondere in dem Merkmal der „konkreten Verbindung von Politik und Alltag“ und der Tatsache, dass sie „gegengesellschaftliche Konzepte mit alternativen Lebensentwürfen“ verbinden (vgl. Maurer 2005: 638), gleichen diverse Projekte Gemeinschaftlichen Wohnens den Neuen Sozialen Bewegungen. Diese stellen gesellschaftliche Verhältnisse zur Disposition und zeigen häufig auch eine Umnutzung von (öffentlichem) Raum als Ort für teilnehmende und selbst gestaltete Praxis. Insbesondere in dieser Dimension der Räumlichkeit von Sozialen Bewegungen wird Gemeinschaftliches Wohnen bildlich zum Programm, indem es oftmals auch um eine (Um-)Nutzung öffentlichen Raums, leerstehender Gebäude wie z.B. Kasernen geht und sich in vielen Projekten privater Raum bewusst mit halböffentlichem und mit öffentlichem Raum durchmischt (und politisiert), z.B. in Form von soziokulturellen Zentren, Hauscafés etc., die der allgemeinen Bevölkerung zugänglich sind.

12 Die Siedlung KraftWerk1 in Zürich, mit Wurzeln in der zürcherischen Jugendbewegung der frühen 1980er Jahre, wurde 2001 realisiert. Sie umfasst 81 Wohnungen für rund 250 BewohnerInnen, sowie weitere Räumlichkeiten für gemeinschaftlichen Nutzung, sowie Arbeitsplätze in Gewerbe- und Büroflächen für rund 100 Personen (vgl. Hugentobler/Hoffmann 2006, www.kraftwerk1.ch).

13 Ebenso lassen sich viele Projekte in aktuellen Diskussionen um Solidarische Ökonomien und einem Wiedererstarken von „Commons“ verorten (vgl. Elsen 2011).

So betrachtet sind Projekte Gemeinschaftlichen Wohnens ein Ausdruck von Gesellschaftskritik und ein Abbild der Suche bzw. der Vorstellung, zugleich aber auch gelebter Utopie einer anderen Gesellschaft. Sie verkörpern den bewussten Versuch, die Dominanz gesellschaftlicher Regierungsformen zu durchbrechen und ihnen mit anderen sozialen Bezugsformen zu begegnen (Besitzverhältnisse, Geschlechterverhältnisse, Produktionsverhältnisse usw.).

Facette 2 – Gemeinschaftliches Wohnen als pragmatische alltägliche Lebensführung in der Postmoderne

Erkennbar wird durch die gesellschaftlichen Veränderungen der Postmoderne, wie das Individuum strukturell freigesetzt und auf sich selbst gestellt wird. Neben Optionenvielfalt und Wahlfreiheit (Beck) stellt sich, vor dem (Widerspruch generierenden) Hintergrund nicht ausgeräumter sozialer Ungleichheiten, der Entscheidungszwang in der „Entscheidungsgesellschaft“ (Giddens). Deutlich wird darin eine scheinbare, zunehmende (und lebenslange) Handlungsfreiheit – aber auch Handlungsnotwendigkeit, und ein zunehmender Handlungsdruck für individuelle Konstruktions- und Selbstdeutungsleistungen der Individuen. Der Mensch ist zunehmend zu sehen als „biographischer Akteur“, der sich – im Sinne der Dualität von Struktur und Handeln (vgl. Giddens 1996) – seine Welt aktiv aneignet, sich in Gegebenheiten arrangiert und diese aber auch selbsttätig verändert (vgl. Heinz 2000, Hoernig 1989). Die moderner Gesellschaft inhärente Biographisierung der Lebensalter (vgl. Hanses/Homfeldt 2009) erfordert permanent und zunehmend eigenverantwortliche „biographische Konstruktionsleistungen“ (vgl. Dausien 1996). Biographisches Wissen bildet hierfür die „zentrale Ressource, die Komplexität moderner Welten durch mögliche, an das biografische Wissen anschlussfähige Entscheidungspraxen zu bewältigen und eine Kohärenz in der Zeit zu produzieren“ (vgl. Hanses 2010: 116f). Dies spiegelt sich nicht nur in komplexen Anforderungen moderner Lebensplanung und lebenslanger Lebensbewältigung (Böhnisch 2008), sondern auch in der Gestaltung des konkreten Alltags, der umfassender individueller Herstellungsleistungen bedarf, um einen individuell schlüssigen Alltag zu generieren. Angesichts entgrenzter Arbeits- und Zeitstrukturen, veränderter Geschlechterrollen und Care-Arrangements sprechen Jurczyk u.a. in ihrem Blick auf das Spannungsverhältnis von Familie und Erwerbsarbeit von „Doing Boundary“ – einem individuellen Grenzmanagement zur Herstellung von gelingendem Alltag. „Der subjektive Umgang mit Entgrenzung als Doing Boundary ist der Versuch, durch unterschiedliche Formen des Grenzmanagements [...] das Verhältnis von Familie und Erwerbsarbeit im Alltag

aktiv zu gestalten. Diese situativ jeweils immer wieder neu zu bewerkstellende Bearbeitung von Grenzen stellt sich heute verstärkt als Anforderung an erwerbstätige Eltern, um die eigene Arbeitskraft zu erhalten und Familie unter Bedingungen doppelter Entgrenzung herzustellen“ (Jurczyk u.a. 2009: 341f).

Gemeinschaftliches Wohnen kann hier als alternative Form für eine pragmatische alltägliche Lebensführung diskutiert werden, die die Herstellung gelingenden Alltags befördert, etwa als ein Puzzle-Stück für ein passendes Gefüge im Zusammenwirken von Erwerbsarbeit und Sorgearrangements.¹⁴ Auf diese Weise wäre das Initiieren oder Mitwirken im Gemeinschaftlichen Wohnen zu sehen als eigenständiges Konstruieren von Lebensverhältnissen und aktives Gestalten von Lebenswelt für eine gelingende Lebensbewältigung. So umschreibt Sommerfeld in seiner Evaluation zweier innovativer auf Gemeinschaft ausgerichtete Wohnsiedlungen in Zürich, wie sich tragfähige Sozialität im Regina-Kägi-Hof (RKH)¹⁵ vor dem Hintergrund der Situation als Familien bildet: „Das RKH ist eine Siedlung, in der die Gemeinsamkeit und die gemeinsamen Interessen aus der Form der partikularen Kleinfamilie mit Kindern heraus entstehen. Der Möglichkeitshorizont, sich gegenseitig bei der Kinderbetreuung, aber auch bei der weiteren Gestaltung des Alltags zu unterstützen, schafft eine Basis, die von den Bewohner/innen des RKH angenommen und zu [...] sozialen Beziehungen ausgebaut wurde“ (Sommerfeld/Castelli 2006: 91).¹⁶

Aber auch mit steigendem Alter¹⁷ bedarf es umfassender individueller Konstruktionsleistungen für einen gelingenden Alltag, vor dessen Hintergrund Gemeinschaftliches Wohnen zu beleuchten interessant erscheint. Neben einer

14 Junge Familien bilden eine der Akteurs- und Zielgruppen im Gemeinschaftlichen Wohnen (und diesbezüglichen Regierungsprogrammen).

15 Der Regina-Kägi-Hof ist eine Siedlung der Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich (ABZ) mit einem gemeinschaftsorientierten Konzept, errichtet 2001. Sie umfasst 126 Wohnungen – davon 24 subventioniert – und bietet Wohnraum für rund 400 Personen, mit diversen gemeinschaftlich genutzten Räumen, zumietbaren Ateliers und Infrastrukturangeboten.

16 Auf die höhere Relevanz des Nahraums u.a. für Familien weisen auch die Ergebnisse des Projekts S5-Stadt hin. Hier wird die Intensität von Nachbarschaftsbeziehungen abhängig zu Phasen mit weniger Mobilität und mehr Bedarf an Unterstützungsmöglichkeiten und Erfahrungsaustausch gesehen (vgl. Reutlinger/Lingg/Sommer/Stiehler 2010).

17 Die sogenannten „Generation 50plus“ und Ältere bilden die zweite Akteurs- und Zielgruppe des Gemeinschaftlichen Wohnens (und diesbezüglichen Regierungsprogrammen).

auf Selbstbestimmung fußenden Gestaltung des Alters insbesondere der jetzt älter werdenden Generation der sogenannten Babyboomer (im Übergang und in der nachberuflichen Phase) spielen hier auch der vorausschauende Blick auf die besonderen, ebenfalls individualisierten Herausforderungen des (fragilen) Alters vor dem Hintergrund veränderter Care-Arrangements in veränderten Gesellschafts- und Familienverhältnissen eine wesentliche Rolle. Hier kommen zwei konträre Ansprüche zum Ausdruck: „Es geht einerseits um den möglichst langen Erhalt von Autonomie und andererseits um ein Leben in Verbundenheit“ (Kricheldorf 2008: 242) und dies oft in Unabhängigkeit von eigenen Kindern. So kristallisieren aktuell laufende Auswertungen der InnoWo-Studie¹⁸ im selbstorganisierten Gemeinschaftlichen Wohnen im Alter einen Typus „Antizipation“¹⁹ im Übergang ins späte biographische Wohnen heraus. Deutlich zeigt sich bei den Bewohnerinnen und Bewohnern selbstorganisierten Gemeinschaftlichen Wohnens ein Ausschnitt der Bevölkerung, der sich durch vorausschauendes, aktives Handeln für ein selbstbestimmtes und gelingendes Wohnen im Alter auszeichnet. Indem die Älteren hier eine altersgerechte Wohngestaltung und förderlichen Nahraum bewusst beachten, versuchen sie möglichen sogenannten „Kann-Bruchstellen“ im Alter vorzubeugen und damit einen zumeist unerwünschten Übergang ins Alters-/Pflegeheim zumindest hinaus zu zögern. Die ersten Befunde scheinen entsprechende Erfolge zu unterstreichen. Die aufgrund reduzierter Mobilität steigende Bedeutung des Nahraums im Alter fokussiert sowohl auf eine nahräumliche Versorgung als auch auf soziale Einbindung. Gemeinschaftliches Wohnen zeigt sich in den befragten Settings durchaus positiv unterschieden von herkömmlichen Wohnarrangements²⁰, und zwar im Hinblick auf geringere Anonymität, erhöhte gegenseitige Achtsamkeit sowie durch gemeinschaftliche Aktivitäten und Unterstützungsleistungen, die im Projekt zustande kommen. Die Intensität und Tragfähigkeit scheint im Wesentlichen mit dem Identifikationsgrad des

18 Die Studie „InnoWo – Zuhause wohnen bis zuletzt“ vergleicht Leben in innovativen (Wohn- und/oder Hilfe)Settings im Hinblick auf ihr Potential für ein Zuhause Wohnen bleiben können bis ans Lebensende. Laufzeit: 2009-2012, durchgeführt durch die Hochschule Mannheim in Kooperation mit der FHS St. Gallen. Ergebnisse aus dem (selbstorganisierten) Gemeinschaftlichen Wohnen sind derzeit in Auswertung. Erste Ergebnisse finden sich in Otto/Stumpp/Beck/Hedtke-Becker/Hoevens 2012.

19 Dieser Typus ergänzt die von Hochheim/Otto (2011) herausgearbeitete Typisierung von „Kontinuität“, „Diskontinuität“ und „Ungewissheit“ im Übergang ins biographisch späte Wohnen.

20 Wobei sich natürlich auch im „Normal-Wohnen“ durchaus gleichwertig tragfähige Beziehungen entwickeln können.

Gesamtprojekts und etwaiger Leitprinzipien, aber insbesondere auch der individuellen Passung und biographischen Handlungsweisen der Bewohnerinnen und Bewohner bedingt. Ein tragfähiges und zufriedenstellendes Gemeinschaftsleben basiert auf Wahrung der Privatsphäre und der Freiwilligkeit, erfordert zugleich umfassende kommunikative Kompetenzen und ist nicht selten konfliktanfällig, was mittels entsprechend ausgebildeter, professioneller Unterstützung zwar ange-regt und moderiert, aber nicht endgültig gelöst werden kann.²¹ Das Element der Freiwilligkeit scheint ebenso wichtig wie die Bedeutung eigener Erfahrungen der Gruppenbildung (inkl. Umwegen und Scheiternserfahrungen), um eine besondere Identifikation mit dem Projekt aufzubauen (vgl. Otto/Langen 2009).

Gemeinschaftliches Wohnen in dieser zweiten Facette entspricht weniger einer gesellschaftskritischen Haltung, sondern zeugt viel eher von einem sich Arrangieren mit bzw. einem individuellen Bewältigen von gesellschaftlichen Begebenheiten. Es zeugt von selbstbestimmtem und aktiv-selbsttätigem Gestalten des eigenen Lebens(umfelds). Gleichzeitig bringt die starke Präsenz und Mitwirkung im Gemeinschaftlichen Wohnen insbesondere der Personengruppen in der Familienphase und im Übergang ins Alter eine lebensphasenspezifische (subjektive) Bedeutungszuschreibung auf den sozialen Nahraum zum Ausdruck, die allgemein aber auch mit Blick auf Gemeinschaftliches Wohnen und dessen Potential für jegliche Unterstützungen weiter zu diskutieren wäre.

Facette 3 – Gemeinschaftliches Wohnen als instrumentalisierte Vergemeinschaftung im Nahraum

Mit der Transformation des Sozialstaats geht die Ausrichtung sozialpolitischer Maßnahmen mit einer räumlichen Fokussierung²² einher – kritisch diskutiert durch Kessl/Reutlinger 2007 oder auch Kessl/Otto 2007 –, die es nahe legt, das Phänomen Gemeinschaftliches Wohnen auch im Hinblick auf eine Instrumentalisierung von Vergemeinschaftung im Nahraum kritisch zu diskutieren.

21 Das hochsensible Zusammenwirken individueller Eigenschaften mit projektspezifischen Gegebenheiten und die daraus resultierende professionelle Herausforderung wurden in der Teilstudie zum Gemeinschaftlichen Wohnen mit Gemeinwesenarbeit (in Projekten „Lebensräume für Jung und Alt“ der Stiftung Liebenau) deutlich (vgl. Otto u.a. 2012, i. E.).

22 In wissenschaftlichen Diskussionen ist auch von „spatial turn“ oder einer „Räumlichen Wende“ die Rede, um die zunehmende Thematisierung sozialer Bezüge in räumlicher Perspektive zu benennen. Für die räumliche Wende in der Sozialen Arbeit steht der Begriff „Sozialraumorientierung“ (Kessl/Reutlinger 2007).

So treten neben die Bottom-up-Aktivitäten im Bereich Gemeinschaftliches Wohnen mittlerweile zunehmend politische und soziale Akteure, die mittels struktureller Unterstützung und Förderung das Wohnen in gemeinschaftlichen Bezügen vorantreiben (wollen). Mehrere nationale Förderprogramme nehmen Bezug auf den Nahraum oder gar auf das Wohnen im Konkreten – wie etwa „Wohnen für (Mehr-)Generationen – Gemeinschaft stärken, Quartier leben“ (BMFSFJ), Modellprogramm „Neues Wohnen – Beratung und Kooperation für mehr Lebensqualität im Alter“ (BMFSFJ) oder auch das „Kompetenznetzwerk WOHNEN“ (BMFSFJ), auf Länderebene beispielsweise die Förderungen „Neues Wohnen mit Nachbarschaft“ und „Neue Wohnprojekte für ältere Menschen“ (beides NRW) oder das „Niedersachsenbüro Neues Wohnen im Alter“.²³ Entwicklungen Gemeinschaftlichen Wohnens werden somit zunehmend auch politisch getragen und forciert, und in ihrer Zuschreibung eines großen Potentials an Bürgerengagement und gestärkten sozialen Netzwerken auch top-down unterstützt. Diverse Leitfäden, Handlungsempfehlungen wie auch regionale oder kommunale verwaltungspolitische Instrumente²⁴ wollen Initiativen gemeinschaftlichen Wohnens unterstützen.²⁵ Zunehmend existieren kommunale Handlungsstrategien (vgl. Wüstenrot Stiftung 2009), Soziale Träger werden als Initiantinnen und Beförderer von gemeinschaftlich ausgerichteten Wohnsiedlungen aktiv, wodurch sich im Kontext Wohnen mit Schnittstelle Gemeinwesen, z. T. auch platziert bei Wohnbauträgern, auch ein Feld Sozialer Arbeit (weiter-)entwickelt. Analog zu und manchmal einhergehend mit neuen Stadtentwicklungsprogrammen wie dem Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ (BMVBS), verbunden mit Quartiersmanagement, implizieren diese Aktivitäten ebenso eine Aktivierung lokalen sozialen Kapitals.

Diese Entwicklungen sind doppelt vorsichtig zu betrachten: Zum Einen werden damit übergeordnete gesellschaftliche Herausforderungen des sozialen Zusammenhalts, der Demographie, des Generationenverhältnisses auf diese Weise auf Soziale Beziehungen im lokalen Nahraum – und hier speziell auf Gemeinschaft-

23 Ferner fördert das BMFSFJ aktuell das Projekt des Forums für Gemeinschaftliches Wohnen e.V. „Bei der Zivilgesellschaft zu Hause – Bundesweite Aktionstage Gemeinschaftliches Wohnen 2012“.

24 z.B. die vorrangige oder vergünstigte Vergabe von Baugrundstücken an gemeinschaftliche Wohnprojekte, oder auch eine Vergabe im Erbpacht-Verfahren; mitunter auch die Vergabe an ausgewählte Bauträger, die die Auflage der Umsetzung eines Konzepts zur Förderung Sozialer Nachbarschaft erfüllen.

25 s. auch Überblick in Schader-Stiftung/Stiftung Trias 2008.

liches Wohnen – transportiert. Das kleinräumig fokussierte Soziale erscheint als handhabbare Grösse und gestaltbar, die (oftmals homogen betrachteten) Einheiten von Nachbarschaften – als persönliche Beziehungen im Nahraum – im Hinblick auf ihr Soziales Kapital gewinnversprechend. „Dem Nahraum wird das Potential zugeschrieben, in Zeiten gesellschaftlicher Heterogenität und einer Pluralisierung der Lebensentwürfe eine adäquate Handlungsgrösse zu sein und zur Rückbettung sozialer Handlungsbezüge beitragen zu können“ (Lingg/Stiehler 2010: 170). Hamm spricht von einer „neue[n] Euphorie, die grosse Hoffnungen in Nachbarschaft gerade dort setzt, wo es gilt, die Defizite des politischen und wirtschaftlichen Systems auf lokaler Ebene (natürlich kostenlos) auszugleichen“ (Hamm 2000: 174). Die zugrunde liegende veränderte Regierungsweise – unter dem Stichwort Sozialraumorientierung auch für die Soziale Arbeit diskutiert – mit verlagertem Fokus von der Gesellschaft auf kleinräumige lokale Gemeinschaften kritisieren Kessler und Reutlinger (2007) als Territorialisierung des Sozialen. Dieses Regieren über soziale Nahräume geht u.a. mit den Gefahren der „Containerisierung“ und der „Homogenisierung“ einher (vgl. auch Fritsche/Lingg/Reutlinger 2010). So können weder der territoriale Raum als abgeschlossene soziale Funktionseinheit – als Behälter (Containerisierung) –, noch die darin Lebenden als homogene Gruppe (Homogenisierung) gesehen werden. Zugleich verdeutlichen Lingg und Stiehler, dass – auch angesichts der Gestaltung von Beziehungen in der Moderne – ein „homogenisiert-aktivierbarer Blick auf Nachbarschaftsbeziehungen (2010: 175) zu relativieren ist. Ein solcher Blick übersieht die Konstitution moderner Beziehungsgefüge, die sich – eben nicht homogen – und für einen Großteil der Bevölkerung angesichts von Mobilität und Kommunikationsmitteln zugleich auch unabhängig vom Nahraum sondern in weit grösseren Dimensionen – und deshalb nicht räumlich aktivierbar – gestalten. So bleibe der Nahraum lediglich für bestimmte Alters- und Personengruppen – nämlich insbesondere Kinder, Alte, immobile und ressourcenschwache Personen – bedeutsam (ebd.).

Zum Anderen impliziert die Förderung von Gemeinschaftlichem Wohnen zugleich eine Mobilisierung von Zivilgesellschaft und proklamiert eine Stossrichtung vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. So sind die Auswirkungen einer territorial fokussierten Regierungsweise auch in der verstärkten Diskussion und Einbindung von Bürgerengagement und der Förderung von Partizipationsprozessen zu sehen.²⁶ Potentiale der Mitwirkung werden neu ausgelotet,

26 Auch hier zeigen sich auf Bundesebene regierungsseitige Flankierungen in Form von Programmen wie „Aktiv im Alter“, Freiwilligendienste oder auch Aktionen wie „Woche des bürgerschaftlichen Engagements“, „Aktion zusammenwachsen“ u.a.,

mit (nahezu inflationärem) Verweis auf Bourdieus „soziales Kapital“ diskutiert und – in dieser Deutlichkeit erstmals und durchaus auch erfreulich – politisch wertgeschätzt und unterstützt. Unter dem Stichwort „Gouvernementalität“ mit Bezugnahme auf Foucault und der damit formulierten Kritik einer Vereinnahmung von Selbstverantwortung – etwa durch bürgerschaftliche Beteiligung – muss diese Entwicklung jedoch ebenso in ihrer Zwiespältigkeit (auch für die Rolle der Sozialen Arbeit) kritisch reflektiert werden (vgl. Otto/Ziegler 2005). Die politische Unterstützung Gemeinschaftlichen Wohnens als Förderung lokaler Gemeinschaften bringt neben nahräumlichen Territorialisierungsstrategien also auch Responsabilisierungsstrategien zum Ausdruck, mit dem Ziel „die Einzelnen so zu aktivieren, dass sie ihre Lebensgestaltungsverantwortung selbst übernehmen“ (Kessler/Krasmann 2005: 235). Im aufgezeigten doppelten Fokus – auf die kleinräumige lokale Gemeinschaft einerseits und das subjektive Engagement andererseits – könnte somit die neo-soziale Programmierung, die in landes-, bundes-, EU- und weltweiten „Sozialkapitalprogrammen“ festgeschrieben ist und auf „sektorale Inklusionsprozesse in sozialen Räumen lokaler Gemeinschaften“ fokussiert, zum Ausdruck kommen (ebd.: 234). So gesehen bedürfen wohlwollend unterstützte Entwicklungen des Gemeinschaftlichen Wohnens im Hinblick auf ihre potentielle Instrumentalisierung zur Lösung gesellschaftlicher Probleme durchaus auch eines kritischen Blicks.

Gemeinschaftliches Wohnen – eine Aufforderung an die Soziale Arbeit!?

Deutlich wurde, wie das Phänomen Gemeinschaftliches Wohnen sowohl gesellschaftskritisches Potential in sich birgt als auch als Ressource einer gelingenderen alltäglichen Lebensführung zu sehen ist und darin politisch unterstützt wird. Ein allseitiges Bemühen ist erkennbar, den gesellschaftlichen Entwicklungen des „Modernen Wohnens“, die eine Entleerung des Nahraums mit sich brachten, mit Ansätzen eines Gemeinschaftlichen Wohnens entgegen zu wirken. Soziale Bezüge und Unterstützungsarrangements (zumindest für spezifische Lebensphasen), im weitergehenden Sinne aber auch Arbeits- und Versorgungskontexte werden im Nahraum bewusst (wieder) aufgebaut, der private Raum bewusst in einen halböffentlichen bis öffentlichen integriert. Den Chancen dieser selbstbestimmten Lebensweisen steht die Gefahr ihrer Instrumentalisierung für ge-

neuerdings auf Basis einer nationalen Engagementstrategie mit erstmaliger Erstellung eines Engagementberichts (BMFSFJ).

sellschaftliche Herausforderungen gegenüber. Was heißt das nun für die Soziale Arbeit? Welche Chancen und Handlungsnotwendigkeiten birgt das Thema Gemeinschaftliches Wohnen für sie?

Grundsätzlich ist „Wohnen“ ein Bestandteil der UN-Menschenrechte und bildet zugleich ein wesentliches Element der Lebenswelt von Individuen. Die Verfügbarkeit von Wohnraum für alle Gesellschaftsmitglieder, aber auch die Möglichkeit der individuellen Gestaltung des Wohnens (und Wohnumfelds) zeigt sich wesentlich für eine gelingende Lebensbewältigung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und zeigt sich deshalb grundlegend für die Soziale Arbeit von Interesse: „Wohnen im Zusammenhang mit Stadtentwicklung ist aus dieser Perspektive für eine Profession, welche den ‚sozialen Wandel (fördert)‘ und ‚an den Orten, wo Menschen und ihre sozialen Umfelder aufeinander einwirken‘, aktiv wird, von grundlegender Bedeutung. Soziale Arbeit hat an dieser Stelle neben ihrer Orientierung auf soziale Probleme eine grundlegende Verantwortung und muss sich mit ihren Kompetenzen als eigenständiger Akteur in diesem Prozess positionieren“ (Zychlinski 2012: 39). Als Gestalterin des Sozialen darf sich Soziale Arbeit deshalb nicht auf „Exklusionsverwaltung“ (Bommes & Scherr 1996) – bezüglich des Wohnens speziell auch in der Form der Betreuung von Menschen, die nicht am gesellschaftlichen „Normal-Wohnen“ teilhaben (Wohnungslose oder auch in Sonderwohnformen betreute Erziehungsbedürftige, Kranke, Behinderte) – beschränken. Sie muss grundständig an der Konstitution von lebenswertem Wohnraum und lebenswerten Wohnverhältnissen für eine tragfähige Lebenswelt mitdiskutieren und mitgestalten. Hier hat die Transformation des Sozialstaats für die Soziale Arbeit Veränderungen gebracht, die sich als Gestaltungs-Chancen und Gefahren zugleich verstehen lassen. Mit der Sozialraumorientierung kam es zu einer Verlagerung vom „Fall zum Feld“, wodurch nun auch übergreifende, räumliche gesellschaftliche Zusammenhänge in den Blick geraten, was weder zu territorialen Fest- und Zuschreibungen noch zu einer Verlagerung der Verantwortung führen darf (vgl. kritisch Kessl/Reutlinger 2007). Zugleich geht eine Verschiebung des Handlungsrahmens Sozialer Arbeit in Richtung aktiver Teilnahme statt bisheriger Teilhabe einher (vgl. kritische Auseinandersetzungen von Otto/Ziegler 2005). Beteiligung wird dadurch – positiv wie negativ zu sehen – zum gängigen Mittel. Damit wird der Sozialen Arbeit in ihren langjährigen Bemühungen – im Rahmen der Gemeinwesenarbeit schon seit den 1970er Jahren –, den Menschen vor Ort in ihren Kompetenzen und ihrem Engagement für die Gestaltung ihres eigenen Lebensumfelds eine Stimme zu verleihen, endlich Gehör verschafft. Eine beteiligungsorientierte Gestaltung von Wohnkontexten scheint dadurch jedenfalls greifbarer und

gestaltbarer, Soziale Arbeit in ihrer Expertinnenfunktion beachtet denn je.²⁷ Gleichzeitig ist Soziale Arbeit dabei jedoch der Gefahr ausgeliefert, sich ihres Potentials aktiver Beteiligung – im Sinne ernst gemeinter Aktivierung von unten – berauben und – angesichts der Programmatik der Lösung gesellschaftlicher Probleme im Nahraum – als Handlangerin oberflächlicher Schönheitsreparaturen instrumentalisieren zu lassen.

Entwicklungen Gemeinschaftlichen Wohnens dürfen deshalb nicht als Wundermittel für gesellschaftliche Problemstellungen gesehen und darin überschätzt werden. Aber sie scheinen durchaus beachtenswerte Potentiale für eine individuell gelingendere Lebensgestaltung zu bergen und insbesondere in spezifischen Lebensphasen einen Ermöglichungsraum selbstbestimmten biographischen Handelns zu eröffnen. Soziale Arbeit kann die darin liegenden gesellschaftskritischen Elemente aufgreifen und müsste – als Gestalterin des Sozialen – insbesondere dort unterstützend tätig werden, wo Menschen in der Art des Wohnens selbstbestimmt nach gelingenden Alltagsarrangements suchen oder diese entwickeln. Soziale Arbeit kann hier aktiv mitgestalten und Handlungsoptionen eröffnen – etwa im Einmischen in sozial-integrativ und partizipativ angelegte Stadtplanung, übergeordneten und lokalen Beteiligungsprozessen, möglicherweise in interdisziplinären Teams zur konkreten Entwicklung/Begleitung von Wohnkontexten. Dabei kann und muss Soziale Arbeit basisorientierte Sichtweisen aufgreifen, an den Bedürfnissen der Individuen ansetzen, sie in ihrer Selbstbestimmung unterstützen und ihre Beteiligung einfordern. Soziale Arbeit muss sich dabei immer des politischen Kontextes und der Verwobenheit ihres Agierens in neo-soziale Programmierungen gewahr sein und ihr Handeln hier speziell nicht nur raumbezogen (stadtteil-/quartiersbezogen) sondern immer auch als sozialpolitische Aktivität verstehen. Damit begibt sie sich mutig balancierend auf den schmalen Grad zwischen Aktivierung und Instrumentalisierung, ohne dabei die Notwendigkeit grundlegender Diskussionen sozialpolitischer Verhältnisse außen vor zu lassen.

Unterstützend hierfür wären – neben weitergehenden Diskussionen zu vorhandenen (historischen und aktuellen) empirischen und theoretischen Arbeiten zu Nachbarschaften (vgl. Überblick von Günther 2009), vor allem weitere Untersuchungen zur lebensphasenspezifischen Bedeutung des sozialen Nahraums und zur heutigen Bedeutung und Entwicklung des Wohnens. Insbesondere eine subjektive Sichtweise auf Gemeinschaftliches Wohnen, – also die Frage nach

27 In einer ähnlichen Denkfigur hat kürzlich Otto die Mitgestaltung „kontextuierter Wohnens“ als Handlungsfeld genuin lebensweltorientierter Sozialer Arbeit skizziert (Otto 2010).

der Bedeutung dieser boomenden Wohnformen für die darin lebenden Individuen selbst, – sowohl in Bezug auf eine alltägliche Lebensführung, vor allem aber auch vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen und der sich zuspitzenden biographischen Handlungsnotwendigkeit für eine gelingende und selbstbestimmte Lebensgestaltung, könnte der Sozialen Arbeit Anhaltspunkte für Ihr Mitgestalten liefern.

Literatur

- Anhorn, Roland 2005: Zur Einleitung: Warum sozialer Ausschluss für Theorie und Praxis Sozialer Arbeit zum Thema werden muss. In: Anhorn, Roland/Bettinger Frank (Hg.): Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit, S. 11-41. Wiesbaden: VS Verlag
- Böhnisch, Lothar 2008: Sozialpädagogik der Lebensalter, 5. überarb. Aufl. Weinheim und München: Juventa
- Bommes, Michael/Scherr, Albert 1996: Soziale Arbeit als Hilfe zur Exklusionsvermeidung, Inklusionsvermittlung und/oder Exklusionsverwaltung. In: neue praxis, 26. Jg., H. 2, S. 107-122
- Dahme, Heinz-Jürgen/Otto, Hans-Uwe/Trube, Achim/Wohlfahrt, Norbert (Hg.) 2003: Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat. Opladen: Leske + Budrich
- Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert 2002: Aktivierender Staat. Ein neues sozialpolitisches Leitbild und seine Konsequenzen für die soziale Arbeit. In: neue praxis, 32. Jg, H. 1, S. 10-32
- Dausien, Bettina 1996: Biographie und Geschlecht. Zur biographischen Konstruktion sozialer Wirklichkeit in Frauenlebensgeschichten. Bremen: Donat
- Elsen, Susanne 2011: Solidarische Ökonomie, die Wiederentdeckung der Commons und die ökosoziale Entwicklung des Gemeinwesens. In: Elsen, Susanne (Hg.): Ökosoziale Transformation. Solidarische Ökonomie und die Gestaltung des Gemeinwesens. Perspektiven und Ansätze von unten, S. 90-114. Neu-Ulm: AG SPAK
- Fedrowitz, Micha/Gailing, Ludger 2003: Zusammen wohnen. Gemeinschaftliche Wohnprojekte als Strategie sozialer und ökologischer Stadtentwicklung. Dortmund: IRPUD (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Blaue Reihe, 112)
- Fritsche, Caroline/Lingg, Eva/Reutlinger, Christian 2010: Raumwissenschaftliche Basics – eine Einleitung. In Reutlinger, Christian/Fritsche, Caroline/Lingg, Eva (Hg.): Raumwissenschaftliche Basics. Eine Einführung für die Soziale Arbeit, S. 11-24. Wiesbaden: VS Verlag
- Giddens, Anthony 1996: Konsequenzen der Moderne. Frankfurt/M.: suhrkamp
- Gilg, Mark/Schaeppi, Werner 2007: Lebensräume. Auf der Suche nach zeitgemäßem Wohnen. Zürich: Niggli
- Günther, Julia 2009: Nachbarschaft und Nachbarschaftliche Beziehungen. In: Lenz, Karl/Nestmann, Frank 2009: Handbuch Persönliche Beziehungen, S. 445-463. Weinheim, München: Juventa

- Häussermann, Hartmut/Siebel, Walter 1996: Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens. Weinheim und München: Juventa
- Hamm, Bernd 2000: Nachbarschaft. In: Häussermann, Hartmut (Hg.): Grosstadt. Soziologische Stichworte, 2. Aufl., S. 173-182. Opladen: Leske & Budrich
- Hanses, Andreas 2010: Biografie. In: Bock, Karin/Miethe, Ingrid (Hg.): Handbuch Qualitative Methoden in der Sozialen Arbeit, S. 113-123. Opladen/Farmington Hills, MI: Barbara Budrich
- /Homfeldt, Hans G. 2009: Biografisierung der Lebensalter in Zeiten eines sich transformierenden Wohlfahrtsstaates. Herausforderung und Optionen für die Soziale Arbeit. In: Kessl, Fabian/Otto, Hans-Uwe (Hg.): Soziale Arbeit ohne Wohlfahrtsstaat? Zeitdiagnosen, Problematisierungen und Perspektiven, S. 149-164. Weinheim und München: Juventa
- Heinz, Walter R. 2000: Selbstsozialisation im Lebenslauf: Umriss einer Theorie biographischen Handelns. In: Hoerning, Erika M. (Hg.): Biographische Sozialisation, S. 165-186. Stuttgart: Lucius und Lucius
- Hieber, Annette/Mollenkopf, Heidrun/Wahl, Hans-Werner/Oswald, Frank 2005: Gemeinschaftliches Wohnen im Alter. Von der Idee bis zum Einzug. Deutsches Zentrum für Altersforschung (DZFA): Heidelberg; im Internet unter: www.georg-kraus-stiftung.de/download/wohnen_im_alter.pdf (Zugriff am 19.01.2009)
- Hochheim, Evelyn/Otto, Ulrich 2011: Das Erstrebenswerteste ist, dass man sich solange wie möglich selbst versorgt. Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie, 44, S. 306-312
- Hoerning, Erika M. 1989: Erfahrungen als biographische Ressourcen. In: Alheit, Peter/Hoerning, Erika M. (Hg.): Biographisches Wissen. Beiträge zu einer Theorie lebensgeschichtlicher Erfahrung, S. 148-163. Frankfurt/M., New York: Campus
- Hugentobler, Margrit/Hoffmann, Marco 2006: KraftWerk1 und Regina-Kägi-Hof in Zürich – vier Jahre nach Bezug. Bericht zur Zweitevaluation. Zürich
- Jurczyk, Karin/Schier, Michaela/Szymenderski, Peggy/Lange, Andreas/Voss, Günter G. 2009: Entgrenzte Arbeit – entgrenzte Familie. Grenzmanagement im Alltag als neue Herausforderung. Berlin: edition sigma
- Kessl, Fabian/Krasmann, Susanne 2005: Sozialpolitische Programmierungen. In: Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian/Maurer, Susanne/Frey, Oliver (Hg.): Handbuch Sozialraum, S. 227-245. Wiesbaden: VS Verlag
- Kessl, Fabian/Otto, Hans-Uwe (Hg.) 2007: Territorialisierung des Sozialen. Regieren über soziale Nahräume. Opladen und Farmington Hills: Barbara Budrich
- 2004: Soziale Arbeit und die Neugestaltung des Sozialen. In: Kessl, Fabian/Otto, Hans-Uwe (Hg.), Soziale Arbeit und soziales Kapital, S. 7-18. Wiesbaden: VS Verlag
- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian 2007: Sozialraum. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag
- Kricheldorf, Cornelia (2008): Neue Wohnformen und gemeinschaftliches Wohnen im Alter. In: Buchen, Sylvia/Maier, Maja S. (Hg.): Älterwerden neu denken. Interdisziplinäre Perspektiven auf den demographischen Wandel, S. 237-247. Wiesbaden: VS Verlag.

- Lessenich, Stephan/Otto, Ulrich 2005: Zwischen „verdientem Ruhestand“ und „Alterskraftunternehmer“ – Das Alter in der Aktivgesellschaft – eine Skizze und offene Fragen zur Gesetzelung eines „Programms“ und seinen Widersprüchen. In Otto, Ulrich (Hg.): Partizipation und Inklusion im Alter: aktuelle Herausforderungen, S. 5-18. Jena: IKS Garamond. (zugleich Internetpublikation, URL: <http://w210.ub.uni-tuebingen.de/dbt/volltexte/2006/2225/>)
- Lingg, Eva/Stiehler, Steve 2010: Nahraum. In Reutlinger, Christian/Fritsche, Caroline/Lingg, Eva (Hg.): Raumwissenschaftliche Basics. Eine Einführung für die Soziale Arbeit, S. 169-179. Wiesbaden: VS Verlag
- Maurer, Susanne 2005: Soziale Bewegung. In Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian/Maurer, Susanne/Frey, Oliver (Hg.): Handbuch Sozialraum, S. 629-648. Wiesbaden: VS Verlag
- Otto, Hans-Uwe/Ziegler, Holger 2005: Sozialraum und sozialer Ausschluss. Die analytische Ordnung neosozialer Integrationsrationalitäten in der Sozialen Arbeit. In: Anhorn, Roland/Bettinger Frank (Hg.): Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit, S. 115-146. Wiesbaden: VS Verlag
- Otto, Ulrich 2010: Altern und lebensweltorientierte Soziale Arbeit – aktuelle Herausforderungen. In: Knapp, Gerhard/Spitzer, Helmut (Hg.): Alter(n). Gesellschaft und Soziale Arbeit. Lebenslagen und Soziale Ungleichheit von alten Menschen in Österreich, S. 476-504. Klagenfurt: Hermagoras
- Otto, Ulrich/Langen, Robert 2009. Über die eigenen 4 Wände hinaus. Potenziale und Modelle integrierter Förderung Gemeinschaftlicher Wohnformen. In: Harald Blonski (Hg.): Die Vielfalt des Wohnens im Alter. Modelle, Erfahrungen, Entscheidungshilfen, S. 85-121. Frankfurt/M.: Mabuse
- Otto, Ulrich/Stumpp, Gabriele/Beck, Sylvia/Hedtke-Becker, Astrid/Hoevens, Rosemarie 2012 (i.E.): Im spät gewählten Zuhause wohnen bleiben können bis zuletzt? – Befunde aus dem Generationenwohnen mit GWA. In: Pohlmann, S. (Hg.): Altern mit Zukunft. Wiesbaden: VS Verlag
- Reutlinger, Christian/Lingg, Eva/Sommer, Antje/Stiehler, Steve 2010: Neue Nachbarschaften in der S5-Stadt. Von der Metamorphose der nachbarschaftlichen Beziehungen im Quartier. E-Reader. Download unter www.s5-stadt.ch
- Roth, Roland 2011: Soziale Bewegungen. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.): Handbuch Soziale Arbeit, 4. Aufl., S. 1356-1364. München: Ernst Reinhardt
- Saup, Winfried 2007: Hausgemeinschaften – ein Wohnmodell für die Generation 50plus. Wohnmodell Hausgemeinschaft. Informationen zum Age Award 2007, S. 18-23. Zürich
- Schader-Stiftung/Stiftung trias (Hg.) 2008: Raus aus der Nische – rein in den Markt! Ein Plädoyer für das Produkt „Gemeinschaftliches Wohnen“. Hertzen
- Schulte-Haller, Mathilde/Wandeler-Deck, Elisabeth 1996: KraftWerk1: Eine urbane Sozialutopie als soziokulturelles Projekt. Unter: http://www.kraftwerk1.ch/doku/download/Eine_urbane_Sozialutopie_als_sozio_kulturelles_Projekt.pdf , (Zugriff am 28.03.2012)

- Schumann, Michael/Knizia, Ursula 2009: Biografie und Raum – Das Thema (Sozial-)Raum in der Fachdebatte. In: Behnken, Imbke/Mikota, Jana (Hg.): Sozialisation, Biografie und Lebenslauf. Eine Einführung, S. 263-292. Weinheim und München: Juventa
- Sommerfeld, Peter 2004: Sind gesellschaftliche Probleme gemeinschaftlich lösbar? Soziale Arbeit und der zivilgesellschaftliche Umbau des Wohlfahrtsstaates. In: Kessl, Fabian/Otto, Hans-Uwe (Hg.): Soziale Arbeit und Soziales Kapital, S. 225-249. Wiesbaden: VS Verlag
- 2000: Soziale Stadtentwicklung oder der Beitrag der Sozialen Arbeit zur Bildung nachhaltiger sozialer Ressourcen. In: VeSaD (Hg.) Symposium Soziale Arbeit. Neuere Forschungsarbeiten in der Sozialen Arbeit, S. 37-78. Bern: Edition Soziothek
- Sommerfeld, Peter/Castelli, Francesco 2006: Siedlungen KraftWerk1 und Regina Kägi-Hof. Begleitstudien und Vergleich von zwei innovativen Wohnsiedlungen in der Stadt Zürich. Vergleichender Bericht 2001-2005. Zürich
- Szydlík, Marc (Hg.) 2008: Flexibilisierung. Folgen für Arbeit und Familie. Wiesbaden: VS Verlag
- Thiel, Fabian 2011: Soziale Bodenpolitik. Fortentwicklung des öffentlichen und privaten Eigentums an „Grund und Boden“. In: Elsen, Susanne (Hg.): Ökosoziale Transformation. Solidarische Ökonomie und die Gestaltung des Gemeinwesens. Perspektiven und Ansätze von unten, S. 433-446. Neu-Ulm: AG SPAK
- Wüstenrot Stiftung (Hg.) 2009: Städte und Baugemeinschaften. Stuttgart, Zürich: Karl Krämer
- Zychlinski, Jan 2012: „Soziales Wohnen“ – ein Feld für die Soziale Arbeit? In: SozialAktuell, Nr. 1, 2012, S. 38-39

*Sylvia Beck, Dipl. Pädagogin, Wiss. Mitarbeiterin, Institut für Soziale Arbeit IFSA
FHS St. Gallen, Hochschule für Angewandte Wissenschaften (CH)
E-Mail: sylvia.beck@fhsg.ch*



Nausikaa Schirilla

Eigene Vergesellschaftungsformen von MigrantInnen? Kritische Reflexionen

Im folgenden Beitrag soll anhand ausgewählter Bereiche der Integrationsdiskussion in der Migrationsforschung der Frage nachgegangen werden, ob die Begrifflichkeiten, mit denen soziale Integration und damit auch soziale Organisation von MigrantInnen beschrieben werden, wirklich greifen.

Bürgerschaftliche Engagement von MigrantInnen

Einer der Bereiche, in dem sich diese Frage immer wieder stellt, ist die Debatte über das freiwillige oder bürgerschaftliche Engagement von MigrantInnen. Bürgerschaftliches Engagement wird definiert als ein Engagement, das freiwillig und nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtet ist, gemeinschaftlich organisiert ist, dem Gemeinwohl dient und im öffentlichen Raum stattfindet (Enquete-kommission 2003). Im Zuge der Integrationsdiskussion steht die Frage der interkulturellen Öffnung im Sinne der Beteiligung von Migranten am freiwilligen Engagement im Vordergrund, zahlreiche Studien und Projekte widmen sich dem Thema und fragen nach dem Ausmaß des Engagements und danach, wie dieses befördert werden kann (Halm 2007, BAMF 2011, Huth 2007). Engagement gilt auch als eine Form der Partizipation und Demokratie und entspricht daher einem eher partizipatorisch verstandenem Integrationsbegriff¹. Des Weiteren geht es auch um den Kompetenzerwerb von Engagement, denn mittlerweile verhält es sich bei Bewerbungen etc. so, dass diejenigen, die wenig davon nachzuweisen haben, schon fast als benachteiligt gelten (vgl. DRK 2008).

¹ Im folgenden werden Argumentationen zum bürgerschaftlichen Engagement von MigrantInnen analysiert, auch unabhängig davon, dass das bürgerschaftliche Engagement gesellschaftlich generell und in der sozialen Arbeit speziell kritisch zu sehen ist, vgl. Wohlfahrt 2010.

Eine zentrale Säule der Freiwilligenarbeit ist das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) bzw. der neue Bundesfreiwilligendienst. Hier zeigt sich, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund proportional geringer vertreten sind (vgl. Machbarkeitsstudie 2007: 40ff). Die Ergebnisse eines studentischen Forschungsprojekts an der KH Freiburg zur Beteiligung von MigrantInnenden am FSJ, bei dem 30 Jugendliche mit Migrationshintergrund aller Bildungsstufen und VertreterInnen von MigrantInnendenorganisationen im Freiburger Raum befragt wurden, werfen einige generelle Fragen auf (vgl. Schirilla/Schramkowski 2012).

Die wichtigsten Ergebnisse dieses Forschungsprojekts stellen zum Einen die geringere Bekanntheit des FSJ dar (ebd.). Das FSJ wird aber auch ausgesprochen skeptisch betrachtet. Dies hat nicht nur damit zu tun, dass das Konzept eines organisierten freiwilligen Engagements in vielen Herkunftsländern nicht besteht, sondern dass generell das Engagement auf Unverständnis stieß, da entsprechende soziale Tätigkeiten eher im Zuständigkeitsbereich der familiären und anderer Netzwerke gesehen werden. Mehrfach wurde von den migrantischen Interviewpartnern ein Unbehagen darüber geäußert, wieso junge Menschen etwas, was eine Selbstverständlichkeit darstelle, in einem eigens organisierten Raum leisten sollten. Dies führt so weit, dass einige Einsatzfelder im sozialen Bereich, wie beispielsweise die Altenhilfe sehr kritisch dargestellt wurden; so bezeichnete ein Vertreter einer MigrantInnendenorganisation Altenheime als mögliche Einrichtung des FSJ als eine grausame, für ihn undenkbar Vorstellung (ebd.). Aus den Interviews lässt sich entnehmen, dass soziales Engagement nicht abgelehnt wird, im Gegenteil. Es wird von den Interviewpartnern gefordert, aber eher im Rahmen der erweiterten Familie und im Rahmen der Religion. So sagte einer der Interviewpartner, für praktizierende Muslime sei das ganze Leben ein FSJ, gläubige Muslime seien immer für bedürftige bzw. generell für die anderen da. Soziales Engagement findet also nicht oder nicht notwendigerweise im Rahmen einer organisierten Tätigkeit statt. Es ist eher eine Verpflichtung, eine Haltung, eine Selbstverständlichkeit. Hier scheint ein anderes Verständnis des Sozialen vorzuliegen.

In eine ähnliche Richtung gehen viele Studien über das generelle ehrenamtliche Engagement von MigrantInnen. Die Erklärung, dass MigrantInnen, wie es der Enquetebericht Bürgerschaftliches Engagement von 2003 nahe legt (2003), weniger freiwillig engagiert sind, ist mittlerweile modifiziert worden: MigrantInnen sind eher in eigenen Vereinen und Netzwerken aktiv. Ihr Engagement ist anders, aber ebenso reg. So kommen beispielsweise Halm/Sauer in ihrer repräsentativen Studie zu dem Ergebnis, zwei Drittel der MigrantInnen türkischer Herkunft seien ehrenamtlich aktiv, was dem Anteil der deutschstämmigen Bevölkerung entsprechen würde, allerdings seien die Gewichtung und der Charakter des Engagements

andere (Halm/Sauer 2007: 7ff). MigrantInnen sind vor allem in eigenen ethnischen Vereinen engagiert. Organisierte Selbsthilfe und Vereinsaktivitäten finden überwiegend in muttersprachlichen Gemeinden, Moscheevereinen, Kulturzentren, Kulturvereinen, Initiativen für Bildung und Erziehung und allgemeinen MigrantInnendenvereinen und Initiativen statt. Es handelt sich hier um Formen des Engagements, die lange von der Wissenschaft nicht wahrgenommen wurden und auch gesellschaftlich wenig anerkannt sind (Halm/Sauer 2007: 12). Sie wurden lange eher als Gefahr einer Parallelgesellschaft diskutiert.

Die Gründe für die Aufnahme eines organisierten Engagements sind aktive – reflexiv benennbare Gründe. Es handelt sich um Bedarfe aufgrund fehlender Angebote, Bildung und Erziehung von Kindern/Jugendlichen, Ausübung von Religion, Geselligkeit und Heimat, Begegnungsmöglichkeiten für Frauen, Erweiterung von gesellschaftlichen Beteiligungschancen, Interessenvertretung in der Migrationssituation. Es ist vor allem der MigrantInnenstatus, der Form und Inhalt des Engagements bestimmt (Huth 2007). Die MigrantInnendenorganisationen haben eine Vermittlerrolle und Dienstleistungsfunktion (vgl. ebd.).

Mittlerweile hat sich in der Debatte die Position durchgesetzt, dass das Engagement in der eigenen community oder in MigrantInnendenorganisationen auch als freiwilliges Engagement gesehen werden muss. Die Gründe dafür werden in dem integrationsfördernden Potential von MigrantInnendenorganisationen verortet. Die Anerkennung des Engagements und damit seines öffentlichen Charakters beruht damit auf dem Bezug zur Mehrheitsgesellschaft und gründet sich nicht auf das Engagement selbst. Wie viele andere auch empfiehlt Hunger das bürgerschaftliche Engagement von MigrantInnendenorganisationen stärker anzuerkennen und damit die Arbeit der Organisationen ideell sowie materiell zu unterstützen (vgl. BAMF 2011).

Hegemonial besetzte Begriffe?

So stellt sich die Frage, ob in der Debatte nicht eine Normierung von Begrifflichkeiten stattfindet, die hegemonial und ethnozentrisch ist. Wenn freiwilliges oder bürgerschaftliches Engagement unter anderem als ein Engagement, das gemeinschaftlich organisiert ist, dem Gemeinwohl dient und im öffentlichen Raum stattfindet, definiert wird, so ist zu fragen: Um welche Gemeinschaft geht es? Wer definiert das Gemeinwohl, wessen Gemeinwohl, das Gemeinwohl der Mehrheitsgesellschaft? Wird nur solches Engagement als der Gemeinschaft förderlich definiert, was auf die Mehrheitsgesellschaft zielt? Wieso sind ethnische Communities keine Öffentlichkeit? Weil keine Deutschen beteiligt sind? Was

ist öffentlich? Gibt es eine Mehrheitsgesellschaft, die öffentlich ist und eine MigrantInnencommunity, die als privat gilt? Wer definiert Gesellschaft? Ist Gesellschaft die deutsche Mehrheitsgesellschaft? Ist die erweiterte Großfamilie bzw. ethnische Community nicht auch Gesellschaft? Was ist öffentlich? Ist die die Kirchengemeinde öffentlich und die Moscheegemeinde privat? Was ist sozial?

Der gesamten Debatte liegt eine Normierung zugrunde, die die deutsche Mehrheitsgesellschaft als DIE Gesellschaft, als das allgemeine und öffentliche setzt. Die Kritik an dieser hegemonialen Bedeutungssetzung kommt aus zwei Richtungen: aus einer rassistisch-kritischen Richtung, die Integration als ein politisches Konzept der Demokratisierung versteht², und von den postkolonialen Theorien her, die kritisch nach den ständig sich verändernden Konstruktionen des „Wir“ und der „Anderen“ fragen. Die Prozesse des „othering“ bedeuten nicht nur, dass beständig Einheiten eines „Wir und die anderen“ konstruiert werden, sondern beinhalten auch eine Bedeutungssetzung für scheinbar allgemeine oder universale Begriffe wie Öffentlich oder Gesellschaft, die in ihrer westlichen Form als Norm gesetzt werden und damit die, die zu den Anderen gemacht werden, ausschließen (vgl. Reuter/Villa 2010:12)

Darüber hinaus zeigen Studien zum freiwilligen Engagement von MigrantInnen, dass die Grenzen zwischen Organisation und spontanem Engagement, beispielsweise in einem Moscheeverein, fließend sind. Ferner wird eine starke private und individuelle Hilfe in der eigenen Familie und Nachbarschaft konstatiert – so werden die hohen Solidaritätspotenziale von Familien und Netzwerken hervorgehoben (vgl. BAMF 2011, Weiss 2005).

Es stellt sich so auch die Frage, ob es neuer Begrifflichkeiten bedarf, um diese Formen sozialer Organisation adäquat zu beschreiben. Selbsthilfeorganisationen und Netzwerke stellen Strukturen zur Bildung informeller solidarischer Unterstützungssysteme und zur Stärkung der Gruppenidentität von MigrantInnen bereit. Zu Recht ist zu fragen, ob vorherrschende Konzepte von Engagement nicht durch eine west-europäische Sicht geprägt sind und damit reduziert werden auf formelles Engagement in Vereinen und Verbänden. Daher möchte ich die Frage stellen, ob MigrantInnen nicht über andere Traditionen von Engagement und andere Sozabilitätsmuster verfügen. So ist auch die „informelle Freiwilligenarbeit“ zu sehen, z.B. Nachbarschaftshilfe, Spendenaktionen, Netzwerkunterstützung. Die Engagementformen von MigrantInnen verweisen auf soziale Organisationsformen, die eher mit ethnischen oder thematischen Netzwerken beschrieben

2 Siehe der Aufruf „Demokratie statt Integration“ <http://demokratie-statt-integration.kritnet.org/>

werden können, die auf familiäre Netzwerke zielen, die Kraft familiärer Bande betonen wie die Kraft lokaler Zusammenhänge und informeller Netzwerke.

In diesem Diskurs wird deutlich, viele MigrantInnen sind sozial und engagieren sich sozial, ohne dass ein formelles freiwilliges Engagement vorliegt. Hier bestehen Qualitäten sozialer Organisation, die seitens der Mehrheitsgesellschaft über Freiwilligenförderung mühsam rekonstruiert werden. Schauen wir uns die vielen Projekte und Versuche an, Netzwerke in Quartieren aufzubauen, die die Altenhilfe unterstützen, nachbarschaftliche Hilfesysteme aufbauen etc. – , so stellen wir fest, dass hier mühsam Formen sozialer Organisation künstlich geschaffen und professionell generiert werden. Es scheint, als ob andere Bevölkerungsgruppen zumindest partiell anscheinend spontan über diese Formen sozialer Tätigkeiten verfügen. In der Debatte über freiwilliges Engagement sind diese migrantischen Organisationsformen aber nicht die Pioniere oder Vorbilder, sondern sie gelten als defizitäre Organisationsformen, weil diese nicht über die Mehrheitsgesellschaft – der als der eigentliche öffentliche Raum definiert wird – vermittelt sind. Aus dieser Perspektive ist es als falsche Angleichung zu kritisieren, dass MigrantInnen in diesem künstlichen Sinne ‘sozial zu machen’ sind, vielmehr müssen sich Diskurse über soziales Engagement so verändern, dass sie alle Formen sozialer Unterstützung und sozialer Organisation mit einbeziehen.

Bedarf es nun neuer Begrifflichkeiten, um diese Formen sozialer Organisation adäquat zu beschreiben, Handelt es sich hier um andere Vergesellschaftungs- oder um Vergesellschaftungsformen? Welche Begriffe sind angemessen? Wie sind sie zu erklären?

Andere Formen sozialer Organisation?

Diese Fragen stellen sich in sehr vielen gesellschaftlichen Bereichen, die bezüglich der Partizipation von MigrantInnen diskutiert werden. Ein weiterer Bereich sei umrissen – Fragen der Gestaltung des Alters. Aus vielen Studien ist bekannt, dass ältere MigrantInnen Angebote der Altenhilfe weniger nutzen und dass es eine Tendenz zur Ethnizität im Alter gibt (vgl. Dietzel-Papakyriakou 1993). Die Frage ist, ob es sich hier wirklich um eine ethnische Orientierung handelt, oder nicht eher um andere, sich von mehrheitsgesellschaftlichen Mustern unterscheidende Organisationsformen, die mangels anderer Begriffe mit ethnisch umschrieben werden. Aus eigenen Erfahrungen in der Arbeit mit älteren MigrantInnen kann ich argumentieren, die Bedürfnisse im Alter liegen in Richtung einer Anerkennung des Alters (analog zu einer Anerkennung von Krankheit), in Richtung der Erwartung von Respekt und Rücksichtnahme für Gebrechlichkeit

und Einschränkungen (vgl. Schirilla 2005). Es handelt sich um Vorstellungen, die den aktuellen Vorstellungen des aktiven Alters diametral entgegen stehen, die wie die Konzepte von Selbstorganisation und Aktivität in der Altenhilfe als Reaktion auf ein defizitorientiertes Konzept des Alters entstanden sind. (vgl. Holz 1995). Wenn ältere Migrantinnen nicht so in die Gruppe der aktiven Alten passen, gehören sie aber auch nicht zu den alten Alten: eine mehrgenerationelle Orientierung kann ihnen wichtig sein, eine Integration ins soziale Leben der Familie etc. Diese Bestrebungen können zu Konflikten in Altenwohnanlagen führen, wenn viel Besuch da ist, wenn Lautstärke und Kinder gerne gesehen sind etc. Auch hier zeigt sich eine differente Form des Verständnisses von Alter und eigenen Bedürfnislagen im Alter (Schirilla 2005). Alisch/May (2010) sprechen hier von anderen Interessen und einem Eigensinn dieser Bevölkerungsgruppe.

Auch hier zeigt sich wieder eine große Bedeutung der Familie und von ethnischen Netzwerken. Ich möchte weiter gehen und die Frage nach anders zu konzipierenden sozialen Organisationsformen stellen. Diese Frage betrifft letztlich viele Gruppen von Einwanderern. Alle Studien zu soziokulturellen Fragen der Zuwanderung zeigen die hohe Bedeutung von Familie und familiären, ethnischen und anderen informellen und formellen Netzwerken (Weiss 2005). Familie bedeutet die erweiterte, oft auch transnationale, Großfamilie und beinhaltet vielfältige Lebensformen. Studien zeigen immer wieder, dass familiäre Orientierungen bei Migrantinnen die positive Bewertung weiblicher Berufstätigkeit und ökonomischer Eigenständigkeit nicht ausschließen, sondern sie teilweise sogar befördern (vgl. Herwartz-Emden 2003). Auch wenn Statistiken zeigen, dass im Vergleich zu Mehrheitsdeutschen weniger MigrantInnen außerhäuslich erwerbstätig ist, zeigen zugleich Untersuchungen, dass Migrantinnen dies anstreben, dass sie für eine Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie sind. Die familiäre Orientierung von Migrantinnen hat eine andere Form und nimmt eine andere Entwicklung (vgl. Boos-Nünning 2011, Gümen 1996).

So zeigen beispielsweise viele Studien über Bildung und Migration, insbesondere über bildungserfolgreiche MigrantInnen, wie stark die Familie als Ressource für Bildungsaufstieg fungiert (vgl. Hummrich 2002). Die Familie ist ein Ort der Liebe und der Unterstützung, des Ansporns und der Förderung, bietet Struktur und Sicherheit. Familie kann auch ein Ort der Begrenzung und der Repression sein, dies ist in den Studien aber meist nicht die Regel – Familie ist einem Wandel unterworfen, ist aber auch Basis für Wandel. Schon früh hat Ursula Apatzsch (1996) darauf hingewiesen, dass Migrantenfamilien bzw. Migrantinnen generell eine Modernitätsdifferenz unterstellt wird, die sich als ideologische Konstruktion erweist; Analysen von Tradition und Kultur werden hier obsolet.

Gibt es differente migrantische soziale Organisationsformen und wie sind diese zu erklären? Und welchen Sinn macht es, angesichts der Differenzierung unter der Gruppe der Migrantinnen überhaupt von migrantischen Vergesellschaftungsformen zu sprechen?

Kulturalistische und teleologische Fallen

Derartige Überlegungen können in die kulturalistische Falle führen. Der Theoretiker der Kulturstandards Geert Hofstede ging davon aus, dass Kulturen durch mentale Programme geprägt sind und sich unter anderem darin unterscheiden, ob sie dem Individuum (Persönlichkeit) oder dem Kollektiv (Gruppe, Gemeinschaft) eine höhere Bedeutung zuschreiben. Dabei wird durchaus berücksichtigt, dass die Tatsache, dass manche Länder angeblich stärker durch Kollektivismus stark geprägt sind, auch historische und soziokulturelle Ursachen haben kann (Vester 1996:71).

So gibt es die, auch in vielen interkulturellen Trainings sehr beliebte Idee, die westliche Gesellschaft sei eine extrem individualistische Gesellschaft und individualistische Organisationsformen gelten nicht für Menschen mit Migrationshintergrund aus südeuropäischen oder nicht-westlichen Gesellschaften. In diesen Kulturen seien Menschen vor allem Gruppenmitglieder und für die Interessen der Gruppe verantwortlich. Hier werde der Wert und Sinn des Menschen durch die Gemeinschaft, durch Familie, Clan oder Community und nicht von dem Einzelnen selbst bestimmt (Banning 1995). Derartige Konzepte leugnen, dass sich in Einwanderungsgesellschaften neue, flexible und vermischte Migrationskulturen herausgebildet haben, die sich von den Kulturen der Herkunftsländer unterscheiden. Außerdem wird hier EIN Merkmal gesellschaftlicher Organisation zum entscheidenden Kulturmerkmal stilisiert. Völlig heterogene Herkunftskulturen werden so standardisiert und gewaltsam vereinfacht. Zum anderen werden auf diese Weise Differenzierungen hinsichtlich Geschlecht, Familie, Religion, sozialer Herkunft verhindert.

Ferner entsteht mit dieser Gegenüberstellung individuell – kollektiv der Anschein, in der westlichen Gesellschaft gebe es keine kollektiven Zwänge oder Gruppenbindungen – eine unhaltbare Behauptung anhand der Forschung über Jugendkultur, Mode, Fußball, etc. Auch der Faschismus und rechtsextreme Gruppen werden hier ausgeklammert. Die Unterscheidung zwischen Kulturen wird pauschalisierend getroffen. Diese unhaltbare Pauschalisierung führt nicht nur zu einem undifferenzierten Umgang mit der eigenen Kultur und den Kulturen der MigrantInnen, sie verhindert auch das Erkennen von Gemeinsamkeiten und

transportiert vor allem alte rassistische Zuschreibungen und Hierarchisierungen: Hier die autonom handelnden selbstorganisierten Subjekte, dort die kollektivistischen, von der Gemeinschaft völlig unterworfenen handlungsunfähigen Subjekte (Bukow/Llaryora 1988) Die Konstruktion von barbarischen Anderen – die gemeinschaftlich und kollektiv orientiert sind und nicht autonom handeln, ist ein zentraler Bestandteil kolonialer und postkolonialer westlicher Selbstverständnisse (Davies et al 1993) Die „Anderen“ handeln nicht autonom, sie sind gemeinschaftsorientiert und lassen sich in ihrem Handeln von undurchschauten Zwängen leiten, dieses koloniale Paradigma klingt in viele emanzipatorische gesellschaftskritische Theorien hinein (vgl. Fuchs 1999).

In die gleiche Richtung auf anderer Grundlage argumentiert die These, dass Handlungsfähigkeit der Subjekte immer an soziokulturelle Strukturen gebunden sei, die das einzelne Individuum in den Vordergrund rücken, und dass es nur in den westlichen Gesellschaften entsprechende politische Strukturen und zivilgesellschaftliche Freiheiten gibt. Das Gegenbild zur demokratischen Industriegesellschaft sind die agrarischen und kollektiv organisierten, ganzheitlichen Gesellschaften, denen viele MigrantInnen entstammen (ebd.). Mit der Integration von Zugewanderten in die modernen industrialisierten Gesellschaften bzw. durch den gesellschaftlichen Wandel geht angeblich eine Individualisierung einher, die aus ländlichen Menschen moderne Bürger macht. Diese Konzeptionen vereinfachen vielfältige Formen sozialer und politischer Organisation in den unterschiedlichsten Gesellschaften und sie transportieren jahrhundertealte evolutionäre und teleologische Vorstellungen. Hier sind lineare und evolutionäre Vorstellungen von gesellschaftlicher Organisation (Stichwort: Gemeinschaft-Gesellschaft) enthalten, die zahlreiche Modernisierungstheorien geprägt haben und im sozial- und kulturwissenschaftlichen Diskurs tief verankert sind.

Relevanz der Migrationssituation

Viele der diskutierten Phänomene wie die Bedeutung der Netzwerke und der Rekurs auf Familie lassen sich aber teilweise aus der Migrationssituation selbst erklären. Die Orientierung in einer unbekanntem, feindlichen und indirekt und direkt diskriminierenden Gesellschaft befördert einen wechselseitigen Prozess der Fremd- und Selbstethnisierung. Die Notwendigkeit, Arbeit, Wohnung, Kontakte zu finden, der Umgang mit offenem und verdecktem Rassismus – alle diese Faktoren die insbesondere für Neuzugewanderte existentiell sind, bestärken den Nutzen von familialer Solidarität und formellen und informellen Netzwerken (Ha 1993). Eine Erklärung aus der Migrationssituation, aus Diskrimi-

nierung und Rassismus erscheint plausibel, muss aber nach Migrationsgruppen, Migrationsmustern und Migrationsbiographien differenziert werden. Sie hat sicher einen Erklärungswert für die Analyse soziale Organisation der ersten Generationen der Arbeitsmigration und beispielsweise auch für Spätaussiedler als Fremde Deutsche (ebd.).

Eine weitere Theoretisierung migrantischer Formen sozialer Organisation erfordert aber auch eine Reflexion auf den Umgang mit dem Differenzbegriff. Ist migrantisch/nichtmigrantisch eine analytische Kategorie? Mit dieser Unterscheidung wird die Differenz eines Wir von den Anderen (und damit letztlich das WIR) verfestigt und eine große Gruppe von Anderen vereinheitlichend konstituiert und abwertend ausgeschlossen.

Andererseits aber existieren nicht-essentialisierende Konzepte von migrantischen Identitäten. So hat Stuart Hall den Begriff der New Ethnicity geprägt. Hall spricht in seinem paradigmatischen Aufsatz „New Ethnicities“ einerseits von einem „black subject“ (Hall 1996: 441f, vgl. 465f). Dieses beschreibt er als bestimmt durch eine schwarze Selbstdefinition, die in einem sozialen Prozess entsteht, an spezifische Traditionen und Überlieferungen anknüpft, zugleich aber auch auf erfahrene Abwertung, Negation und Ausschließung reagiert. Das schwarze Subjekt zeichnet sich aus durch einen inneren Zusammenhang im Sinne gemeinsamer Werte und Lebensformen und wird durch äußere Einflüsse im Sinne von Ausgrenzung, Abwertung etc. gemacht. Zugleich kritisiert Hall bestimmte einheitliche oder idealisierende Vorstellungen eines schwarzen Subjekts, so spricht er vom „end of the innocent black subject“. Das „black subject“ stellt keine feste einheitliche und reine Bezugsgröße dar und ist in sich differenziert durch zahlreiche Herrschaftsachsen, die oft einander überlagern. Im Hallschen Sinne bzw. in der Tradition der Cultural Studies muss Ethnizität oder Migration als fluides, sich in stets neuen Formen konstituierendes Differenzmerkmal unter vielen anderen Differenzmerkmalen begriffen werden, das sich kontextbezogen verdichten und formieren kann (Ha 1999). Ethnizität und Migration sind soziale Konstruktionen, die unterscheiden, aber nicht essentialistisch verfestigt werden können und nur über ihre Artikulationsformen zu beschreiben sind.

Hall bezieht sich auf Selbstverortungen von MigrantInnen. In unserem Kontext geht es um Kategorisierungen und um die Herauslösung sozialer Gruppen aus den vielen Zusammenhängen, die sie prägen und um ihre Betrachtung als MigrantInnen. Analysen sozialer Organisationsformen von MigrantInnen, die mit einem fluiden und multiperspektivischen Differenzbegriff im Hallschen Sinne arbeiten, können zu wichtigen Einsichten in soziokulturelle Aspekte führen, die für Zugänge zumindest von Teilen dieser Gruppe zum Sozial- und Gesundheits-

system und für ihre demokratische Partizipation relevant sind. Sie beinhalten wichtige Fragestellungen und befördern interessante Erkenntnisse. Aber sie stellen keine Grundlage für neue Theorien zu migrantischen Vergesellschaftungsformen dar. Es kommt eher darauf an, Verwendungsweisen von Begriffen wie sozial, Gemeinwohl etc. kritisch zu hinterfragen. Ziel muss eine de-essentialisierende und dekonstruktive Perspektive auf implizite und wirkmächtige Grundlagen der Sozialwissenschaften sein. Es geht darum, Grundannahmen des Sozialen und der Moderne wie auch des Eigenen (und als eigentlichen Postulierten) und Anderen auf implizite und explizite Botschaften zu befragen.

Spontanes soziales Engagement, Familien- und Netzwerkorientierung sind wichtige Soziabilitätsmuster, die einerseits zentrale Ressourcen darstellen, zum Anderen oft mit Begriffen von Vormoderne oder Tradition in Verbindung gebracht werden. In Definitionen des Sozialen oder der Gemeinschaft bzw. Gesellschaft werden Begrifflichkeiten mitgeliefert, die in soziologischen Ansätzen zur gleichen Zeit wie die kolonialen Eroberungen entstanden sind und die, die mit dieser Zeit verbundenen Abwertungen der Anderen mittransportieren. In diese Richtung geht auch die Aufforderung an die Soziologie (vgl. Reuter/Villa 2010), postkoloniale Theorien stärker zu rezipieren. Das bedeutet, den Kolonialismus nicht als ein überwundenes Nebenprodukt der Moderne oder des Kapitalismus aufzufassen, sondern als ein konstitutives Element, das auch in die Gründungsdiskurse der modernen Sozialwissenschaften eingegangen ist und Vorstellungen von Gesellschaft und Moderne prägt (vgl. ebd.).

So sind Begriffe des Sozialen oder der Gesellschaft bzw. der Begriff der Vergesellschaftung gebunden an die Unterstellung eines reflektierten und bewussten Eingehens sozialer Beziehungen und damit an Formen intentionalen Handelns (vgl. Fuchs 1999). Denkfiguren, die zur Abwertung des Denkens der Länder des Südens beigetragen haben, beruhen auf dieser Grundlage und grenzen Andere, aus. Die „Anderen“ handeln spontan und nicht bewusst, sie sind undurchschaubaren Zwängen und ihren Affekten unterworfen.

Diese Botschaften werden in der Dichotomie „Gemeinschaft versus Gesellschaft“, die das soziologische Denken geprägt hat und prägt, produziert und reproduziert. Tönnies machte eine grundsätzliche Unterscheidung zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft, zwischen kollektiv orientierten und individualistischen Gesellschaften, nach der die europäische Neuzeit eher mit Gesellschaft gleichzusetzen ist (Lichtblau 2012). Wenn unter Vergesellschaftung der Prozess verstanden wird, der aus Individuen Gesellschaftsmitglieder macht, dann wird eine aktive Integration in den sozialen Zusammenhang unterstellt, der einer passiven Integration aufgrund von Tradition, familiären Banden oder Gefühlen

entgegengestellt wird. Die von Ursula Apitzsch (1996) als Modernitätsdifferenzparadigma bezeichnete Normierung prägt die Migrationsforschung immer noch, stellt eine Wertung dar und verstellt den Blick auf die Vielfalt der Formen sozialer Organisation in Migrationscommunities und auch in nicht westlichen Gesellschaften, die emanzipatorische Züge tragen, soziale Gerechtigkeit propagieren oder antirassistisch sind (Costa 2005).

Vielfalt von Vergesellschaftungsformen

Es kann nicht das Ziel sozialer Theorie sein, eigenständige migrantische Formen der Vergesellschaftung zu „entdecken“, eher geht es darum, die Vielfalt von Vergesellschaftungsformen anzuerkennen – und zwar gezielt als Vergesellschaftungs- und nicht als Vergemeinschaftungsformen. Diese Anerkennung der Möglichkeit zumindest partiell differenter oder eigener migrantischer Organisationsformen kommt der Kritik an einer Gleichsetzung von Modernität und westlicher Gesellschaft und von Modernität und Reflexion nahe, die auch zunehmend von postkolonial inspirierten SoziologInnen und PolitikwissenschaftlerInnen für die verschiedensten Gesellschaften in Frage gestellt wird (vgl. Costa et al 2006, Reuter/Villa 2010).

Im Diskurs über freiwilliges Engagement und Partizipation an der Gesellschaft wurde auch deutlich, dass es im herrschenden Diskurs nur eine Form des sozialen Engagements gibt. Costa zeigt am Beispiel transnationaler Antirassismusbewegungen, dass es für Soziologie und Politikwissenschaft anscheinend nur eine einzige universelle Entwicklungslinie“ für Veränderung gibt (Costa 2007: 13) und fordert, dass sich die Sozialwissenschaften von ihrer traditionellen und verhärteten Fixierung auf ein als einheitlich konstruiertes und idealisiertes europäisches Gesellschaftsmuster“ lösen müssen (ebd.). Die postkolonialen Gesellschaften stehen vor der Herausforderung, über die bisher eurozentrisch geprägten Sozialtheorien hinaus zu gehen, und die westliche Soziologie ist gefordert, sich von ihrer teleologischen und evolutionistischen Fixierung zu lösen. So kritisiert Costa den Versuch der Transnationalisierung der These des Reflexivwerdens der Moderne und weist darauf hin, dass in der Gegenwart die verschiedensten Formen der Ungleichzeitigkeit zu beobachten sind. Die industrielle Moderne ist nicht die einzige Moderne. Industrielle Moderne und zweite Moderne bzw. einfache und reflexive Rationalität folgen auch nicht immer linear aufeinander, sondern können auch neben einander bestehen (ebd.: 88)

Costa geht so weit und sagt, die Kategorie Reflexivität habe die Funktion eines Instruments zur Bewertung sozialer Transformation und werde zum „Barometer

sozialer Emanzipation“ (ebd.: 89). Die Übertragung soziologischer Ansätze, die aus der spezifischen Erfahrung einer Gesellschaft gewonnen wurden, auf einen globalen Prozess setzt die westliche Gesellschaft als überlegen. Derartige Ansätze treffen weder die soziale Realität in vielen nicht westlichen Gesellschaften, noch reflektieren sie das Ausmaß der unterschiedlichen Positionierung und der damit verbundenen Machtstrukturen im kolonialen und postkolonialen Prozess. Das modernisierungstheoretische Modell bis hin zu Habermas beschreibt die Abfolge eines Phasenmodells, das sich nicht auf Gesellschaften übertragen lässt, die als abhängige oder unterdrückte in die Moderne inkorporiert wurden. Costa stellt dem beispielsweise Analysen brasilianischer Antirassismusbewegungen entgegen, die emanzipatorisch orientiert sind und in ihren Gegenarrativen aber kollektiv ausgerichtet sind (ebd.).

Diese Analysen lassen sich auch auf Gruppen in der Einwanderungsgesellschaft beziehen. Hier können Logiken und soziale Organisationsformen beobachtet werden, die sozial, emanzipatorisch oder selbstbestimmt sind, aber mit den bisherigen Gegenüberstellungen von spontan und sozial, traditionell und modern, kollektiv und autonom etc. nicht begriffen werden können. Wir haben es hier mit Ungleichzeitigkeiten, differenten Unterschiedlichkeiten und vielfältigen Modernen zu tun, die die implizit rassistischen teleologischen Raster vieler sozialwissenschaftlicher Erklärungsformen hinterfragen (vgl. Conrad/Randeria 2002). Reuter und Villa (2010) kritisieren in ihrem Band als postkoloniale Herausforderung der Soziologie insbesondere die implizite Teleologie beziehungsweise den (impliziten) Universalismus der soziologischen Modernisierungstheorien. Daraus werden, so Costa, Werte, soziale Maßstäbe und Strukturen der als westlich definierten Gesellschaften als „universelle Parameter“ gewonnen, die das prägen, „was eine moderne Gesellschaft ist.“ (Costa 2005: 225). Die Erkenntnis, dass dies eine von vielen Möglichkeiten von Moderne beinhaltet, bedeutet den „Westen“ in seine Grenzen zu weisen – was viele auch als Provinzialisierung des Westens bezeichnen (Chakrabarty 2000).

Daher sind die sozialwissenschaftlicher Modernisierungstheorien zu dezentrieren und zu diversifizieren (vgl. Conrad/Randeria 2002, Boatca 2006) – so werden vielfältige oder gemischte Modernitäten³ sichtbar. Die Migrationsforschung ist durchdrungen von den impliziten Unterstellungen des Modernisierungstelos – dazu gehört die Struktur-Kultur- Unterscheidung, das Rationalitätsmonopol,

3 Die Einsicht in vielfältige Modernitäten auf der mikrosoziologischen Ebene wird begleitet von einer Diskussion der Vielfalt der Moderne im Sinne des Nebeneinanderbestehens vielfältiger zivilisatorischer Systeme vgl. Knöbl, 2006, Spohn 2006.

die Traditionalität/Moderne-Differenz und vor allem die Einheit/Linearität der Moderne (vgl. Reuter/Villa 2010). Das Erkenntnisinteresse der Analyse differenter sozialer Organisationsformen von MigrantInnen muss darauf zielen, die Moderne zu pluralisieren und damit zugleich die gängigen Definitionen von sozial, familial, öffentlich etc. zu provinzialisieren.

Literatur

- Alisch, Monika/May, Michael: Stützung von Selbsthilfe und Selbstorganisation älterer Migrant(inn)en zwischen Eigensinn und Sozialstaatlichkeit, in: Widersprüche, 117/2010 s. 49-80
- Apitzsch, Ursula 1996: Frauen in der Migration, in: Frauen in der Einen Welt, Zeitschrift für interkulturelle Frauenalltagsforschung, 1/1996, S. 9-25
- BAMF (Hrsg.) 2011: Kooperation mit Migrantenorganisationen. Studie im Auftrag des BAMF von Uwe Hunger und Stefan Metzger. Münster
- Banning, Han 1995: Bessere Kommunikation mit Migranten. Weinheim
- Boatca, Manuela 2006: The War for Men's Minds, in peripheral context, in: Costa, Sergio/Domingues, J. Mauricio/Knobl, Wolfgang/DaSilva, Josue P. (Hrsg.) 2006: The Plurality of Modernity, Decentering Sociology. München, Mering
- Boos-Nünning, Ute 2011: Migrationsfamilien in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland, Hrsg.: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
- Bukow, Wolf-Dietrich/Llaryora, Roberto (1988), Mitbürger aus der Fremde. Soziogenese ethnischer Minoritäten
- Chakrabarty, Dipesh 2000: Provincializing Europe. Postcolonial Thought and Historical Difference. Princeton
- Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini (Hrsg.) 2002: Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt am Main
- Costa, Sergio 2005: (Un)möglichkeiten einer postkolonialen Soziologie, in: Hauke Brunkhorst/Sergio Costa (Hrsg.): Jenseits von Zentrum und Peripherie. München Mering – 2007: Vom Nordatlantik zum 'Black Atlantic'. Postkoloniale Konfigurationen und Paradoxien transnationaler Politik. Bielefeld
- Costa, Sergio/Domingues, J. Mauricio/Knobl, Wolfgang/DaSilva, Josue P. (Hrsg.) 2006: The Plurality of Modernity, Decentering Sociology. München, Mering.
- Davies, Merryl Wyn/Nandy, Ashis/Sardar, Ziauddin (1993), Barbaric Others. A Manifesto on Western Racism, London. Boulder
- Dietzel-Papakyriakou, Maria 1993: Altern in der Migration. Die Arbeitsmigranten vor dem Dilemma: zurückkehren oder bleiben. Stuttgart
- DRK Generalsekretariat (Hrsg.) 2008: Freiwilliges Engagement und gesellschaftliche Teilhabe benachteiligter Jugendlicher. Eine Expertise im Fokus der Jugendsozialarbeit. Berlin

- Enquête-Kommission (Hrsg.): Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements 2003: Bürgerschaftliches Engagement im internationalen Vergleich/Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements. Opladen
- Fuchs, Martin 1999: Kampf um Differenz. Repräsentation, Subjektivität und soziale Beziehungen. Das Beispiel Indien. Frankfurt am Main
- Gümen, Sedef/Westphal, Manuela 1996: Konzepte von Beruf und Familie in den Lebensentwürfen eingewanderter und westdeutscher Frauen, in: Frauen in der Einen Welt. Zeitschrift für interkulturelle Frauenalltagsforschung, 1/1996, S. 44-69
- Ha, Kien Nghi 1999: Ethnizität und Migration. Münster
- Hall, Stuart 1996: Critical Dialogues in Cultural Studies. London, New York
- Halm, Dirk/Sauer, Martina 2007: Bürgerschaftliches Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland. Wiesbaden
- Herwartz-Emden., Leonie (Hrsg.) 2003: Einwandererfamilien: Geschlechterverhältnisse, Erziehung und Akkulturation, 2., unveränd. Aufl.: Göttingen
- Holz, Gerda 1995: Alt werden 2000. Selbstverantwortung und Gemeinschaft. Ein Memorandum zur Altenhilfe und Altenarbeit in Deutschland. Frankfurt am Main.
- Hummrich, Merle 2002: Bildungserfolg und Migration. Biographien junger Frauen in der Einwanderungsgesellschaft. Opladen
- Huth, Susanne 2007: Bürgerschaftliches Engagement in Migrantenselbstorganisationen: integrationsfördernd oder -hemmend? In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit. Jg. 38, H. 3. S. 70-78
- Knöbl, Wolfgang 2006: Multiple Modernities and Political Sociology, in: Costa u.a. (Hrsg.) 2006: The Plurality of Modernity
- Lichtblau, Klaus (Hrsg.) 2012: Ferdinand Tönnies: Studien zu Gemeinschaft und Gesellschaft, Wiesbaden
- Machbarkeitsstudie von BMFSFJ und DJI (Hrsg.) 2007: Freiwilligendienste als außerschulische Bildungsinstitutionen für benachteiligte junge Menschen. Machbarkeitsstudie zu den individuellen und institutionellen Bedingungen des ESF Programms 'Kompetenzerwerb benachteiligter Jugendlicher im Rahmen eines FSJ/FÖJ', durchgeführt für das BMFSFJ von Reinhard Liebig. Dortmund
- Randeria, Shalini/Fuchs, Martin/Linkenbach, Antje (Hrsg.) 2004: Konfigurationen der Moderne. Diskurse zu Indien. Baden Baden
- Reuter, Julia/Villa Paula-Irene (Hrsg.) 2010: Postkoloniale Soziologie, Bielefeld
- Schirilla, Nausikaa 2005: Zur Funktionalisierung von Selbstorganisation: Eine kritische interkulturelle Reflexion zur offenen Altenhilfe, in: Caritasverband Frankfurt e.V./Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main (Hrsg.) 2005: Selbstorganisation zwischen Förderung und Überforderung. Perspektiven in der interkulturellen Altenhilfe, Dokumentation der Fachtagung vom 5. Oktober 2005 Frankfurt am Main
- Schirilla, Nausikaa/Schramkowski, Barbara 2012: Jugendliche mit Migrationshintergrund und Freiwilliges Soziales Jahr. Ungeliebte Partner? Ergebnisse einer qualitati-

- ven Befragung, in: Schmidle, Marianne/Schramkowski, Barbara u.a. (Hrsg.) 2012: Integration durch Mitmachen. Freiburg
- Spohn, Wolfgang 2006: Multiple, Entagled and other Modernities. Reflections on Comparative Sociological Research on Europe, North and Latin America, in: Costa u.a. (Hrsg.) (2006): The Plurality of Modernity
- Vester, Heinz-Günther 1996: Kollektive Identitäten und Mentalitäten, Frankfurt am Main
- Weiss, Karin/Thränhardt, Dietrich (Hrsg.) 2005: SelbstHilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen. Freiburg i.Br.
- Wohlfahrt, Norbert 2010: Freiwilliges soziales Engagement – wer hilft hier wem?, in: Sozialmagazin, Heft 3, 2010, S. 5-9

*Nausikaa Schirilla, Johann Wolfgang Goethe-Universität,
Fachbereich Erziehungswissenschaften, Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft,
Fach 111, Robert-Mayerstr. 1, 60054 Frankfurt am Main
E-Mail: Schirilla@t-online.de*

**Quer
stellen
statt quer
lesen**

ak
analyse & kritik
Zeitung für linke
Debatte und Praxis

Jetzt testen: 4 Ausgaben für 10 Euro. Bestellungen unter www.akweb.de



Michael May

Formen solidarischer Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung von Jugendlichen aus der Provinz

Christian Reutlinger (vgl. 2003: Kap. 2) hat die These vertreten, dass der Sinn des Aneignungshandelns von Jugendlichen sich heute nicht mehr im Kampf um Raum artikuliere, sondern in der Lebensbewältigung und dem Erhalt der eigenen Handlungsfähigkeit. Hintergrund ist seine von Lothar Böhnisch entlehnte These, dass eine gesellschaftliche Integration Jugendlicher im ökonomischen Sinne im heutigen „digitalen Kapitalismus“ nicht mehr nötig sei. Dies ist eine starke These, kommt doch auch ein „digitaler Kapitalismus“ – was immer Böhnisch und Reutlinger darunter verstehen mögen – nicht ohne Arbeitskräfte aus. Damit sollen die Schwierigkeiten der Heranwachsenden, einen Einstieg in den kapitalistisch organisierten Lohnarbeitsbereich und die drohende dauerhafte Ausgrenzung eines bestimmten Teiles aus diesem keineswegs heruntergespielt werden. Eigentlich könnte diese Art der „Überflüssigkeit“ eines Teiles der Jugendlichen auch Chancen eröffnen, Formen solidarischer Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung zu entwickeln, die quer zu hegemonialen Formierungen stehen. Reutlinger hingegen sieht bezüglich der Auseinandersetzung entsprechender Jugendlicher mit der umgebenden Gesellschaft einen Bedeutungsverlust ihres Aneignungshandelns einhergehen, das somit gesellschaftlich wie institutionell „unsichtbar“ werde.

Dieses Theorem wurde auch auf Jugendliche in der Provinz bezogen (vgl. Weidmann 2008).

Dass – wie Weidmann an drei Fallstudien zeigt – die Jugendhilfe vielfach blind ist, sowohl für die Lebensbewältigung, wie auch für die Raumeignungsansätze und Sozialraumkonstitution von Jugendlichen, war ein wesentlicher Anstoß für jene Lebensweltekundungsprojekte, die im Rahmen eines Projektes partizipativer Bedarfsentwicklung in der Jugendhilfeplanung des Rheingau-Taunus-Kreises mit verschiedensten Cliques, Gruppen und Netzwerken von Jugendlichen durch-

geführt wurden (vgl. May 2011). Entgegen Reutlingers These (vgl. 2003: 63f.), dass „physischen Raum zu erkämpfen“ (ebd.), nicht mehr „unter den heutigen gesellschaftlichen [...] Bedingungen dazu beitrage, dass die Jugendlichen einen sozial- und systemintegrativen Raum in der Gesellschaft bekommen“ (ebd.; zur Kritik in Bezug auf die Frage von Jugendräumen vgl. May 2010: Kap. 2), haben in diesen Projekten die Jugendlichen massive Ansprüche im Hinblick auf die Nutzung öffentlicher Orte artikuliert. Allerdings war Sozial- und Systemintegration auch gar nicht Ziel besagter Lebensweltekundungsprojekte. Vielmehr sollten die Jugendlichen darüber in der Organisation ihrer Erfahrung und der Herstellung von Öffentlichkeit für ihre Probleme und Interessen unterstützt werden. Ausgewählte Ergebnisse dieser Lebensweltekundungen sollen in diesem Beitrag herangezogen werden, um in exemplarischer Weise unterschiedliche Formen solidarischer Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung von Jugendlichen in der Provinz zu analysieren. Dazu ist jedoch zunächst der theoretische Rahmen dieser Analyse zumindest grob zu skizzieren.

Zum Analyserahmen

Die Begriffe Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung werden hier nicht in der spezifisch begrifflichen Füllung von Ferdinand Tönnies (1991), sondern im Sinne Max Webers (2005: § 9) gebraucht. Dieser fasste „Vergemeinschaftung“ als „eine soziale Beziehung [...], wenn und soweit die Einstellung des sozialen Handelns – im Einzelfall oder im Durchschnitt oder im reinen Typus – auf subjektiv *gefühlter* (affektuellem oder traditionalem) *Zusammengehörigkeit* der Beteiligten beruht“ (ebd.). Demgegenüber zielt Webers Begriff von Vergesellschaftung auf „eine soziale Beziehung [...], wenn und soweit die Einstellung des sozialen Handelns auf rational (wert- oder zweckrational) motiviertem *Interessenausgleich* oder auf ebenso motivierter *Interessenverbindung* beruht“ (ebd.). Unter den „reinsten Typen der Vergesellschaftung“ (ebd.) thematisiert Weber an erster Stelle den „*Tausch* auf dem Markt: ein aktueller Kompromiss entgegengesetzt, aber komplementär Interessierter“ (ebd.).

Ganz ähnlich gelagert wie die Unterscheidung von Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung scheint die ursprünglich auf David Lockwood (1979) zurückgehende Unterscheidung von Sozial- und Systemintegration zu sein. Während jedoch Weber darauf hinweist, dass „die große Mehrzahl sozialer Beziehungen [...] *teils* den Charakter der Vergemeinschaftung, *teils* den der Vergesellschaftung“ (ebd.) hat, ist die idealtypische Unterscheidung zwischen System- und Sozialintegration antagonistisch gefasst. In die Soziale Arbeit fand sie vor allem vermittelt

der theoretischen Ausformulierung durch Habermas Eingang, wo sie dann über Böhnisch auch von Reutlinger aufgenommen wurde. Habermas interpretiert diese Unterscheidung dahingehend, dass „die systemintegrativen Mechanismen durch die Handlungsorientierungen hindurch“ (1986: 379f.) griffen und Handlungsfolgen unabhängig davon integrierten, „ob diese nun als Ergebnisse intendiert waren oder sich als unbeabsichtigte Konsequenzen einstellen“ (ebd.). Demgegenüber setzten „die Mechanismen der sozialen Integration an Handlungsorientierungen“ (1986: 379f.) der Beteiligten an, die „durch einen normativ gesicherten oder kommunikativ erzielten Konsens“ (1981 Bd. II: 179) aufeinander abgestimmt würden. Hier führt er dann auch seinen kommunikationstheoretisch konkretisierten Begriff der Lebenswelt ein. Entsprechend bestimmt er Lebenswelt einerseits als „transzendente[n] Ort, an dem sich Sprecher und Hörer begegnen; wo sie reziprok den Anspruch erheben können, dass ihre Äußerungen mit der Welt [...] zusammenpassen; und wo sie diese Geltungsansprüche kritisieren und bestätigen, ihren Dissens austragen und Einverständnis erzielen können“ (ebd.: 192). Zugleich fungiert in seiner Theorie die Lebenswelt damit als „intuitiv gewusster, unproblematischer und unzerlegbarer holistischer Hintergrund“ (1989: 348f.), der als „präreflexiv“ gegenwärtige „Totalität, die Identitäten und lebensgeschichtlichen Entwürfe von Gruppen und Individuen ermöglicht“ (ebd.)

Habermas Begriff von Lebenswelt beinhaltet jedoch in dem Maße eine theoretische Verzerrung, als diese „präreflexiv“ gegenwärtige „Totalität“ und die von ihr ermöglichten „Identitäten und lebensgeschichtlichen Entwürfe“ (ebd.) auch ganz zentral Aspekte gemeinsamer Arbeit umfassen. Über diese wird z.B. in Formen der Nachbarschaftshilfe, genossenschaftlich organisierter Arbeit und Restformen von Subsistenzproduktion gerade in der Provinz noch weit verbreitet nicht nur gemeinschaftlicher Zusammenhang im Sinne der von Max Weber angesprochenen Überlagerung von Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung, sondern auch Sinn gestiftet. Noch problematischer erscheint jedoch, dass Habermas mit seinem „System“-Begriff gesellschaftliche „Mechanismen [...], die nicht-intendierte Handlungsfolgen stabilisieren“ (1981 Bd. II: 179), rein „funktional“ als „Beitrag zur Erhaltung des Systembestandes“ (ebd.) thematisiert. Denn er vermag damit weder die Widersprüchlichkeiten der Reproduktion unserer Gesellschaft als kapitalistische zu erfassen. Noch kann so für ihn in den Blick kommen, wie diese Widersprüchlichkeiten in der subjektiven Relevanzstruktur verarbeitet werden. Vielmehr werden in seiner Gegenüberstellung von System und Lebenswelt Widersprüche innerhalb und zwischen der Organisation gesellschaftlicher und individueller Reproduktion als unterschiedliche „Rationalitäten“ von Integration beinahe schon „ontologisiert“. Nicht nur dass auf diese Weise die mit dem

Kapitalverhältnis verbundenen Herrschaftsformen von Habermas und den ihm folgenden Theoretiker_innen Sozialer Arbeit als „Systemlogik“ entpolitisiert werden. Mit Lefebvre ist auch nachdrücklich davor zu warnen, solche „Identitäten und lebensgeschichtlichen Entwürfe von Gruppen“ (ebd.) – wie in Habermas Lebensweltbegriff – als „unproblematischer und unzerlegbarer holistischer Hintergrund“ (ebd.) zum „Objekt einer höheren Wissenschaft zu fetischisieren“ (Lefebvre 1977 Bd. II: 128). Ganz im Gegenteil ist mit Lefebvre davon auszugehen, dass solche Entwürfe, „mitsamt ihren Möglichkeiten und ihrer Art, sie zu verwirklichen (durch Taktik und Strategie)“ (ebd.) in erster Linie geprägt werden durch „die Problematik dieser Gruppe in einem gegebenen Augenblick und einer gegebenen Situation“ (ebd.).

Da in kapitalistischen Gesellschaftsformationen Reproduktionsbedingungen über die Doppelcharaktere von Arbeits- und Verwertungsprozess, Gebrauchs- und Tauschwert, abstrakter und konkreter Arbeit von ihrer objektiven Seite her widersprüchlich gesetzt sind, resultieren daraus – wie Andreas von Prondczynsky (1980: 88ff.) im Anschluss an die Marxsche Entfremdungstheorie überzeugend herausgearbeitet hat – diverse Handlungsdilemmata. Im Verhältnis zu den Produkten entsteht so eine Spannung zwischen Konsum- und Produktorientierung. Die (Re-)Produktionstätigkeiten sind eingebunden in eine Spannung zwischen Variabilitäts- und Inhaltsorientierung. Schließlich entsteht durch die Notwendigkeit, die eigene Arbeitskraft zu verkaufen, im Verhältnis zu sich selbst eine Spannung zwischen Instrumentalisierungs- und Selbstorientierung sowie im Verhältnis zu den anderen Subjekten eine Spannung zwischen Konkurrenz- und Solidaritätsorientierung. An von Prondczynsky anschließend habe ich die These vertreten, dass es gerade die sich daraus in der individuellen Reproduktion ergebenden subjektiven Problemsituationen sind – ob und wie auch immer sie als Problem symbolisiert werden –, welche dann Antworten provozieren, die sich an Taktik und Strategie jener gesellschaftlichen Gruppen orientieren, „deren Modelle, Normen, Werte, Haltungen- und Verhaltenshierarchien“ (Lefebvre 1977 Bd. II: 68) die Jugendlichen am Ehesten als für sich lebbar erachten.

Die Habitusstheorie, wie sie von Norbert Elias (1981) und Pierre Bourdieu (1979) entwickelt und in die wissenschaftliche Diskussion um Vergesellschaftung eingeführt wurde, verdeutlicht, dass entsprechenden Wahrnehmungs- (oder Ausblendungen), Bewertungs- sowie Bewältigungs- und Handlungsmustern eine gemeinsame Grundstruktur zugrunde liegt. Bourdieu (z.B.z.B. 1979: 164) spricht hier im Anschluss an Ernst Panofsky (1989: 22) von einem „modus operandi“. Wenn jedoch in dieser Weise der Habitus als „einheitsstiftende[s] Erzeugungsprinzip aller Formen von Praxis“ (Bourdieu 1982: 282f.) theoretisiert wird, geraten die

angesprochenen widersprüchlichen Reproduktionsbedingungen, die im Rahmen von Vergesellschaftung in dieser Praxis verarbeitet werden müssen, nur allzu leicht in den Hintergrund. Zudem geraten empirische Rekonstruktionen, die sich auf das Habituskonzept oder andere Konzepte genetischer oder auch generativer Muster stützen, insofern in Begründungsnöte, als äußerlich durchaus gleich erscheinenden Praxisformen durchaus verschiedene Logiken zugrunde liegen können. Im Hinblick auf Vergesellschaftung wird diesbezüglich in der auf den britischen Sozialhistoriker Edward P. Thompson (vgl. 1979) zurückgehenden angelsächsischen Tradition der Analyse von Reproduktionskodes bisher „idealtypisch“ – im Sinne von Max Weber – zwischen vier sich spannungsreich gegenüberstehenden Kodes von „inheritance“ (kulturelles und materielles Erbe) und „career“ (Werdegang/Karriere), „vocation“ (Berufung) und „apprenticeship“ (Lehre) unterschieden. Demnach vermag „eine bestimmte Klassenkultur [...] an verschiedenen Orten und in verschiedenen Zeitabschnitten“ (Cohen 1986: 81) über ein jeweils spezifisches „Profil“ und eine entsprechende „Verteilung der Kodes“ sehr wohl unterschiedliche „Modelle, Normen, Werte, Haltungen- und Verhaltenshierarchien“ (Lefebvre 1977 Bd. II: 68) hervorbringen: z.B.z.B. durch „Formen eines Kompromisses oder einer Angleichung mit anderen Kodes“ (ebd.: 82). Dass dabei ein und dasselbe Kodegitter „alle Zusammenhänge der Reproduktion“ (ebd.) umfasst, sieht Cohen im Unterschied zu Bourdieus habitus-theoretischer Hypothese jedoch als unwahrscheinlich an, setzte dies doch eine „grundsätzliche Homologie von Familien-, Geschlechts-, Erziehungs-, Freizeit-, Berufs- und Politikformen“ (ebd.) voraus.

Dörfliche Vergesellschaftungsformen

Bezüglich der Vergesellschaftung im dörflichen Lebenszusammenhang entfalten Reproduktionskodes eine eigene Bedeutung. So erweist sich dort der Kode der „Erbschaft“ sehr stark auf Verwandtschaftsnetzwerke bezogen. Früher war „in dem Ordnungsprinzip der Verwandtschaft [...] die Verfügung über Grund und Boden sowohl in der generativen Längsachse aufgehoben als auch in der lokalen Querachse, die beim Heiraten ans Tageslicht tritt (der Grund und Boden hielt die Verwandtschaft zusammen, die wiederum ihn)“ (Ilien/Jeggle 1978: 87). Damit stellte die Verwandtschaft die spezifische Erscheinungsweise der ländlichen Eigentums- und Produktionsverhältnisse dar, die sich dann in dieser Weise über den Kode der „Erbschaft“ zu reproduzieren vermochte. Noch heute wirken Verwandtschaftsnetzwerke vorwiegend beim Hausbau, bei Familienfesten, aber auch in der Vereins- und Kommunalpolitik zusammen und sorgen so für eine entsprechende Ver-„Erbung“ von Positionen. Nach wie vor lassen sich auf diese

Weise im Dorf noch Verwandtschaften ausmachen mit eigener Geschichte und spezifischen, von andern unterschiedenen Strukturen, deren Basis teils im vererbten Besitz, teils im ausgeübten Handwerk („Erbe der Fertigkeiten“ als Vermittlung der Reproduktionskodes von „Erbschaft“ und „Lehrzeit“) liegt. In der Regel überlappen sich diese Strukturen für die Jugendlichen mit ihren Bezugsgruppen im Verein, weil die Familien jeweils zu bestimmten Vereinigungen tendieren, in die auch die Kinder zu integrieren versucht werden. Und selbst für die informellen Sozialgefüge sind die Verwandtschaftsstrukturen bedeutsam und beziehen von dort her ihre eigentliche Relevanz für die Jugendliche Lebenswelt.

Quer dazu hat die Struktur der „Jahrgänge“ für die dörfliche Vergesellschaftung von Heranwachsenden an Relevanz gewonnen. Diese wurde über die fortlaufende Erfassung jeweils einer Altersstufe in der Grundschule, in der Sakramentenvorbereitung der Kirchen und in der Ausrichtung der jährlichen Kirmes etabliert und konnte darüber hinaus bis heute durch den zum selben Zeitpunkt erfolgenden Kauf von Mofa, Roller bzw. Auto gefestigt werden. Zusammengenommen unterstreicht dies die Bedeutung des Reproduktionskodes des „Werdegangs“ für die Integration Heranwachsender in den dörflichen Lebenszusammenhang. In dem Maße wie die Dorfbewohner – gerade auch aufgrund dessen, dass sie sich in immer größerer Anzahl zu den Produktions- und Qualifikationsstätten außer Ortes begeben mussten – zunehmend mehr an Lebensäußerungen und -bereichen teilnahmen, die die traditionelle dörfliche Lebenswelt teilweise durchkreuzte und ausweitete oder durch die Bildung von neuen Lebensbereichen sogar ablöste, differenzierten sich parallel dazu auch Interessen und Bedürfnisse aus. Dies bedingte auch in dörflich geprägten Lebenslagen einen Übergang von lokal bestimmten Vergesellschaftungsformen zu funktionalen. In diesem Auflösungsprozess der traditionellen dörflichen Gemeinschaft, die mit dem Übergang von ländlichen zu stärker industriellen Produktionsformen ihre soziale Basis verliert, haben Vereine die Funktion übernommen, innerhalb des sozialen Differenzierungsprozesses im Dorf soziales Zusammenleben neu zu gestalten und zu intensivieren. Weber (2005: § 9) sieht im „Zweck-“ und „Gesinnungsverein“ neben dem „Tausch auf dem Markt“ zwei weitere Typen von Vergesellschaftung. Lange Zeit erfolgte die Vergesellschaftung von Heranwachsenden im dörflichen Lebenszusammenhang damit vornehmlich über sie, die in ihrer altersspezifischen Ausrichtung, aber auch mit den unterschiedlichen, hierarchisierten Positionen ihrer Organisation ebenfalls dem Reproduktionskode des „Werdegangs“ folgen.

Selbst wenn die Reproduktionskodes von „Erbschaft“, „Lehrzeit“ und „Werdegang“ als Kodegitter dörflicher Vergesellschaftung noch entsprechend ausgeprägt sind, entfalten bei vielen Jugendlichen bereits andere Konfigurationen von Kodes

sozialisatorisch ihre Wirksamkeit. Cohen hat in seinen Jugendstudien dargelegt, wie zumeist „ein Kode das synchronische Positionsgitter und ein anderer die diachronischen Modifikatoren“ (1986: 81) liefert, so dass es in dieser Weise dann auch zu „Kode-Verschiebungen“ kommen kann. Cohen thematisiert in dieser Hinsicht ein auch für Jugendliche aus der Provinz besonders relevantes Beispiel, welches bei den Betroffenen eine geradezu „expressive Orientierung auf eine Vielzahl persönlicher und politischer Fragen“ (ebd.: 88) erzeuge. Aufgeworfen werden diese im Rahmen jener Kode-Verschiebung, welche Jugendliche erfahren, die noch in einem vom Kode der Erbschaft geprägten kulturellen Milieu heranwachsen, in dem der Körper als Träger quasi angeborener Bedeutungen fungiert, wenn sie dann in pädagogischen Institutionen mit einem Regelsystem konfrontiert werden, „in dem das innere Selbst als Stimme von existenziellen Geboten fungiert“ (ebd.).

Zur Methodologie der Lebensweltekundung

Cohens Analyse konzentriert sich in dieser Weise auf das widersprüchliche Zusammenspiel unterschiedlicher Reproduktionskodes. Auch hat er auf die Möglichkeit verwiesen, dass innerhalb der Reproduktionskodes „Widersprüche, Trennungen und Brüche als ihr genaues Gegenteil erfahren werden [können d. V.] – als Aufrechterhaltung eindeutiger Orientierungsmuster und stabiler Identitäten“ (ebd. 78). So entsteht ein Problembewusstsein handlungspraktisch ja zumeist erst dadurch (vgl. May 2005: Kap. 4), dass ein Interesse verletzt oder sich als nicht (mehr) realisierbar erweist. Umgekehrt gibt es für Problemsituationen in der Regel nicht nur einen Grund und eine Lösung, sodass die Art, wie solche Problemsituationen als Problem symbolisiert und dann auch handlungspraktisch anzugehen versucht werden, nachdrücklich auf entsprechende Interessen verweist. Demnach handelt es sich bei Problem und Interesse um im doppelten Sinne relationale Kategorien, sind sie doch nicht nur in dieser Weise wechselseitig aufeinander bezogen, sondern vermitteln über entsprechende Reproduktionskodes auch zwischen ihrem jeweiligen doppelten Konstitutionszusammenhang im Rahmen gesellschaftlicher und individueller Reproduktion. Entsprechend finden die Kategorien Problem und Interesse dann nicht nur bei der Analyse subjektiver Orientierungen Verwendung, sondern als Problem- und Interessenslagen auch im Rahmen von Gesellschaftsanalyse.

Vor diesem Hintergrund zielten besagte „Lebensweltekundungsprojekte“ des Projektes partizipativer Bedarfsermittlung in der Jugendhilfeplanung des Rheingau-Taunus-Kreises auf einen häufig über kreativen Medien unterstützten Verständigungsprozess über den von entsprechenden „Gruppen“ von Jugendlichen

zur Entfaltung und Verwirklichung ihrer Interessen sowie zur Bearbeitung ihrer Probleme sozial wie räumlich für nötig erachteten Rahmen. Mit dieser mehr antizipatorisch ausgerichteten Perspektive trachteten die Lebenswelterkundungsprojekte auch raumbezogen so etwas wie „emanzipative Tatsachen“ (vgl. Ritsert 1975) in den Blick zu bekommen. Es ging dabei um nichts Geringeres als die Herausarbeitung diesbezüglicher „objektiver Möglichkeiten“. Im Unterschied zu bloß subjektiven Wunschvorstellungen verlangen diese auch den Umkreis von Mitteln benennen zu können, welche für die jeweiligen Jugendlichen verfügbar sind bzw. von ihnen selbst produziert werden, um einen solchen Rahmen zu realisieren, in dem dann auch ihr Alltagsleben – im Sinne Lefebvres – als eines Gestalt gewinnt, in dem sie sich selbst wiederfinden können. Hier lassen sich dann auch Formen solidarischer Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung entdecken, die quer zu den hegemonialen Formen stehen.

Um zu einer Entscheidung zu kommen, mit welchen Gruppierungen von Jugendlichen solche Lebenswelterkundungsprojekte durchgeführt werden, haben wir im Rheingau-Taunus-Kreis auf eine ursprünglich im Projekt „der Handlungsraum von Jugendlichen als Teil ihrer Lebenswelt“ (Becker/Eigenbrodt/May 1984) entwickelte Typologie zurückgegriffen. Diese unterscheidet zwischen

- dem Milieu der „institutionell Integrierten“, die – sehr stark durch den Reproduktionskode des „Werdegang“ geprägt – ihre Interessen über Vereine, Verbände und den familiär häuslichen Bereich zu realisieren versuchen;
- „manieristischen Strömungen“, die in ihrem einer Mischung der Reproduktionskodes von „Werdegang“ und „Berufung“ erwachsenden „Impression Management“ sich an den jeweils kulturindustriell verbreiteten Moden von Kleidung, Musik, Körperlichkeit und Bewegung orientieren und raumbezogen entsprechend herausgehobene „Kultorte der Zerstreung“ bevorzugen;
- dem durch eine Mischung der Reproduktionskodes von „Erbe“ und „Lehrzeit“ geprägten „subkulturellen Milieu“, das als quasi informelle Institutionen für ihr Cliquenleben und ihre daraus sinnlich-unmittelbar erwachsenden Interessen öffentliche Orte anzueignen versucht; und schließlich
- dem sehr stark durch den Reproduktionskode der „Berufung“ geprägten „gegenkulturellen Milieu“, das für ihre gleichermaßen an Solidarität und Selbstverwirklichung ausgerichteten Interessen sich kulturoppositionelle Nischen vor allem in halböffentlichen Orten der Jugend- und Gemeinwesenarbeit zu schaffen versucht.

Formen solidarischer Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung, die quer zu den hegemonialen Formierungen liegen, lassen sich in diesem Zusammenhang

nicht nur im „sub-“ und „gegenkulturellen Milieu“ entdecken, sondern wurden auch in Gruppierungen vermutet, die sich nicht so ohne Weiteres diesen „Idealtypen“ zuordnen lassen und gerade deshalb für Lebenswelterkundungsprojekte angesprochen wurden. Im Folgenden sollen exemplarisch einige dieser Sozialformen auf der Basis des skizzierten Theorierahmens analysiert werden.

Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsformen zwischen Gegen- und Subkultur

Die am deutlichsten gegenhegemonial ausgeprägten Formen von Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung fanden wir in der einwohnerstärksten Kommune des Kreises. Bei dieser handelt es sich jedoch nicht um eine Stadt im klassischen Sinne. Vielmehr setzt sie sich aus zehn ehemals eigenständigen Dörfern zusammen, die heute aufgrund ihrer Nähe zu den Großstädten des Rhein-Main-Gebietes vor allem als „Wohnort im Grünen“ – allerdings zum Teil auch als Gewerbestandort – genutzt wird und über ein großes Schulzentrum mit einer integrierten Gesamtschule und beruflichen Schulen verfügt. Hier stießen wir auf eine schillernde Szene diverser ‚verwandter‘ expressiver jugendkultureller Strömungen, deren Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsformen sich von uns nicht so ohne weiteres in die Typologie des „Handlungsraum“-Projektes einordnen ließ. Diese Szene setzte sich zusammen aus einerseits „angepunkten“ Jugendlichen, die nicht nur durch ihr Haarstyling, ihre Kleidung und ihre Musik deutliche Affinitäten zum klassischen Punk demonstrierten, sondern sich darüber hinaus politisch, sozial und ästhetisch auch eher anarchisch orientierten. Zu ihnen gesellte sich eine Gruppe sogenannter SHARP-Skins. Dabei steht SHARP für SkinHeads Against Racial Prejudice (= Skinheads gegen Rassenurteile), die sich trotz ihres deutlich proletarisch-maskulinistisch akzentuierten Habitus sehr stark von rassistischen, deutschnationalen, rechtsradikalen oder neonazistischen Skinhead-Gruppierungen – von ihnen auch „boneheads“ (= Dumm- oder Holzkopf) genannt – abgrenzen und dies auch durch entsprechende Buttons und Aufnäher an ihrer Kleidung zum Ausdruck bringen.

Die Emo-Kultur stand ursprünglich für Emotional Hardcore: ein durch das stärkere Betonen von Gefühlen wie Verzweiflung und Trauer sowie durch die Beschäftigung mit gesellschaftlichen, politischen und zwischenmenschlichen Themen gekennzeichnetes Subgenre des Hardcore-Punk, auch Emocore genannt. Während Punks und SHARP-Skins in der heutigen Zeit zu einem eher seltenen Phänomen geworden sind, haben die Emos in den letzten Jahren als jugendkulturelles Modephänomen, das mit dem gleichnamigen Musikstil nur noch

mittelbar in Verbindung steht, eine wahre Hochkonjunktur erfahren. Charakteristisch für ihr Outfit sind: ein schwarz (vereinzelt auch platinblond) gefärbter, meist gescheitelter Pony, Röhrenjeans, enge T-Shirts, Arm- oder Schweißbänder, Buttons, Sportschuhe, dunkel geschminkte Augen (bei beiden Geschlechtern) sowie Nietengürtel.

Bei der Mehrheit der Taunussteiner Szene standen jedoch die ursprünglich mit Emo verknüpften Themen noch deutlich in Vordergrund, wenngleich viele von ihnen die Weiterentwicklung von Emo, sowohl vom Styling her betrachtet, als auch musikalisch (mehr in Richtung von Independent auch mit Folk Einflüssen) durchaus mit- bzw. nachvollzogen haben. Und aufgrund dieser für sie nach wie vor sehr bedeutsamen Themen sind sie auch zusammen mit den eher an traditionellem Punk orientierten Jugendlichen sowie den SHARP-Skins stark im Jugendclub und Jugendparlament engagiert.

Dass sie gerade den Jugendclub als Enklave nutzen, um die verschiedenen Facetten ihrer jeweiligen Jugendkultur zu entfalten, spricht ebenso wie ihre mehrheitliche Herkunft aus Familien, die durch die politisch/sozio-kulturelle Chiffre von „68“ geprägt wurden, eigentlich dafür, sie dem „gegenkulturell“ orientiertem Milieu zuzuordnen. Und auch dass die von ihnen in ihrem Lebenswelterkundungsprojekt nicht einfach nur beanspruchte, sondern dann auch mit hohen Fähigkeiten zur Selbstorganisation und eben solcher Kreativität realisierte Autonomie so weit ging, dass sie selbst bei der Erstellung der Ergebnispräsentation gleich ganz auf eine Begleitung und Unterstützung verzichten haben, spricht für eine Zugehörigkeit zum „gegenkulturellen“ Milieu mit seinen typischen Akzentuierungen von „Selbst-“, „Produkt-“ und „Inhaltsorientierungen“.

Nicht nur im betont proletarisch-maskulinistischem Habitus der SHARP-Skins zeigen sich jedoch gleichermaßen Affinitäten zum „subkulturellen“ Milieu. Denn auch die Punk orientierten Mitglieder der Szene und selbst viele der Emos haben in ihrer Geschichte als assoziierte Szene – „als einzelne Randgruppe ist keine stark genug“ – immer wieder versucht, öffentliche Plätze zu besetzen und dabei auch Kontakte zu anderen deutlich „subkulturell“ orientierten Cliques, vor allem von migrantischen Jugendlichen, gesucht: Letzteres nicht zuletzt aus politischer Solidarität mit diesen gegenüber rassistisch bis rechtsradikal orientierten „subkulturellen“ Cliques von mehrheitsdeutschen Jugendlichen sowie aus ihrer Sicht „bürgerwehrtartig“ vorgehenden Erwachsenen. Dabei schienen ihre Versuche, diese einzubeziehen in ihre solidarischen Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsformen, keineswegs durch paternalistische Momente gebrochen zu sein.

Auch die in der Ergebnispräsentation ihrer Lebenswelterkundung von ihnen skandalisierte Geschichte der Enteignung ihrer Heimatgemeinde sowie der Vertrei-

bung von Jugendlichen aus deren öffentlichem Raum ist für die „subkulturellen“ Cliques ein weit existenziell bedeutsameres Thema, da sie ja auf solche öffentlichen Räume als quasi-institutionalisierte Treffpunkte angewiesen sind, um ihre cliquespezifische Form von Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung stabilisieren zu können. Demgegenüber kann die jugendliche „Gegenkultur“ ja zumeist über Rückzugsräume im privaten Bereich – aber auch Enklaven in halböffentlichen Räumen verfügen. Was die Ergebnispräsentation angeht, so erscheint sie selbst in der von den Jugendlichen gewählten Form als perfekte Synthese ihrer verschiedenen kulturellen Einflüsse. So werden entsprechende in einer Powerpoint-Präsentation zusammengefügte Bilder und Videosequenzen von einem selbst gedichteten und vertonten Song untermalt, der vom musikalischen Genre erst als Indi-Folk-Song beginnt und dann in brachialen Hardcore Punk wechselt.

Dass in dieser schillernden Szene in skizzierter Weise „sub-“ und „gegenkulturelle“ Elemente sich mischen, ist historisch sicher nicht neu. Es war gerade in der Entstehungszeit auch ein Merkmal der Punk-Kultur, dass in deren Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsformen beides zusammenzuhalten versucht wurde. Allerdings setzten sich die herkunftskulturellen Prägungen dann dahingehend durch, dass die diesbezüglich noch durch den Erfahrungszusammenhang körperlicher Arbeit und damit dem „Erbe der Fertigkeiten“ geprägten Teile des Punk sich wieder stärker „subkulturell“ zu orientieren begannen, mit zur Schau gestellter Körperlichkeit, hohem aggressiven Potenzial und starkem Alkoholkonsum (auch in Abgrenzung zu anderen „lasch-machenden“ Drogen), was dann auch zu Wechseln in die Skinheadkultur führte, vor allem in Richtung Oi-Skins, aber auch SHARP-Skins. Demgegenüber entwickelte der aus sozial- und kulturinteressierten Bildungsmilieus stammende Teil des Punk – vom Reproduktionskode der „Berufung“ geprägt – sich „gegenkulturell“ weiter zu New- oder No-Wave und eben auch Emocore, sodass die Taunussteiner-Szene in gewisser Weise auch als eine Art Wiedervereinigung der von Punk ausgehenden jugendkulturellen Diversifizierungen betrachtet werden kann.

Die Problematik, welche – im Sinne der Methodologie von Lefebvres Analyse des Alltagslebens – die lebensweltliche „Realität“ dieser Taunussteiner Szene zentral bestimmt und die auch in ihrer Lebenswelterkundung entsprechend zum Ausdruck kommt, ist, dass sie – um die fragilen Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsstrukturen ihres kulturell wie sozial gleichermaßen komplexen Sozialgefüges zu stabilisieren – auf entsprechende Räume angewiesen sind. Sehr deutlich zeigt sich in der Skandalisierung der Enteignungs- und Vertreibungsgeschichte, wie ihren Versuchen, selbstbestimmte – aus ihrer eigenen Sicht auch autonome, zumindest sich nicht weiter an der sozialen und kulturellen Umgebung

ihres Heimatortes orientierende – Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsformen zu entfalten, auf entsprechende Verhinderungsstrategien seitens dieses in sich keineswegs mehr homogenen Milieus stößt, das ihnen auf diese Weise die Auseinandersetzung mit sich um so heftiger aufdrängt. Und so bleibt ihre rückhaltlose Kritik an einer nicht mehr für lebenswert empfundenen Erwachsenenwelt als Opposition und Widerstand massiv an das gebunden, gegen das es sich wendet. Dies betrifft sowohl den traditionell-konservativ-dörflichen, den Reproduktionskode der „Erbschaft“ akzentuierenden Teil, wie auch die im Rahmen eines „Impression Management“ operierenden zugezogenen Angestellten und „Arbeitskraft-Unternehmer“ (Pongratz/Voß 2003).

Von daher vermochten sich ihre raumbezogenen Interessenorientierungen – die *positiv* ausformuliert auf einen Rahmen von Sozialraum zielen, in dem die ansonsten unterdrückte und im Kapitalverhältnis verdrehte menschliche Sinnlichkeit in Form entsprechender „Selbst-“, „Produkt-“ und „Inhaltsorientierungen“ im „solidarischen“ Miteinander zu sich selbst zu kommen vermag – auch im Produkt ihrer Lebenswelterkundung nicht mehr in Form einer politischen Forderung artikulieren. Vielmehr konnte nur noch *negativ* deren Verhinderungskandalisiert und die raumbezogenen Interessenorientierungen derjenigen kritisiert werden, die jetzt dem Ort eine zumindest aus der Perspektive der Jugendlichen „leblose“ Typik aufherrschen.

Ähnliches zeigt sich bei den stärker „gegenkulturell“ orientierten Jugendlichen im Hinblick auf ihr politisches Engagement im Bereich der Schule. Auch hier endete dies für viele in Resignation und Frustration, bis dahin dass einige deshalb die Schule verlassen haben bzw. von dieser verwiesen wurden. Es handelt sich dabei vor allem um Jugendliche, die aufgrund dessen, dass sich in ihren Herkunftsfamilien der Reproduktionskode der „Berufung“ in die Idee umgesetzt hat, es ginge um die allseitige Entwicklung des Lebewesens Mensch im Sinne einer „Selbst-“, „Inhalts-“ und „Produktorientierung“ und nicht um die Zurichtung zur Ware Arbeitskraft, sich dann auch im schulischen Kontext einer „Selbstinstrumentalisierung“ verweigert haben. Paradoxe Weise sehen diese sich nun häufig im Rahmen ihrer Reproduktion über Aushilfsjobs nicht nur sehr viel stärker zu einer solchen verdammt. Darüber hinaus werden sie – wie schon im schulischen Kontext – auch zur Realisierung einer „Variabilitäts-“ und in dem Sinne sogar zu einer „Konsumorientierung“ genötigt, als sie sich für diese Jobs allein aufgrund des Lohnes als Mittel zum Zweck interessieren. Allerdings stellen solche Erfahrungen, die sie mit den Jugendlichen teilen, die sich stärker „subkulturell“ orientieren, sicher eine Grundlage für jene entsprechend übergreifend ausgebildete „Solidaritätsorientierung“ der Szene dar.

Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsformen zwischen Manieristischen Strömungen und Gegenkultur

In einem Jugendtreff einer noch sehr stark durch den Weinbau ländlich geprägten Gemeinde stießen wir auf ein weiteres Sozialgefüge Jugendlicher, das nicht eindeutig der Typologie von Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsformen des „Handlungsraum“-Projektes zuzuordnen ist. Es handelt sich dabei nicht um eine Clique, auch nicht um eine durch einen bestimmten Stil gekennzeichnete Szene, sondern eher um ein Netzwerk mit unterschiedlich starken Verdichtungen, das aber als Stammbesucherschaft des zwei mal pro Woche geöffneten Jugendtreffs „Tee-Stübchen“ – von den Jugendlichen kurz als „Tee“ bezeichnet – durchaus eigene Formen der Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung sowie kollektiver Zugehörigkeit entwickelt hat. So treffen sich die Jugendlichen an den anderen Tagen auch an anderen Orten, wie z.B. einem Steg am Rhein, an einem Bolzplatz oder einer Skateranlage, wobei die beiden zuletzt genannten Orte weitaus häufiger von den Jungen genutzt werden. Allerdings sind die Treffen dort zumeist eher zufällig. Zum Teil verständigen sich die Jugendlichen jedoch auch über Handys.

Darüber hinaus verabreden sich die eher enger verbundenen Teilnehmer(innen) des Netzwerkes auch zu Treffen in Privaträumen. Bei den Jungen stehen dabei häufig gemeinsames Spielen am Computer bzw. der Spielkonsole im Vordergrund. Bei den Mädchen sind hingegen gemeinsame Gespräche über Lifestyle-Fragen und Beziehungen stärker ausgeprägt. Auf den ersten Blick erscheint somit die „Konsumorientierung“ bei diesen Jugendlichen sehr stark akzentuiert. Dies täuscht jedoch. Sicher lässt sich über das kreative Potenzial von Computerspielen streiten. Die Jugendlichen bevorzugen jedoch sehr komplexe und selbst die Jungen keine „Ego-Shooter“-Spiele. Zudem nutzen sie auch andere Medien – wie z.B. digitale Fotografie – kreativ. Und auch das Styling der Mädchen hat durchaus solche Aspekte. Es orientiert sich eher an neueren modischen Varianten der Emo-Kultur.

Ein großer Teil der Jugendlichen – auch hier wieder stärker die Jungen – verfügt über einen eigenen Roller. Allerdings gehören sie nicht zu denjenigen, die an den Rollern herumschrauben. Vielmehr hat dieses Gefährt für sie vor allem Bedeutung, um zwischen den einzelnen Ortsteilen und Treffpunkten mobil zu sein oder auch um beim Cruising andere Jugendliche zu treffen. Hier könnte durchaus von einer „Variabilitätsorientierung“ gesprochen werden. Vor allem bei den Jungen erscheint es zum Teil so, dass sie bei ihren Fahrten auf der Suche sind, wo gerade am meisten „etwas los“ ist. Gerade darin schimmert jedoch auch ein Stück „Inhaltsorientierung“ durch.

Zwar treffen sie an den anderen Orten außerhalb des Tee-Stübchens auch Jugendliche, die nicht zu deren Stammbesucherschaft zählen. Es handelt sich dabei jedoch zumeist um funktionale Vergesellschaftungsformen – z.B. beim Kicken der Jungen oder beim Skaten. Persönlichere Beziehungen, ja sogar die ersten Liebschaften, finden als Vergemeinschaftung nur innerhalb des „Tee“-Netzwerkes statt. Und auch zu Gartenpartys im privaten Rahmen oder zum Grillen werden nur Jugendliche aus dem Netzwerk eingeladen. Zudem können sie das der örtlichen Jugendpflege unterstellte Tee-Stübchen zu Privatpartys nutzen, was sehr gefragt ist. Sie benötigen dazu aber eine der etwas älteren, zumeist männlichen Honorarkräfte, die auch während der regulären Öffnungszeiten der Teestube „nach dem Rechten sehen“, aber von der Jugendpflege aus dem Netzwerk der Stammbesucherschaft rekrutiert werden. Diese werden auch noch nach dieser ‚Berufung‘ von den anderen Jugendlichen als integraler Bestandteil des Netzwerkes und zu dessen Sozialgefüge zugehörig betrachtet.

Mit der Schlüsselgewalt gewinnen sie allerdings zugleich eine gewisse hierarchische Position im Netzwerk. Dies geschieht weniger wegen von ihnen eher unauffällig eingenommener Aufsichtsfunktionen während der Öffnungszeiten, als vielmehr deshalb, dass ja auch die beliebten Privatpartys von ihrer Bereitschaft abhängen, unentgeltlich den Schlüsseldienst zu übernehmen. Ähnlich – jedoch etwas abgeschwächer – erlangen auch diejenigen, die über einen Roller verfügen, besondere Positionen im Sozialgefüge. Denn Jugendliche, die darüber nicht verfügen können – und dies sind in der Mehrzahl die Mädchen –, sind darauf angewiesen, sich mit diesen gut zu stellen, um im weit verzweigten Ort oder auch zu dem eher abseits am Berg gelegenen Jugendtreff auf dem Roller mitgenommen zu werden.

Dennoch ziehen die Mädchen eine deutliche Grenze zwischen einem Hofieren der Schlüsselverfüger und Rollerfahrer auf der einen Seite, welches sie im eigenen Interesse durchaus strategisch einzusetzen bereit sind, und darüber hinausgehenden Formen der „(Selbst-)Instrumentalisierung“ oder sogar Unterwürfigkeit auf der anderen Seite. Ganz im Gegenteil haben sich im Hinblick auf entsprechende Autonomiebestrebungen spezielle „Solidaritätsorientierungen“ unter den Mädchen entwickelt, die sich auch zu entsprechenden engeren Freundschaften verdichtet haben. In diesen Formen weiblicher Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung verdeutlichen sie auch während der Öffnungszeiten und Partys im Tee-Stübchen ihre Autonomie, indem sie sich mehr auf sich als Mädchen untereinander als auf die Jungs beziehen und dabei sehr viel Spaß entfalten – bis hin, dass sie auch Jungs veralbern. Diese trachten jedoch danach, ihr cooles Image zu wahren, und werten deren Ausgelassenheit als „mädchenhaft“ und „Girly-Kram“

ab. Allerdings ist allzu offensichtlich, dass sie von der demonstrativen Unabhängigkeit der Mädchen und von dem, was sie sich als Mädchen untereinander an Spaß und Lebensfreude zu geben vermögen, zumindest irritiert und verunsichert, wenn nicht gar gekränkt sind.

Gerade in ihrer Ausgelassenheit durchbrechen die Mädchen das auch ansonsten von ihnen sehr stark praktizierte „Impression Management“. Von diesem Sozialisationsmodus sind die Jugendlichen der Stammbesucherschaft gerade auch in ihren Herkunftsfamilien – die allesamt aus dem Bereich der Angestelltenkultur und Kleinunternehmenskultur stammen und eher nicht zum traditionsverwurzelten dörflichen Milieu gehören – überaus geprägt worden. Entsprechend distanzieren auch sie sich massiv von den von ihnen als „Bauern“ verspotteten Jugendlichen, die noch in die dörflichen Strukturen und Institutionen „integriert“ sind, oder sich in dörflichen Cliquen als traditionelle Ausprägungsformen des „subkulturellen Milieus“ organisieren.

In diesem Abgrenzen – wie auch in dem von ihm sehr stark praktizierten „Impression Management“ – zeigen sich gewisse Anklänge an das Milieu der „manieristischen Strömungen“. Auch ihre eher diffusen und sich nur selten zu engeren Freundschaften verdichtenden Vergemeinschaftungsformen weisen Ähnlichkeiten zu diesem Milieu auf. Selbst wenn sich Differenzierungen und Hierarchien innerhalb des Netzwerkes entwickelt haben, sind der Stammbesucherschaft jedoch jene Kommunikationsrituale fremd, in denen sich typischer Weise ansonsten „Konkurrenzorientierungen“ in jener für „manieristische Strömungen“ charakteristischen Herstellung einer Dialektik von „In-Sein“, „Möchte-Gerne“ oder „Out-Sein“ auch innerhalb des eigenen Sozialgefüges umsetzen. Und selbst wenn es als „In“ gilt, im „Tee“ zu verkehren und zu ihrer Stammbesucherschaft zu gehören mitsamt dem dort sich in bestimmten Vergemeinschaftungsritualen des Zusammenseins und -feierns sich entfaltendem „Kult“, handelt es sich bei diesem Ort doch um alles andere als einen „Kultort der Zerstreuung“, wie er ansonsten für „manieristische Strömungen“ charakteristisch ist.

Viel eher spiegeln sich in der Ausgestaltung des Raumes raumbezogene Interessenorientierungen, wie sie ansonsten in bestimmten Teilen „gegenkultureller Milieus“ zu finden sind, was nicht zuletzt schon in der Bezeichnung „Tee-Stübchen“ anklingt. Und selbst wenn „Selbst-“ und „Solidaritätsorientierungen“ im Teestubennetzwerk nicht in dem Maße ausgeprägt sind, wie dies ansonsten für die Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsformen „gegenkultureller Milieus“ typisch ist, so versuchen die ihm zugehörigen Jugendlichen den von der örtlichen Jugendpflege zur Verfügung gestellten Ort doch ähnlich wie diese als Enklave anzueignen, um ihre eigene Kultur zu entfalten. Dabei entwickeln sie

sogar entsprechende „Produkt-“ und „Inhaltsorientierungen“. Und so klagten die Jugendlichen in ihrem Lebensweltekundungsprojekt auch noch größere eigene Gestaltungsmöglichkeiten sowohl des Tee-Stübchen-Raumes, wie auch seines Außengeländes ein, die sie eigenständig vornehmen und umsetzen wollen.

Demnach stellen die Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsformen des Teestubennetzwerkes in gewisser Weise eine Mischung zwischen denen von „gegenkulturellen Milieus“ und „manieristischen Strömungen“ dar. Allerdings orientieren sich die Jugendlichen nicht vorwiegend an entsprechend kulturindustriell gerade „gehypten“ Modeströmungen, sondern wählen ein eher vorsichtiges Styling, das sich an popularisierte Varianten der Emo-Kultur anlehnt, aber deutlich eigene „Tee“-Ausprägungen entwickelt. Und hierin deutet sich dann auch die zentrale Problematik an, die im Sinne von Lefebvres Methodologie von Alltagskritik ihre lebensweltliche „Realität“ stark prägt: Es ist dies die Spannung, einerseits im Rahmen von „Impression Management“ ein bestimmtes Image zu pflegen, wodurch die Jugendlichen ihren eigenen Lebensausdruck entsprechend zurichten und eingrenzen. Andererseits gibt es aber immer wieder Momente, in denen es ihnen gelingt, diese eher äußerlichen Posen und Gesten des „Impression Management“ in spontaner Lebendigkeit und Ausgelassenheit sich ausdrückenden „Selbstorientierungen“ hinter sich zu lassen, um eher dem Reproduktionskode der „Berufung“ zu folgen. Dies spiegelt sich auch in den Interessensartikulationen ihrer Lebensweltekundung.

Besonders wenn in den Vergemeinschaftungsformen solch spontanen Selbstregulierungen Raum gegeben wird, sich zu verwirklichen, gelingt es den Jugendlichen ihre Orientierung an „Modelle[n], Normen, Werte[n], Haltungen- und Verhaltenshierarchien“ (Lefevre 1977 Bd. II: 68) im Rahmen besagten „Impression Managements“ zu überwinden. Für Momente vermögen sie so – dem Reproduktionskode der „Berufung“ folgend – einen „affektiven Kern“ zur Geltung zu bringen, der sich dann auch in Vergemeinschaftungsformen ausdrückt, die nicht mehr solchen Konventionen folgen, ja diese sogar aufzusprengen vermögen. Allerdings verbindet sich dies für die Jugendlichen nicht unbedingt mit einem Bewusstwerdungsprozess der eigenen Stellung in der Gesellschaft. Vielmehr unternehmen sie eher eine Spaltung zwischen einer mit vergleichsweise wenig Reibung verbundenen „Einpassung“ in die schulische Vergesellschaftung, um sich nicht eine spätere berufliche „Karriere“ zu verbauen, – und dem „Reich der Freiheit“, das sie in ihrer flottierenden Freizeitgestaltung und den Formen ihrer Vergemeinschaftung wännen, für die dann auch die Chiffre „Tee“ steht.

Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsformen zwischen „Gegenkultur“, „manieristischen Strömungen“ und neuen Formen „institutioneller Integration“

Hatten alle – einschließlich sogar der Szene aus Punks, SHARP-Skins und Emos – Orte der offenen Jugendarbeit mehr oder weniger stark zur Ausbildung ihrer Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsformen genutzt, stießen wir in einer weiteren Rheingau-Gemeinde auf eine interessante Szene, die sich „Rheinchillee“ nennt. Zum Teil zeigen deren Mitglieder mehr oder weniger deutliche Anklänge mal stärker in Richtung „Gegenkultur“ – besonders in Richtung der sogenannten „schwarzen Szene“ –, mal eher in Richtung modisch nicht ganz so expressiver „manieristischer Strömungen“. Sehr stark grenzt sich diese Szene jedoch von den Cliques des „subkulturellen Milieus“ (= „Asis“) ab. Deshalb stellt für sie weder der von einer „subkulturell“ orientierten Stammbesucherschaft „besetzte“ Jugendclub des Ortes einen adäquaten Treffpunkt dar, noch sehen sie im traditionellen Vereinsangebot eine angemessene Form, ihre vielfältigen Interessen zu organisieren. Letzteres erscheint ihnen aufgrund seines meist normativ stark aufgeladenen (Selbst-)Verpflichtungscharakters, sowie seiner inhaltlich eher konventionellen Ausrichtung, als häufig zu „spießig“. Vor dem Hintergrund ihrer bildungsorientierten Herkunftsfamilien und eines entsprechend offenen Angebotes der örtlichen Gesamtschule engagieren sich viele dieser Jugendlichen jedoch in verschiedensten (Freizeit-)AGs dieser Schule und haben diesbezüglich hohe Vermögen an Selbstorganisation entwickeln können. Da sie von ihren Herkunftsfamilien her zumeist auch über angemessene eigene Räumlichkeiten als Rückzugsorte und Gelegenheit zu privaten Treffen im kleinsten Kreis verfügen, und die Schul-AGs ihnen eine weitgehend unproblematische Realisierung ihrer darüber hinausgehenden (Freizeit-)Interessen ermöglichen, lässt sich diese Szene als eine weitere neue Variante von „institutionell Integrierten“ beschreiben.

Da sie sich aber zumindest seit Beginn ihrer Adoleszenz nicht mehr an der Vereinsstruktur und den klassischen dörflichen Vergesellschaftungsformen orientieren, hat für sie im gleichen Maße auch der sehr stark mit jenen den Lebenslauf regulierenden Institutionen vermittelte Reproduktionskode des „Werdegangs“ an Bedeutung verloren. Sehr viel stärker prägend wirkt heute bei ihnen als Sozialisationsparadigma, das was Phil Cohen als „Impression Management“ bezeichnet hat. Geprägt ist dieses ja durch eine starke Kombination der Kodes von „Werdegang“ und „Berufung“, wobei gerade in der eher affektiv aufgeladenen Befürchtung, sich im Vereinskontext „instrumentalisieren“ zu müssen, der Reproduktionskode der „Berufung“ bei den Mitgliedern der „Rheinchillee“-Szene eine besondere Bedeutung erhält. Allerdings geht dies bei ihnen nicht so weit, dass sich ihre

raumbezogenen Interessenorientierungen – wie für das „gegenkulturelle“ Milieu charakteristisch – auf die Ausbildung kulturoppositioneller Enklaven in den Nischen institutionalisierter Räume konzentrieren würde. So nehmen sie doch die verschiedenen Angebote schulischer AGs sehr dankbar als Möglichkeit zur Realisierung ihrer Freizeitinteressen an. Auch sehen sie sich eher als Engagierte denn als Opposition. Und selbst bei denjenigen, die sich in ihrem Kleidungs- und Musikstil an die „schwarze Szene“ anlehnen, findet dies eher Verhalten und im Paradigma von „Impression Management“ statt.

Allerdings lassen sich nicht all ihre Interessen über die privaten und schulisch den entsprechenden AGs zur Verfügung gestellten Orte realisieren. Vielmehr markiert die Szene der „Rheinchillee“, wie in ihrem Namen schon anklingt, deutliche Nutzungsansprüche auch gegenüber öffentlichen Räumen, besonders am Rheinufer, um dort zu „chillen“. Letzteres meint lockere Treffen dieser Szene, um gemeinsam zu reden, Musik zu hören, etwas zusammen zu trinken (auch Alkohol) und zum Teil auch zu grillen. Dieses Interesse wird von den weiblichen Mitgliedern in gleicher Weise geteilt, wie von den männlichen – wie überhaupt hinsichtlich des Partizipationsgrades an Aktivitäten und Entscheidungsprozessen kaum Unterschiede zwischen den Geschlechtern zu beobachten waren. Hintergrund dieses auch für „institutionell Integrierte“ ungewöhnlichen Ausmaßes an Egalität im Geschlechterverhältnis könnte die von den Mädchen besonders stark genutzte Infrastruktur der schulischen AGs und ihr darüber erworbenes Selbstbewusstsein sein. Aber auch die Affinität einiger Mädchen zu bestimmten „gegenkulturellen Milieus“ könnte zur Untermauerung ihrer entsprechenden Partizipationsansprüche beigetragen haben, stellt Egalität im Geschlechterverhältnis doch in vielen „gegenkulturellen Milieus“ einen kulturell hoch besetzten Wert dar.

Mit diesem Interesse an einer solchen Nutzung öffentlicher Flächen stoßen sie jedoch bei Erwachsenen und Ordnungshütern – auch solchen, die sich ohne offizielles Mandat dazu berufen fühlen – auf starke Widerstände. Häufig werden die Jugendlichen sogar von jenen bei ihren Treffs am Rhein vertrieben. Von daher haben sie im Rahmen des mit ihnen durchgeführten Lebensweltekundungsprojektes auch die Forderung erhoben – und diese dann auch in einem von ihnen selbst arrangierten Gespräch dem Bürgermeister entsprechend vorgetragen –, ein brach liegendes Gartengrundstück am Rheinufer als Gruppe eigenverantwortlich nutzen zu dürfen. Auf diesem wollen sie eine Grill- und Feuerstelle einrichten, sowie eine Art Pergola, um gegen Regen und Wind geschützt zu sein, was durchaus im Sinne einer „Produkt-“ und „Inhaltsorientierung“ zu interpretieren ist. Die Natur und der naheliegende Fluss waren im Rahmen ihrer raumbezogenen Interessenorientierungen nicht zuletzt auch von atmosphärisch hoher Bedeutung.

Und so fungieren auch nicht laute Musik und sinnlich Expressives als Medium ihrer Vergemeinschaftung. Vielmehr suchen sie häufig unter sich dichte Gespräche über all das, was sie bewegt, bis hin zu intimen Fragen von Beziehung und Familie, worin sich auch eine starke „Solidaritätsorientierung“ ausdrückt.

Allerdings ist diese sich auch auf Vergesellschaftungsformen beziehende „Solidaritätsorientierung“ erst einmal auf die eigene Szene begrenzt. Zu den „subkulturell“ orientierten Cliques von Jugendlichen lässt sich demgegenüber schon fast von einer „Konkurrenzorientierung“ sprechen. Allerdings liegt der Grund, weshalb sich diese Szene so massiv von „subkulturell“ orientierten Cliques abgrenzt, nicht einfach darin, dass diese ebenfalls öffentliche Räume für sich beanspruchen, sondern an deren ganz anders gelagerten raumbezogenen Interessenorientierungen. So versuchen diese Cliques ja entsprechende Orte für ihre sehr viel lautstärkeren und körperlich expressiven, häufig sogar explizit männlich-chauvinistisch akzentuierten Vergemeinschaftungsformen anzueignen. Hinzu kommt, dass sie aufgrund ihres häufig rücksichtslosen Umgangs mit der Natur – vor allem im Hinterlassen von Müll und zerbrochenen Flaschen, bis hin zu von außen als Vandalismus wahrgenommenen Akten – von den „Rheinchillees“ als mitverantwortlich gesehen werden für auch ihre Vertreibungen vom Rheinufer. Denn Ordnungshüter und Erwachsene vermögen häufig nicht zwischen den verschieden orientierten und sich auch raum- und naturbezogen unterschiedlich sorgsam verhaltenden Szenen und Gruppen von Jugendlichen zu unterscheiden.

Als weiterer relativierender Grund im Hinblick auf eine „Konkurrenzorientierung“ lassen sich Ängste anführen, wie sie sich besonders unter den weiblichen Mitgliedern der „Rheinchillees“ recht deutlich zumindest gegenüber Teilen dieser „subkulturellen“ Cliques zeigen. Diese beziehen sich vor allem auf Männlichkeitsgebärden, welche zum Teil sogar die Grenze zur Gewaltförmigkeit überschreiten, wie darüber hinaus auch auf ihren exzessiven Genuss – und zum Teil auch Handel – mit illegalen Drogen. All diese Aspekte fungieren ja umgekehrt auch als Grundlage für die Kriminalisierung dieser Clique in der Öffentlichkeit. Demgegenüber zeigen sich selbst die weiblichen Mitglieder der „Rheinchillee“-Szene gegenüber exzessivem Alkoholkonsum unter ihresgleichen weitaus toleranter, weil dieser hier nicht mit zur Schau gestelltem Männlichkeitsgebaren und Aggressivität verknüpft wird. Auch die weiblichen Mitglieder zeigen sich in Feier-Situationen durchaus an den durch Alkohol zu erzielenden „besonderen Zuständen“ und „Stimmungsintensivierungen“ interessiert.

Dies lässt sich durchaus im Sinne einer gebrochenen „Selbstorientierung“ verstehen, spielen dabei doch auch rauschhafte Formen der Selbsterfahrung eine bedeutende Rolle. Zudem hat der Alkohol dabei für sie die Funktion, gesellschaftliche

und normative Barrieren im Hinblick auf eine sinnliche Unmittelbarkeit auch im Bereich der Vergemeinschaftung in gewisser Weise legitim überwinden zu können. Und so zeigt sich hier, gleichsam wie in einem Prisma auch die „Problematik“, welche im Sinne von Lefebvres Alltagskritik zentral die lebensweltliche „Realität“ ihrer Gruppierung kennzeichnet. Einerseits scheint sich in ihrem Wunsch, mit eigenen Sinnen in die Welt und zu den anderen Menschen zu finden, die treibende Kraft einer in den privaten Beziehungen der Menschen untereinander und zur Natur sich haltenden und dem Reproduktionskode der „Berufung“ folgenden Ungleichzeitigkeit auszudrücken. In ihren – wie Bloch (1976) es ausdrückt – unvergangenen, weil nie ganz gewordenen, daher bleibend subversiven und utopischen Inhalten widersetzt sich diese den für moderne Vergesellschaftungsformen charakteristischen Strukturen funktionaler Formalisierung.

Nie ganz geworden sind diese ungleichzeitigen Gehalte aber, weil die in ihrer Kindheit sehr stark im Paradigma von „Werdegang“ Sozialisierten es von klein auf gelernt haben, ihre Wünsche in Richtung der den entsprechenden Abschnitt ihres Lebenslaufes regulierende Institutionen und Normen auszurichten. Und wenngleich es scheint, dass sie über die vielfältigen AGs und das Szenenleben es vermögen, ein breites Spektrum ihrer Eigenschaften und Vermögen zum Tragen zu bringen, erfolgt dies nach wie vor sehr stark entlang der jeweils vorgegebenen (normativen) Regulierungsformen und den Maßgaben von „Impression Management“. Damit bleibt es eine vergleichsweise äußerliche Erfahrung. Umso bedeutsamer sind deshalb für sie jene rauschhaften Zustände, wie auch die gegen (Selbst-)Zwang gerichteten lebendigen Fähigkeiten des Zwerchfells zu lachen oder – was zumindest bei den Mädchen auch einmal vorkommt – zu weinen. Nicht unbedeutend ist in diesem Zusammenhang, dass es sich bei all dem um Eigenschaften handelt, die rascher als dies durch bewusstes Reden möglich ist, auch hohe Verständigungsstufen in der Vergemeinschaftung erreichen.

Einerseits sind die „Rheinchillee“ eingebunden in hegemoniale Vergesellschaftungsformen, weshalb diese Szene ja auch als eine weitere neue Form „institutionell Integrierter“ zu charakterisieren versucht wurde. Ja, selbst in ihrem „chillen“ am Rhein folgen sie in gewisser Weise – und eben nur stilistisch etwas anders akzentuiert – einer in der Region stark ausgeprägten Tradition der Vergemeinschaftung, treffen sich doch auch die Erwachsenen am Fluss, um dort an den Weinständen gemeinsam zu Trinken, zu reden und zu feiern. Vielleicht nicht umsonst suchen alle an den Ufern des Rheins etwas mehr „in Fluss zu kommen“ und ihre Eingebundenheit in die hegemonialen Vergesellschaftungsformen zumindest für eine bestimmte Zeit hinter sich zu lassen. Sicher ist die Lebensweise der Jugendlichen als neue Form von „institutionell Integrierten“ weder durch ein

sonderliches „Unbehagen“ geprägt, noch begreifen sie sich selbst als oppositionell oder anti- bzw. gegenhegemonial. Allerdings verweist der selbstorganisierte und eigenverantwortliche Vorstoß beim Bürgermeister im Hinblick auf ein von ihnen selbst zu gestaltendes, zu pflegendes und zu nutzendes Grundstück als sozial-räumlicher Rahmen für ihre dort zu verwirklichen anvisierten solidarischen Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsformen auf eine explizit politische Dimension. Dass aber allein das Projekt der Lebenswelterkundung für diese Jugendlichen Anlass war, in dieser Weise eine Öffentlichkeit für ihre zu hegemonialen Formierungen alternativen Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsformen zu beanspruchen, zeigt, wie gewinnbringend es für eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft sein kann, auch dort, wo es nicht gleich zu vermuten ist, nach Potentialen für eine „Sozialpolitik der Produzierenden“ (vgl. May 1997) zu suchen.

Literatur

- Becker, Helmut; Eigenbrodt, Jörg; May, Michael 1984: Pfadfinderheim, Teestube, Straßenleben. Jugendliche Cliques und ihre Sozialräume. Frankfurt am Main: Extra-Buch-Verlag (Veröffentlichungen des Instituts für Jugendforschung und Jugendkultur e.V., 4)
- Bloch, Ernst 1976: Erbschaft dieser Zeit. Erweiterte Auflage Frankfurt am Main: Suhrkamp (Gesamtausgabe, Bd. 4)
- Bourdieu, Pierre 1979: Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Taschenbuch Wissenschaft, 291)
- 1982: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Taschenbuch Wissenschaft, 658)
- Cohen, Philip 1986: Die Jugendfrage überdenken. In: Cohen, Philip; Lindner, Rolf; Wiebe, Hans-Hermann (Hg.): Verborgene im Licht. Neues zur Jugendfrage. Frankfurt am Main: Syndikat (Taschenbücher Syndikat/EVA, Bd. 65), S. 229-97.
- Elias, N. 1981. Was ist Soziologie? (4. Aufl.). Grundfragen der Soziologie, 1. München: Juventa-Verlag
- Habermas, Jürgen 1981: Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt/Main: Suhrkamp (2 Bde.)
- 1989: Der philosophische Diskurs der Moderne. 12 Vorlesungen. 2. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Taschenbuch Wissenschaft, 749)
- Ilien, Albert; Jeggler, Utz 1978: Leben auf dem Dorf. Zur Sozialgeschichte d. Dorfes u. zur Sozialpsychologie seiner Bewohner. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.) 1981: Jugend '81: Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder. Hamburg

- Lefebvre, Henri 1977: Kritik des Alltagslebens. Kronberg/Ts.: Athenäum-Verlag (Athenäum-Taschenbücher Sozialwissenschaften, 4114)
- Lockwood, David 1979: Soziale Integration und Systemintegration. In: Zapf, Wolfgang (Hg.): Theorien des sozialen Wandels. 4. Aufl. Königstein/Ts.: Verlagsgruppe Athenäum – Hain – Scriptor – Hanstein (Neue wissenschaftliche Bibliothek. Soziologie), S. 124-137
- May, Michael 1997: Perspektiven einer ProduzentInnensozialpolitik. In: Redaktionen links und Widersprüche (Hg.): Gesellschaft ohne Klassen? Politik des Sozialen wider Ausgrenzung und Repression. Bielefeld: Kleine (Widersprüche, Heft 66), S. 231-244.
- 2005: Wie in der sozialen Arbeit etwas zum Problem wird. Versuch einer pädagogisch gehaltvollen Theorie sozialer Probleme. Münster: Lit-Verlag (Sozialpädagogik, Sozialarbeit im Sozialstaat, 14)
- 2010: Jugendarbeit in der Stadt. In: Rauschenbach, Thomas; Borrmann, Stefan (Hg.): Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Online (EEO). Fachgebiet: Jugend und Jugendarbeit, Arbeitsfelder der Jugendarbeit. Weinheim und München: Juventa. Online verfügbar unter http://www.erzwissonline.de/fachgebiete/jugend_und_jugendarbeit/beitraege/13100089.htm
- 2011: Jugendliche in der Provinz. Ihre Sozialräume, Probleme und Interessen als Herausforderung an die Soziale Arbeit. Opladen & Farmington Hills: Barbara Budrich (Beiträge zur Sozialraumforschung, 5)
- Panofsky, Erwin; Frangenberg, Thomas; Willinghöfer, Helga 1989: Gotische Architektur und Scholastik. Zur Analogie von Kunst, Philosophie und Theologie im Mittelalter. Köln: Dumont (Dumont-Taschenbücher, 225)
- Pongratz, Hans J; Voß, G Günter 2003: Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierungen in entgrenzten Arbeitsformen. Berlin: Edition Sigma (Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, 47)
- Prondczynsky, Andreas von 1980: Gesellschaftliche Arbeit und Identität. Ein Beitrag zur Berufsausbildungsforschung. Frankfurt am Main: Campus (Campus-Forschung, Bd. 169)
- Reutlinger, Christian 2003: Jugend, Stadt und Raum. Sozialgeographische Grundlagen einer Sozialpädagogik des Jugendalters. Techn. Univ., Diss.-Dresden, 2001. Opladen: Leske + Budrich (Stadtforschung aktuell, 93)
- Ritsert, Jürgen 1975: Wissenschaftsanalyse als Ideologiekritik. Frankfurt am Main: Campus (Campus-Studium Kritische Sozialwissenschaft, 501)
- Thompson, Edward P. 1979: The Grid of Inheritance. A Comment. In: Goody, Jack; Thirsk, Joan (Hg.): Family and Inheritance. Rural Society In Western Europe, 1200-1800. Cambridge: CUP (Past and present publications), S. 328-360
- Tönnies, Ferdinand 1991: Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie. 3., unveränd. Aufl., Neudr. der 8. Aufl. von 1935. Darmstadt: Wiss. Buchges. (Bibliothek klassischer Texte)
- Weber, Max 2005: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie; zwei Teile in einem Band. Frankfurt am Main: Zweitausendeins

- Weidmann, Stefan 2008: „Ich sehe was, was Du nicht siehst!“. Die Lebensbewältigung Jugendlicher ist für die Jugendhilfe im suburbanen Raum unsichtbar. In: May, Michael; Alisch, Monika (Hg.): Praxisforschung im Sozialraum. Fallstudien in ländlichen und urbanen sozialen Räumen. Opladen: Verlag Barbara Budrich (Beiträge zur Sozialraumforschung, 2), S. 123-141.

Michael May, Hochschule RheinMain, Kurt-Schumacher-Ring 18, 65197 Wiesbaden
E-Mail: michael.may@hs-rm.de

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Rolf-Dieter Hepp
**Prekarisierung
 und Flexibilisierung**
 Precarity and Flexibilisation
 2012 - 386 Seiten - € 39,90
 ISBN: 978-3-89691-901-4

Die Auswirkungen von Prekarisierung und Flexibilisierung auf die Gesellschaft sind insbesondere unter dem Blickwinkel der gegenwärtigen Wirtschaftskrise problematisch.



WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE



Joachim Weber

Motive der Vergemeinschaftung

Hannah Arendt schreibt in einem frühen Brief an Karl Jaspers über ihre noch jungen Erfahrungen mit der amerikanischen Mentalität. Dort bringt sie ihr Erstaunen darüber zum Ausdruck,

„daß die Menschen sich hier in einem Maße mitverantwortlich für öffentliches Leben fühlen, wie ich es aus keinem anderen europäischen Lande kenne. Als z.B. zu Beginn des Krieges alle Amerikaner japanischer Herkunft mir nichts dir nichts in Konzentrationslager gesperrt wurden, ging ein wirklicher Sturm der Empörung durch das Land, der sich heute noch spürbar macht. Ich war damals in New England bei einer amerikanischen Familie zu Besuch. Das waren ganz durchschnittliche Leute – was man bei uns Kleinbürger genannt hätte – und sie hatten bestimmt nie in ihrem Leben einen Japaner gesehen. Die und viele ihrer Freunde, wie ich später erfuhr, schrieben sofort spontan an ihren Congressman, insistierten auf den konstitutionellen Rechten aller Amerikaner gleich welcher Herkunft, erklärten, daß wenn so etwas passieren könne, sie sich auch nicht mehr sicher fühlten (die Leute waren anglosächsischer Herkunft und seit mehreren Jahrhunderten im Lande) usw.“
(Arendt/Jaspers 1993: S.66)

Arendt beschreibt hier die amerikanische Gesellschaft als eine solche, in der sich Menschen aufeinander beziehen, ohne dass dieser Bezug aus dem Eigeninteresse der Mitglieder erklärlich ist. Wir beschreiben üblicherweise die Motivation für eine solche Verbundenheit im Allgemeinen als Solidarität im weiteren Sinn, ein Begriff, mit dem zunächst nicht viel mehr ausgesagt ist als eine wie auch immer geartete Haltung der Verbundenheit zwischen Menschen über diverse Verschiedenheiten hinweg. Arendt beschreibt diese Solidarität als typisch amerikanisch im Gegensatz zu europäischem Denken und Handeln, die jedoch nach ihrer Beobachtung in den USA in auffälligem Kontrast steht zum gleichfalls allgemein gegenwärtigen kapitalistischen Konkurrenzdenken (S.67).

Was motiviert Menschen zu solcher Solidarität? Sind wirklich ihre eigenen individualistischen Interessen betroffen, wenn amerikanische Bürgerinnen und Bürger sich für Bürger anderer Herkunft einsetzen, wie die Bürgerinnen und

Bürger in dem Beispiel behaupten? Das scheint wenig glaubhaft! Läge es nicht gerade im Kontext kapitalistischen Konkurrenzdenkens viel näher, sich um die eigenen Angelegenheiten zu kümmern und die Betroffenen sich selbst zu überlassen? Oder gibt es ein ursprüngliches Mitleiden von Menschen mit solchen, die Leid erfahren (Hutcheson 1725, Løgstrup 1989)? Arendt selbst diskutiert das Mitleid mit den sozial Marginalisierten im Kontext ihrer Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution und zeigt dabei die politische Gefährlichkeit von Mitleid auf (Arendt 1994, S.113f.). Mitleid ist ein privates Gefühl, das sich pervertiert bis zur Gewalttätigkeit, wenn es im öffentlichen Raum erscheint. Zudem ist das Mitleid am Leid anderer interessiert und verstetigt es insofern (Weber 2001, S.124ff.).

Etwas anders sieht es aus mit der Solidarität der Unterprivilegierten untereinander, die Arendt jedoch ebenfalls als unpolitisch charakterisiert:

„Es ist richtig, daß in ‘finsternen Zeiten’ die Wärme, die den Parias das Licht ersetzt, eine große Faszination hat für alle, die sich der Welt, so wie sie ist, so schämen, daß sie sich in die Unsichtbarkeit flüchten möchten. Und in der Unsichtbarkeit, in dem Dunkel, in dem man selbst verborgen auch die sichtbare Welt nicht mehr zu sehen braucht, kann allerdings nur die Wärme und die Brüderlichkeit der eng aneinander gerückten Menschen für die unheimliche Realitätslosigkeit entschädigen, die menschliche Beziehungen überall da annehmen, wo sie schlechterdings weltlos, unbezogen auf eine den Menschen gemeinsame Welt, sich entfalten. [...] Was nun die Menschennatur und die ihr entsprechende Menschlichkeit anlangt, so gilt für sie leider nicht nur, daß sie sich nur im Dunkeln manifestiert und also weltlich nicht feststellbar ist, sondern auch, daß sie in der Sichtbarkeit sich gleich einem Phantom in nichts auflöst. Die Menschlichkeit der Erniedrigten und Beleidigten hat die Stunde der Befreiung noch niemals auch nur um eine Minute überlebt. Das heißt nicht, daß sie nichts sei, sie macht in der Tat die Erniedrigung tragbar; aber es heißt, daß sie politisch schlechterdings irrelevant ist.“ (Arendt 1989, S.31f.)

Dies schreibt sie im Kontext ihrer eigenen Erfahrung dieser solidarischen Mitmenschlichkeit als deutsche Jüdin, die die jüdische Geschwisterlichkeit gegen das Politische bewusst getauscht hat:

„Ja, man bezahlt teuer für die Freiheit. Die spezifische jüdische Menschlichkeit im Zeichen des Weltverlustes war ja etwas sehr Schönes [...]: dieses Außerhalb-aller-gesellschaftlichen-Bindungen-Stehen, diese völlige Vorurteilslosigkeit [...]. All das hat natürlich außerordentlichen Schaden genommen. Man zahlt für die Befreiung. [...] Ich weiß, man muß einen Preis für die Freiheit zahlen; aber ich kann nicht sagen, daß ich ihn gern zahle.“ (Arendt 1997, S.64)

Die brüderliche bzw. geschwisterliche Solidarität der Gleichbetroffenen ist die Solidarität der Marginalisierten, die diese Marginalisierung und die damit verbundene Unsichtbarkeit voraussetzt. Solidarität ersetzt den fehlenden Zugang

zum politischen Raum. Die Vergemeinschaftung ist eine solche der Unsichtbaren, die ihr Abgeschnittensein von der sichtbaren Welt ersetzen durch die geschwisterliche Nähe der Gleichbetroffenen. Die solidarische Vergemeinschaftung ist damit radikal unpolitisch. Wird sie politisch, engagiert sie sich in der Öffentlichkeit, so verwandelt sich die solidarische Nähe in soziale Enge und kollidiert mit der politischen Handlungsfreiheit. Die Unterprivilegierten halten zusammen, solange ihre Unterprivilegierung dauert, solange sie des öffentlichen Handelns beraubt sind und sich als Opfer der Herrschenden verstehen, doch sobald sie aus ihrer Lage befreit werden, zerfällt das gemeinsame Band. Sichtbarkeit und Solidarität verhalten sich augenscheinlich antagonistisch zueinander.

Doch ein solches Motiv der solidarischen Mitbetroffenheit fällt im anfänglich beschriebenen Beispiel von Arendt aus der amerikanischen Gesellschaft aus. Die kleinbürgerlichen Beschwerdeführer sind nicht wirklich in Gefahr eingesperrt zu werden, wie sie vorgeben. Das eigentliche Motiv des Engagements für die Angelegenheiten anderer muss auf einer anderen Ebene gesucht werden. Arendt führt es in ihrem Brief an Jaspers auf einen spezifischen amerikanischen Sinn für das Politische zurück. Diesbezüglich spielen in ihrem Denken die Ideen von Alexis de Tocqueville eine herausragende Rolle (Lloyd 1996), der den Unterschied zwischen europäischen und amerikanischen Vergesellschaftungsformen am gründlichsten durchdacht hat vor dem Hintergrund seiner eigenen Amerikaerfahrung. Diese Reflexion geschieht vor dem Hintergrund einer seiner Auffassung nach zutiefst neuzeitlichen Phänomens, des neuzeitlichen Individualismus als Konsequenz der Angleichung der Verhältnisse (1987, Bd. 2, S.147ff.). Dieser Angleichungsprozess führt zu einer Auflösung der vormodernen, als naturgegeben hingenommenen, aristokratischen Vergesellschaftungsform, die auf Standesunterschieden basierte (Bd.1, S.9ff.). Die Neuzeit entdeckt das Private und bewertet es neu. War noch im griechischen Altertum der sich absondernde Einzelne ein *idiotēs*, ein Idiot, nach Aristoteles entweder ein Tier oder ein Gott (Aristoteles pol 1253a29), und das Private im römischen Kontext das dem öffentlichen Raum, der *res publica*, Beraubte (*privari* – berauben), so zeichnet sich spätestens die bürgerliche Gesellschaft durch die apolitische Überzeugung aus, dass die Freiheit in der Freiheit von Politik (Arendt 1994), im Rückzug auf den je eigenen Verfügungsraum besteht, wobei von diesen bürgerlichen Privatiers nicht mehr gesehen wird, dass sie sich in ihrer apolitischen Haltung freiwillig ihrer politischen Handlungsmöglichkeiten entheben und sich damit zum Spielball einer modernen Despotie machen (Tocqueville 1987, Bd2 S.460ff.). Der Rückzug auf das Private und die damit verbundene Abgrenzung von anderen und Konzentration auf die eigenen Angelegenheiten ist nach Tocqueville nicht eine Möglichkeit unter mehreren,

sondern vielmehr Schicksal, göttliche Vorsehung (1987, Bd.1, S.14ff.). Wir sind zum Individualismus verdammt. Angesichts dieser drohenden Entwicklung des neuzeitlichen Individualismus', der bis heute immer wieder reflektiert wird (Beck 1986), stellt sich die Frage, welche Motive es überhaupt geben kann, dass Bürger eines Gemeinwesens sich aus der drohenden Selbstmarginalisierung herausreißen, um sich aktiv zu vergemeinschaften. Tocqueville nennt dazu zwei verschiedene Motive, wobei er das eine als europäisch klassifiziert, während er das andere als amerikanisch beschreibt.

Das europäische Vergemeinschaftungsmotiv wird von Tocqueville als ein aristokratisches beschrieben. Es basiert auf einer aristokratischen Form von Moralität, die geprägt ist von einer übermenschlichen und damit elitären Selbstlosigkeit, die in ihrer Seltenheit jedoch zu großen Taten fähig ist (1987, S.179ff.). Das politische Engagement eines Mahatma Gandhi beispielsweise hat tatsächlich übermenschliche Wurzeln. Mehr noch als von der Moral der Bergpredigt Jesu ist es geprägt von einer tiefen hinduistischen Einsicht in die universale Einheit der Menschheit, der Aufhebung alles Einzelnen und damit aller Individualität (Atman) in eine letzte, alles umgreifende Alleinheit (Brahman) zu der spirituellen Erfahrung: „Atman ist Brahman“ (Upanishaden BÄU 1.4.21), die im Fall von Gandhi ein bewundernswertes selbstloses, radikales und gewaltloses Engagement in der Welt ermöglicht. Doch gemessen an solchen höchst seltenen Idealen einer radikalen Selbstlosigkeit, die jede Form von Individualismus restlos überwunden hat, verstrickt sich der Normalfall der aristokratischen Moral allzu schnell in seine Ideale. Je höher die Ideale, desto weiter entfernen sie sich von der aktuellen Realität und desto tiefer ist der Fall. Mit einigem Recht könnte man sagen, dass der moralische Idealismus geeignet ist, diejenigen Fehlverhalten hervorzurufen, gegen die er antritt, wie beispielsweise die Erfahrung des sexuellen Missbrauchs in pädagogischen Institutionen der Reformpädagogik sowie der Kirchen gezeigt hat (Weber 2011). Insbesondere Kirchen sind bis heute über die Ideologie der kirchlichen Dienstgemeinschaft dafür bekannt, von ihren Mitarbeitern aus moralisch-religiösen Motiven entsprechende soziale Opfer zu verlangen, ohne dabei ihre eigenen Institutionen verlässlich gegen Machtmissbrauch abzusichern. Moralität und Heuchelei liegen insofern eng beieinander.

Das Ideal der moralischen Überwindung des Selbstinteresses ist trotz aller kommunitaristischen Versuche der Wiederbelebung (Etzioni 1997) weitgehend auf dem Rückzug. Allerdings ist die Umkehrung dieser Moral noch immer weit verbreitet. Allgemein gilt als akzeptiert, dass das Ideal der Selbstlosigkeit scheitert. Das Denkmodell des Helfersyndroms (Schmidbauer 1977) im Kontext helfender Berufe macht deutlich, dass selbst hinter vordergründig selbstlosen Idealen und

Motiven selbstsüchtige Hilfemotive wirksam sind, was in der Praxis zu einem weit verbreiteten Misstrauen gegen jedes nichtindividualistische Motiv führt. Einen nicht-egoistischen Einsatz für andere oder mit anderen ist dann gar nicht mehr möglich, und es wird fast schon zum Sport, hinter jedem sozialen oder politischen Engagement egoistische Interessen der Akteure aufzudecken. Zurück bleibt eine leere Form der Ehrlichkeit, die rücksichtslos die eigenen Interessen in jeder zwischenmenschlichen Aktion verfolgt. Da jedem der gleiche Egoismus unterstellt wird, ist man ja in guter Gesellschaft.

Vor allem jedoch wirkt das Ideal einer sich selbst und die eigenen privaten Interessen verleugnenden Motivation und Orientierung an gemeinschaftlichen Werten in einem Zeitalter zunehmender Individualisierung nicht mehr zeitgemäß. Nur eine solche Vergemeinschaftung hat Aussichten auf Erfolg, deren Motive die individualistischen Interessenlagen nicht zu bekämpfen versucht, sondern vielmehr voraussetzt und an sie anknüpft. Ein solches Vergemeinschaftungsmotiv benennt Tocqueville mit der „aufgeklärten Selbstliebe (1987, Bd. 2, S.183)“ bzw. dem „wohlverstandenen Eigennutz“ (S.180ff.),¹ der jedoch eine andere Wendung nimmt als das rücksichtslose Bekenntnis zum eigenen ökonomischen Nutzen, der von unsichtbarer Hand ein Gemeinschaftsinteresse herstellt (Mandeville 1980, S.84-86, Smith 2001, S.371)¹. Zunächst gibt es eine deutliche Parallele zwischen der Selbstregulierungs-idee des Marktes und dem wohlverstandenen Eigennutz. In beiden Konzepten wird der Anfang genommen bei der Unterstellung der Handlungsorientierung am je eigenen privaten Nutzen. Doch in Tocquevilles Modell geschieht der Gesamtnutzen nicht hinter dem Rücken der Akteure, sondern der Eigennutz wird einem Bildungsimpuls zugeführt. Durch Aufklärung erfahren die Individuen, dass sie ihre eigenen Interessen am besten verfolgen können, indem sie in der Verfolgung des je eigenen Nutzens die Interessen anderer mitberücksichtigen. Durch diesen Akt der Aufklärung ist ein erstes Motiv der Vergemeinschaftung geschaffen. Bereits dadurch werden sie aus ihrer individualistischen Nabelschau herausgerissen. Und die Folgen dieser Aufklärung sind nach Tocqueville beträchtlich. Zwar werden nun die Menschen nur dann

1 Mandeville zeigt insbesondere, wie solche Berufe, die sich selbst moralisch definieren wie Anwälte und Ärzte (Mandeville S.81f.), von ihren ökonomischen Interessen korrumpiert sind. Dennoch unterstellt er eine volkswirtschaftliche Harmonie dieser egoistischen Interessen, die nichts mehr gemein hat mit Hobbes' Krieg von jedem gegen jeden (Hobbes 1991, S.96). Auch die invisible hand bei Adam Smith trägt deutlich antimoralische Züge (2001, S.371). Die Selbstregulierung des Marktes entsteht gerade jenseits moralischer Versuche der Etablierung eines wie auch immer gearteten Gemeinwohls (Vollrath 1994, Schmitz 1997, Weber 2006).

bereit, sich für andere einzusetzen, wenn es nicht allzu viele Opfer erfordert, dafür jedoch ist das Prinzip der Vergemeinschaftung sehr volkstümlich und damit weit verbreitet (Tocqueville 1987, Bd.2 S.181ff.). Es verliert seinen elitären Anspruch und hat mit den vielen kleinen Opfern mehr Effekt als die elitäre moralische Vergemeinschaftung über die großen Opfer der kleine moralischen Elite. Doch ist diese bürgerliche Form der Vergemeinschaftung höchst unbefriedigend. Wer die Interessen anderer berücksichtigt, wird oftmals dazu neigen, diese Interessen der anderen möglichst zweckdienlich in die rücksichtslose Verfolgung der eigenen Interessen zu integrieren. Die Bürger bleiben in der Verrechnung stecken, die die Nutzenkalküle des Utilitarismus kennzeichnen. Sie engagieren sich nur dann, wenn für sie genug dabei herauspringt.

Doch Tocqueville beobachtet im Amerika des 19. Jahrhunderts interessanterweise ein ganz anderes Phänomen:

„Die Amerikaner [...] lieben es, fast sämtliche Handlungen ihres Lebens aus dem wohlverstandenen Eigennutz abzuleiten; sie zeigen selbstzufrieden, wie die aufgeklärte Selbstliebe sie ständig dazu drängt, sich gegenseitig zu helfen und für das Wohl des Staates bereitwillig einen Teil ihrer Zeit und ihres Reichtums zu opfern. Ich denke, daß sie sich hierin häufig selbst Unrecht tun; denn man sieht manchmal in den Vereinigten Staaten wie anderswo Bürger, die sich von einer uneigennütigen und unberechnenden, dem Menschen natürlichen Begeisterung hinreißen lassen; die Amerikaner geben es aber nicht zu, daß sie derartigen Anwendungen gehorchen; sie wollen lieber ihrer Philosophie als sich selbst Ehre erweisen.“ (S.181)

Tocqueville konstatiert damit quasi eine Heuchelei mit umgekehrtem Vorzeichen. Während der moralische Heuchler sich und andere betrügt, indem er hinter einer altruistischen Fassade egoistische Motive verfolgt, heuchelt diese Form der Vergemeinschaftungsmotivation ein Eigeninteresse, wo die Handlung, die diesem angeblichen Eigeninteresse entspringt, mit diesem Eigeninteresse schlechterdings nicht mehr zu erklären ist. Dabei spielt jedoch offenbar keinerlei Moral in die Motivation hinein. Im Gegenteil vermeidet der wohlverstandene Eigennutz sorgfältig jede Verwechslung mit einer altruistischen Moral. An der Stelle des moralischen Altruismus' entsteht eine eigennützige Selbstlosigkeit, die von einer „natürlichen Begeisterung“ für das Miteinander getragen ist. Während die Aufklärung des Eigeninteresses dazu führt, dass Menschen sich vergemeinschaften, ergibt sich offensichtlich die Möglichkeit, dass diese Erfahrung der Vergemeinschaftung sich verselbständigt und in einem tragfähigen Sinn für das Soziale mündet. Aus dem gemeinsamen Handeln erwächst ein Interesse an solchem gemeinsamen Handeln, das derart mächtig werden kann, dass es die ursprünglichen individualistischen Bestrebungen überformt und Menschen schließlich zu Opfern befähigt, die bisher lediglich von selbstloser Moral bean-

sprucht wurden. Das politische Handeln erzeugt einen Sinn für das Politische, eine Liebe zur Welt, die keiner moralischen Appelle bedarf. Die Erfüllung einer sozialen Moralität in Form von Solidarität, Mitgefühl oder Gerechtigkeit spielt gar keine Rolle mehr, im Gegenteil haben die Engagierten ein vehementes Interesse daran, dass mit ihrem Engagement kein moralisches Motiv verbunden wird. Lieber konstruieren sie die Verbindung zu ihren eigenen Interessen, auch wenn dies nicht immer plausibel erscheint. Hannah Arendts Beispiel des Einsatzes für die inhaftierten Amerikaner japanischer Abstammung ist ein anschauliches Beispiel dafür.

Das spezifische Vergemeinschaftungsmotiv, das Hannah Arendt im zwanzigsten Jahrhundert wie Alexis de Tocqueville im neunzehnten Jahrhundert in der amerikanischen Gesellschaft aufspüren, überrascht insbesondere insofern, als es sich quer verhält zum kapitalistischen Geist (Weber 1988, S.30ff.), der von beiden in keiner Weise übersehen wird, sondern schonungslos wahrgenommen wird (Tocqueville 1987, S.189ff.; Arendt/Jaspers 1993, S.66f.). Die zivilen Assoziationen liegen quer zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und deren Triebkräften, aber sie werden auch nicht kapitalistisch aufgesogen. Es liegt nahe, dass die kapitalistische Gesellschaft versucht, auch diese wiederum auszubeuten, doch verhalten sie sich durchaus gegenüber solcher Ausbeutungsabsichten widerständig, wie beispielsweise die aggressive amerikanische Gemeinwesenarbeit von Saul Alinsky zeigt. Der wohlverstandene Eigennutz bedarf keiner Aufhebung des kapitalistischen Geistes, um zu entstehen, er verwandelt vielmehr die kapitalistischen Motive durch Aufklärung. Das Erleben von freiheitlicher Vergemeinschaftung selbst bildet einen Sinn für Vergemeinschaftung aus. Der kapitalistische homo oeconomicus erscheint von dieser Perspektive aus dumm und unaufgeklärt. Allerdings revolutioniert der wohlverstandene Eigennutz auch nicht die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, sondern richtet sich neben ihnen ein.

Eine Fülle von Perspektiven lassen sich von Tocqueville aus auf die Soziale Arbeit werfen. Im Folgenden sollen einige angedeutet werden:

1. Die individualistische Borniertheit, die in ihre je eigenen Interessen und Perspektiven eingesperrt erscheint (Kant KU §40), ist kein Schicksal unserer Kultur und es gibt ein ganz einfaches Mittel dagegen: die Erfahrung von Vergemeinschaftung. Wer gemeinsinnige Vergemeinschaftung erlebt, kann dabei eine Begeisterung für das Soziale bzw. Politische entwickeln, und befreit sich dabei womöglich selbst aus dem Eingeschlossenheitsein in das eigene Ich zu einem Blick für das dieses Ich einbettende wie transzendierende Wir. Diese „erweiterte Denkungsart“ (ebd.) kann tatsächlich als befreiend erlebt werden. Vorrangiges Ziel Sozialer Arbeit ist es dann, solche Formen der Ver-

- gemeinschaftung erlebbar zu machen, damit Menschen durch dieses Erleben einen Sinn für das Politische entwickeln können.
2. Der Geschmack für das Gemeinsame erzeugt einen Gemeinsinn, der jenseits moralischer Normvorstellungen fähig ist, einen beachtlichen Einsatz für gemeinsame Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln und dafür zu erstaunlichem Einsatz an Zeit, Kraft und Mitteln fähig ist. Dies geschieht auf unterschiedlichen Ebenen angefangen bei der Allmendewirtschaft in Form von gemeinsam genutzten Weiden, Straßen, Flüssen etc. (Ostrom 1995, Helferich 2009, Hardt/Negri 2010) bis zur peer production und freien Nutzung von open source Software oder Wissensplattformen wie beispielsweise wikipedia (Siefkes 2008). Das klassische Beispiel in der Geschichte der Sozialen Arbeit für solches Engagement der Nutzer für ihre gemeinsamen Angelegenheiten bleibt bis heute das von Jane Addams gegründete Hull House in Chicago (Müller 1999, S.60ff., Kunstreich 1997, S.88ff.)
 3. Voraussetzung für die Entwicklung solcher Vergemeinschaftungen ist das Anknüpfen an individuelle Interessen sowie die Etablierung von Freiräumen für die Entfaltung dessen, was aus diesen Interessen entstehen kann. Diese Form der Vergemeinschaftung ist insofern nicht planbar und von außen verfügbar, sie lässt sich nicht als politisches Steuerungsinstrument benutzen, wie dies manche Debatten um die Zivilgesellschaft gerne beabsichtigen (Thaa 2000). Vielmehr agieren diese künstlichen, alternativen Vergemeinschaftungen sehr selbständig und insofern höchst unabhängig (Penta 2007c). Hier liegt ihr kritisches Potential begründet gegenüber spezifischen gesellschaftlichen Strömungen wie beispielsweise das black power movement, gegenüber bestimmten Marktmechanismen wie Attac oder die Occupy-Bewegung oder auch gegen Entscheidungen der Parteiendemokratie wie im Fall von Stuttgart 21.
 4. Es gibt keine feste Grenzziehung zwischen sozialen Vereinen und politischen Verbänden (Vollrath 1995, S.250f.). Vergemeinschaftungen können sich immer abschließen nach außen und sich auf bürgerliche Vereinsmeierei beschränken. Doch der Gemeinsinn, wie ihn Tocqueville beschreibt, transzendiert gerade diesen Abschluss nach außen. Denn jedes Mitglied einer Gemeinschaft steht in unendlich vielen Kontakten über die Gemeinschaft hinaus. Das die unmittelbare Gemeinschaft transzendierende Bezugsge- webe ist in jeder Gemeinschaft unausweichlich wirksam und erzeugt mehr oder weniger deutlich sichtbare Interessen über die Gemeinschaft hinaus. Das Mitglied einer alternativen Wohngemeinschaft steht in Arbeits- oder Bildungskontexten, die Wohngemeinschaft selbst steht in Nachbarschaft zu anderen Wohnformen mit entsprechender Infrastruktur etc., die alle

- mehr oder weniger deutlich Einfluss nehmen auf das Gemeinschaftsleben. Community Organizing (Penta)² ist insbesondere die Kunst, bestehenden Verbänden von bürgerlichen Vereinen über Kirchen bis hin zu alternativen Vergemeinschaftungsformen eine Bühne zu bieten, auf der sie diejenigen Interessen verfolgen können, die die je eigene interne Regulierung der gemeinsamen Angelegenheiten transzendieren, so dass daraus eine eigene Form der Vergemeinschaftung entstehen kann bzw. gestaltet werden kann, nämlich die die Verbände übergreifende politische Community.
5. Das kritische Potential alternativer Vergesellschaftung kann durchaus aggressive Züge annehmen, insofern sich darin der Protest gegen hegemoniale Übergriffe der verfassten politischen Institutionen oder gesellschaftliche bzw. ökonomische Diskriminierungskontexte niederschlagen. Doch diese Protestkultur alleine trägt nicht. Sie macht sich in ihrem Protest abhängig von der Aktivität des Gegners und mündet in einem klassischen Freund-Feind-Denken (Schmitt 2009). Schon Alinsky³ wusste, dass die Bürgerorganisation mit Spaß verbunden sein muss, um gelingen zu können. Sobald dieser Spaß verloren geht, geht auch der Geschmack für das Politische, der Gemeinsinn verloren.
 6. Soziale Arbeit kann auch beschrieben werden als Vergemeinschaftungskunst, die bei der helfenden Beziehung zwischen Adressat und Sozialarbeiter anfängt über den unterstützenden Umgang mit sozialen Netzen bzw. familiären Systemen bis hin zu sozialraumorientierten Strategien. Das klinische Professionsverständnis erzeugt eine spezifische Distanz zwischen den Akteuren, die das berufliche Handeln weitgehend abkoppelt von der eigenen Person. Gemeinsinnige soziale Arbeit folgt einem alternativen Selbstverständnis mit einer alternativen zivilgesellschaftlichen Grammatik (Penta 2007a, S.102), die sich in ihrer Arbeit so einrichtet, dass persönliche Interessen durchaus vorkommen dürfen. Soziale Arbeit darf Freude machen und befriedigend sein, sie ist nicht lediglich professionelles Management der vielfältigen Probleme anderer. In manchen beruflichen Kontexten, insbesondere im Kontext mancher kirchlicher Dienstverständnisse, muss eine solche Einsicht eigens hervorgehoben werden. Die Kunst des gemeinsinnigen Agierens

2 Penta recurriert dabei ausdrücklich auf Tocqueville (2007b, S.13).

3 Auch Alinsky recurriert an zentraler Stelle auf das Individualismus-Konzept von Tocqueville und knüpft daran an. Bürgerorganisation reißt Betroffene aus ihrer Vereinzelung heraus, die zu dem spezifischen Ohnmachtsgefühl der modernen Despotie führt (1973, S.56f.).

besteht in der Fähigkeit, eigene Interessenlagen derart mit den Interessen anderer zu verbinden, dass daraus ein neues gemeinsames Drittes (Kunstreich u.a. 2004, S.36) entstehen kann.

7. Der von Tocqueville konstatierte antimoralische Gemeinsinn führt ein verbreitetes Vorurteil gegenüber diesem Gemeinsinn ad absurdum. Nach diesem Vorurteil ist hinter jedem einzelnen Engagement, ganz gleich ob sich darin ein Opfer an Zeit, Kraft oder finanziellen Mitteln äußert, ein verborgenes egoistisches Motiv zu vermuten, das dieses Engagement damit entwertet. Wer etwas tut für andere, verfolgt damit ohnehin letztlich eigene Interessen, angefangen bei moralischer Anerkennung als moralisch integrier Mensch bis hin zu Effekten, die unmittelbaren Nutzen für die eigenen Angelegenheiten versprechen. Diese Verfolgung von je eigenen Interessen schließt diesem Denken zufolge echte soziale Motive aus. Tocqueville zeigt dagegen, dass gemeinsinniges Engagement gar nicht moralisch funktioniert. Insofern sind eigene Interessen überhaupt nichts Verwerfliches. Doch der eigentliche Fehlschluss liegt an einer ganz anderen Stelle, die eher der homo oeconomicus-These entstammt, die seit Mandeville behauptet, dass jeder Mensch in allem, was er tut, an nichts als an sich interessiert ist. Tocqueville verdeutlicht, dass es zwischen radikalem Egoismus und radikalem Altruismus noch etwas Drittes gibt, nämlich einen wohlverstandenen Eigennutzen, der Menschen dazu befähigt, aus ihren je eigenen Interessen heraus ein originäres Interesse an den gemeinsamen Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.
8. Gemeinsinnige Sozialarbeit könnte man vor diesem Hintergrund kennzeichnen als Agententätigkeit für die Interessenlagen der Beteiligten, um diese Interessen zu vernetzen und in politischen Sprengstoff zu verwandeln. In mancherlei Hinsicht haben viele Aktionen von Saul Alinsky einiges gemein mit den medial inszenierten Flash Mobs. Die neuen medialen Möglichkeiten bieten eine Fülle von Möglichkeiten für spontane Aktionen, bei denen es auf der Hand liegt, diese Aktionen mit einer politischen Botschaft zu verbinden, statt als einzelne Spaßaktion im Nichts verhallen zu lassen.
9. Ein zentrales Argument gegen die Diskussion um die Zivilgesellschaft ist immer wieder der Vorwurf, dass die Zivilgesellschaft lediglich die soziale Ungleichheit reproduziert (Thaa 2000). In der Bürgergesellschaft engagiert sich primär die Mittelschicht, um durch zivilgesellschaftliches Engagement diejenigen Angelegenheiten zu regulieren, die bürgerlichen Interessen nahe stehen. Hannah Arendt reklamiert dagegen das Politische als einen Bereich, der soziale Unterschiede transzendiert. Politische Macht liegt auf einer anderen Ebene als individuelle Stärke bzw. Schwäche welcher Form auch immer,

die die sozialen Unterschiede markiert. Insofern ist die politisch qualifizierte Vergemeinschaftung dazu fähig, soziale Unterschiede zu transzendieren (so auch Penta 2007a, S.9). Das gemeinsame Dritte relativiert die sozialen Unterschiede. Erst wenn dieses Dritte verloren geht, reproduzieren sich die Unterschiede wieder. Sollten sich die gesellschaftlichen Diskriminierungsprozesse tatsächlich reproduzieren, so weist dies demnach auf eine Schwächung des gemeinsamen Dritten und mit ihm des Gemeinsinns hin. Allerdings steht dieser Zusammenhang unter einem deutlichen Vorbehalt: Das politische Engagement setzt voraus, dass keine existentiellen Mangelercheinungen vorliegen, insbesondere Mangel an sozialer Anerkennung (Verlassenheit), an Gesundheit, insbesondere durch Armut sowie an körperlicher und seelischer Integrität (die Abwesenheit von Gewalt) (Weber 2005, S.115ff.). Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, erleben sich Menschen als eingeschlossen in ihre nicht erfüllten, basalen Interessen, wodurch ihnen mehr oder weniger stark die Möglichkeit verwehrt ist, über diese je eigenen Interessen hinaus Engagement zu entwickeln. Gemeinsinniges Engagement setzt dann Befähigungsarbeit voraus (Otto/Scherr/Ziegler 2010), die erst die Bedingung der Möglichkeit dafür ist, dass sich Menschen überhaupt politisch organisieren können.

Literatur

- Alinsky, Saul D. 1973: Leidenschaft für den Nächsten: Strategien und Methoden der Gemeinwesenarbeit. Gelnhausen/Berlin: Burckhardthaus-Verlag
- : Anleitung zum Mächtigkeitsein: Ausgew. Schr. Bornheim-Merten: Lamuv-Verlag
- Arendt, Hannah 1989: Gedanken zu Lessing: Von der Menschlichkeit in finsternen Zeiten, in Arendt, Hannah (Hg.): Menschen in finsternen Zeiten. München: Piper, 17-48
- 1994: Freiheit und Politik, in Arendt, Hannah (Hg.): Zwischen Vergangenheit und Zukunft. München u.a.: Piper, 201-226
- 1994: Über die Revolution. 4. Aufl., München; Zürich: Piper
- 1997: Fernsehgespräch mit Günter Gaus. In: Arendt, H.: Ich will verstehen: Selbstauskünfte zu Leben und Werk. Ludz, U., Hrsg. München, 44-70
- 1999: Vita activa oder Vom tätigen Leben. Ungekürzte Taschenbuchausg., München [u.a.]: Piper
- & Jaspers 1993: Hannah Arendt, Karl Jaspers, Briefwechsel 1926-1969. München: Piper
- Aristoteles 1989: Politik: Schriften zur Staatstheorie. Stuttgart: Reclam
- Beck, Ulrich 1986: Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp

- Etzioni, Amitai 1997: Die Verantwortungsgesellschaft: Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie. Frankfurt/Main; New York: Campus
- Hardt, Michael & Negri, Antonio 2010: Common Wealth: Das Ende des Eigentums. Frankfurt, M.; New York, NY: Campus
- Helfrich, Silke (Hg.) 2009: Wem gehört die Welt?: Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter. München: Oekom-Verlag
- Hobbes, Thomas 1991, c1966: Leviathan, oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates. 4. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Hoffmann, Sören & Majetschak, Stefan (Hg.) 1995: Denken der Individualität: Festschrift für Josef Simon zum 65. Geburtstag. Berlin; New York: Walter de Gruyter
- Hutcheson, Francis 1725: An inquiry into the original of our ideas of beauty and virtue: in tow treatises, in which the principles of the late Earl of Shaftesbury are explain'd and defended, aigainst the author of the fable of the bees. London
- Kant, Immanuel 1990: Kritik der Urteilskraft. 11. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Kunstreich, Timm, u.a. 2004: Dialog statt Diagnose, in Heiner, Maja (Hg.): Diagnostik und Diagnosen – ein Überblick. Berlin, 26-39
- 1997: Grundkurs Soziale Arbeit: Sieben Blicke auf Geschichte und Gegenwart Sozialer Arbeit. Band 1, Hamburg: Rauhes Haus
- Lloyd, Margie 1996: In Tocqueville's shadow: Hannah 'Arendt's liberal republicanism. Review of politics Vol. 57, No1, S.31ff
- Løgstrup, Knud E. 1989: Norm und Spontaneität: Ethik zwischen Technik und Dilettantokratie. Tübingen
- Mandeville, Bernard de 1980: Die Bienenfabel oder Private Laster, öffentliche Vorteile. 2. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Müller, C. Wolfgang 1999: Wie Helfen zum Beruf wurde: Eine Methodengeschichte der Sozialarbeit. Band 1. Weinheim/Basel: Beck
- Ostrom, Elinor 1995: Governing the commons: The evolution of institutions for collective action. Repr. Cambridge: Cambridge University Press
- Otto, Hans-Uwe, Scherr, Albert & Ziegler, Holger 2010: Wieviel und welche Normativität benötigt die Soziale Arbeit? (S. 137-163): Befähigungsgerechtigkeit als Maßstab sozialarbeiterischer Kritik. neue praxis(2), 137-163
- Penta, Leo 2007a: Die Macht der Solidarität, in Penta, Leo (Hg.): Community Organizing, 99-108
- 2007b: Vision braucht Fahrpläne, in Penta, Leo (Hg.): Community Organizing, 7-15
- 2007c: Von Ohnmacht zur Hoffnung, in Penta, Leo (Hg.): Community Organizing: Menschen verändern ihre Stadt. Hamburg: edition Körber Stiftung, 54-68
- Schmidbauer, Wolfgang 1977: Die hilflosen Helfer: Über die seelische Problematik der helfenden Berufe. 1. Aufl. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt. Online im Internet: URL: <http://www.worldcat.org/oclc/17170273>
- Schmitt, Carl 2009: Der Begriff des Politischen: Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien. 8. Aufl., Nachdr. der Ausg. von 1963. Berlin: Duncker & Humblot

- Schmitz, Heinz-Gerd 1997: Das Mandeville-Dilemma: Untersuchungen zum Verhältnis von Politik und Moral. Köln: J. Dinter
- Siefkes, Christian 2008: Beitragen statt tauschen: Materielle Produktion nach dem Modell freier Software. Version 1.0, 1. Neu-Ulm: AG-SPAK-Bücher
- Smith, Adam 2000: The theory of moral sentiments. Amherst (N.Y.): Prometheus Books
- 2001: Der Wohlstand der Nationen: Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen. 9. Aufl. München: dtv
- Thaa, Winfried 2000: „Zivilgesellschaft“: Von der Vergesellschaftung der Politik zur Privatisierung der Gesellschaft. Widersprüche (76)
- Thieme, Paul (Hg.) 2008: Upanischaden: Ausgewählte Stücke. [Nachdr.]. Stuttgart: Reclam
- Tocqueville, Alexis de 1987: Über die Demokratie in Amerika, 2 Bde. Zürich: Manesse
- Vollrath, Ernst 1995: Tocqueville über die politischen Implikationen des neuzeitlichen Individualismus, in Hoffmann, Sören & Majetschak, Stefan (Hg.): Denken der Individualität: Festschrift für Josef Simon zum 65. Geburtstag. Berlin; New York: Walter de Gruyter, 293-252
- 1994: Das Konzept des "Besitzindividualismus": Reflexionen im Anschluß an Adam Smith. Allgemeine Zeitschrift für Philosophie 19(3), 19-38
- Weber, Joachim 2001: Diakonie in Freiheit?: Eine Kritik diakonischen Selbstverständnisses. Bochum: SWI
- 2005: Spiritualität und soziale Arbeit. Münster: Lit
- 2006: Ethik und Ökonomie – Begegnung auf Distanz: Hinweise von Adam Smith zur Ökonomisierung Sozialer Arbeit. Zeitschrift für Sozialpädagogik 4(2), 151-167
- 2011: Moralischer Idealismus und sexueller Missbrauch, in Baldus, Marion & Utz, Richard (Hg.): Sexueller Missbrauch in pädagogischen Kontexten: Faktoren. Interventionen. Perspektiven. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 29-50
- Weber, Max 1988: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in Weber, Max (Hg.): Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), 17-206

*Joachim Weber, Hochschule Mannheim, Fakultät für Sozialwesen,
Paul-Wittsack-Str. 10, 68163 Mannheim
E-mail: j.weber@hs-mannheim.de*



Was ein gutes Leben sei?

Anne Alex/Harald Rein (Hg.): „Den Maschinen die Arbeit ... uns das Vergnügen! – Beiträge zum Existenzgeld. AG SPAK Bücher, Neu-Ulm 2011, 191 Seiten, 16 Euro

Der bunte Titel des Buches, ein Graffito, auf dem zu lesen ist „Hol dir dein Leben zurück!“ verweist auf die politische Tradition, in der die HerausgeberInnen ihre Intervention in die Debatten um ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) stellen. Es ist die Tradition einer politischen Kritik an Lebensverhältnissen, in denen sich Menschen durch das Unterworfen-Sein unter fremdbestimmte, entfremdete Lohnarbeit von ihren Lebensmöglichkeiten enteignet sehen. Nun könnte man schon über den Titel eine Diskussion anstoßen, lässt einen der Verweis auf die Beziehung von Maschinen und Arbeit doch fragen: und bei den Arbeiten ohne Maschinen? Oder man könnte gleich in eine Diskussion um gesellschaftliche Prägung von Technik und Herrschaft einsteigen. Aber bleiben wir erstmal beim Blick auf die Tradition des vorliegenden Buches. Das besondere an dieser Tradition ist, dass mit dem Begriff des „Existenzgelds“ die Verbundenheit zu Aktivitäten und Positionierungen von Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen seit dem Ende der 1970er Jahre betont wird. Wie schon in dem im Jahr 2008 im Verlag der AG SPAK herausgegebenen Band „Existenzgeld reloaded“ wollen die Herausgeber eine Diskussion befördern, die das Anliegen einer „Verbindung des Kampfes für ein gutes Leben weltweit und gegen eine Sozialpolitik, die die Lohnarbeit zum Maß aller Dinge erhebt“

befördert (8). Dass sich die Herausgeber mit dem Begriff des Existenzgeldes vom BGE absetzen wollen, hat gute Gründe. Unter dem BGE werden sehr unterschiedliche Konzepte verhandelt, die keinesfalls alle emanzipatorisch zu nennen sind. Das Buch ist durchaus als Beitrag zu verstehen, sich trotz aller vordergründigen definitiven Einigkeit z.B. im Netzwerk Grundeinkommen von der Vorstellung „des“ bedingungslosen Grundeinkommens zu verabschieden. Somit werden in den Kapiteln „Wirkungen des Existenzgeldes“ (15-46), „Lohnarbeit trifft Existenzgeld“ (49-74), „Politik und Wirtschaft greifen die Idee auf“ (77-136), Menschenrechte und Migration (139-163) und „Ausblick in eine andere Gesellschaft“ (167-185) notwendige Facetten einer politischen Diskussion „über eine grundlegende Existenzsicherung“ (8) betrachtet. Während der Einbezug feministischer Positionen in die Debatte um eine BGE und Existenzgeld schon als fast traditionell zu bezeichnen ist, sind zwei Erweiterungen an diesem Band hervorzuheben. Einmal gibt es etliche Beiträge, die sich damit auseinandersetzen, wie Positionen eines BGE in Parteien und etablierten politischen Think-Tanks angekommen sind, und zum anderen gibt es Beiträge zur Frage, wie denn Konzepte von bedingungslosem Grundeinkommen zu Politiken aus der Perspektive von Migration und weltweiter sozialer Gerechtigkeit passen. Schließlich wird an den auch schon im 2008 erschienenen Buch formulierten Gedanken angeknüpft, die Forderung nach einem Existenzgeld mit einer Politik der sozialen Infrastruktur zu verbinden.

Allerdings bietet das Buch nicht nur diese Texte für „fortgeschrittene“ Leserinnen und Diskussionsteilnehmer, son-

dern liefert auch Material zum Einstieg. Auf den Seiten 15-18 wird erklärt, woher die Forderung nach einem Existenzgeld in der jüngeren deutschen Geschichte kommt und es werden die Fragen „Was ist Existenzgeld?“ und „Wie bekommen wir die Finanzierung hin?“ beantwortet. Auf diesen Seiten wird nach dem Motto „Wer von Existenzgeld redet, sollte wissen, was damit gemeint ist!“ das „Markenzeichen“ (16) skizziert. Damit auch die LeserInnen dieser Rezension es wissen, seien hier die wesentlichen Punkte benannt: Das Existenzgeld „entspricht den Kriterien des bundesweiten Netzwerks Grundeinkommen, geht aber darüber hinaus“ (15). Das Konzept beinhaltet also nicht nur einen individuellen Rechtsanspruch ohne Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitszwang, ist nicht nur existenzsichernd und die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichend, sondern ist auch ein globales soziales Recht und Menschenrecht unabhängig von der Staatsbürgerschaft und vom Aufenthaltsstatus; es „impliziert den Kampf gegen die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung und legt die materielle Grundlage für die radikale Umverteilung der bezahlten und unbezahlten gesellschaftlich notwendigen Arbeit zwischen den Geschlechtern“ (15). Auf „Stand 2007“ – der auf heutige Verhältnisse fortgeschrieben werden müsste – beträgt es „800 Euro plus Kranken- und Pflegeversicherung sowie tatsächliche Wohnkosten“ (16). Sozialhilfe, Arbeitslosengeld II, Wohngeld, Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes, Erziehungsgeld und BAFÖG werden durch das Existenzgeld ersetzt. Bedarfe für besondere Lebenslagen werden beibehalten. Existenzgeld wird so einerseits ganz pragmatisch refor-

merisch ein sozialpolitischer „Sockel“ und mit der Funktion eines Mindesteinkommens auf Basis von lohnabhängiger oder selbständiger Arbeit oder Sozialversicherungseinkommen. Andererseits knüpft es an die „allgemeinen Auseinandersetzungen zur Daseinsversorgung an und weist darüber hinaus auf ein zukünftiges Leben, für das es sich lohnt, zu kämpfen“ (16). Auf die in keiner Diskussion um welches BGE auch immer fehlende Frage nach der Finanzierung finden die LeserInnen eine ähnliche Argumentation auf verschiedenen Ebenen: es gibt einen pragmatischen Vorschlag mit einer 50% Abgabe auf „jegliche Arten von Nettoeinkommen nach dem jetzigen Steuerrecht“ (16), die so genannte „Existenzgeldabgabe“ plus bisheriges „Steueraufkommen für soziale Transferleistungen, die bisherigen Sozialversicherungsbeiträge“ sowie weitere neu festzusetzende Gewinn-, Kapital- und Erbschaftssteuern und andererseits den Verweis auf eine an die Voraussetzung von „Bewusstseinsveränderung und politische Kämpfe“ gebundene „politische Entscheidungsfreudigkeit“ (16), die irgendwo in der Zukunft hergestellt werden muss. Als wesentliches Alleinstellungsmerkmal zu anderen Vorschlägen eines BGE wird auf der „Notwendigkeit einer grundlegenden gesellschaftlichen Veränderung“ beharrt (17), die auf eine andere Produktion, Verteilung und auch Konsum des gesellschaftlichen Reichtums verweist. Existenzgeld in diesem Sinne ist ein politisch-pädagogisches Konzept, das uns verdeutlichen soll, „dass unter gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen Schritte zu einem Existenzgeld erkämpft werden müssen, um die Voraussetzungen für ein anderes Leben und Arbeiten zu schaffen“ (18). Es ist aber

nicht nur diese eher fundamentale politische Orientierung auf künftige Kämpfe, die die Existenzgeldforderung quasi als Propaganda kennzeichnet, sondern ihre VertreterInnen sind realpolitisch genug, um zu sehen, dass sie mindestens Verbindungen zu verschiedenen sozialen Gruppen, Kämpfen und Bewegungen hier und heute brauchen. Als wesentliche Konflikte werden dabei neben dem „klassischen Verteilungskonflikt der Konflikt um soziale Sicherheit und die Existenz sichern des Einkommen, Arbeitszeitverkürzung (wohl derzeit auch eher ein Wunsch), der Konflikt um öffentliche Güter und öffentliche Daseinsversorgung sowie die Konflikte im Zusammenhang mit Migration und Flucht genannt. Sowohl das Existenzgeld oder Formen des Grundeinkommens für bestimmte Gruppen wie Kinder oder Alte als auch eine „Sozialpolitik als Sicherung der sozialen Infrastruktur“ (vgl. 18) werden als Möglichkeiten gesehen, Interessen aus den verschiedenen Konfliktfeldern zu verbinden.

Neben diesen hier knapp gefassten programmatischen Aussagen vertiefen sich die einzelnen Texte – wie schon in den Kapitelüberschriften angedeutet – in diverse Aspekte der Debatte. Harald Rein gibt in „Vom Regelsatz zum Existenz – das gute Leben erkämpfen“ (20-34) einen Überblick über die jüngere Diskussion um die Bemessung und Höhe der Regelsätze in den bundesdeutschen Grundsicherungssystemen. Dabei kann er deutlich machen, dass es trotz aller Unterschiede der Messverfahren immer „politische Regelsätze“ (22) sind, die als angemessene Existenzsicherung der Armutsbevölkerung zugemutet werden. Er geht auch auf die Diskussion um das Urteil des Bundes-

verfassungsgerichts vom Februar 2010 zu den Regelsätzen ein und stellt die Positionen dazu von Verbänden, einzelnen WissenschaftlerInnen und sozialen Initiativen dar. Er diskutiert sie vor allem unter dem Aspekt der Schwierigkeit zu bestimmen, was denn „der Mensch“ zu einem guten Leben braucht. An einem „guten Leben“ kann sich seiner Ansicht nach niemand orientieren, der am Prinzip der „herrschenden Regelsatzableitung“ festhält (28). Seine Alternative ist der Bezug auf die Position der BAG Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen, die auf „tatsächliche Bedarfe“ (28) abhebe. Dass auch diese nicht ohne begründete politisch-normative Entscheidungen festgestellt oder errechnet werden, sollte wenigstens offen gesagt werden. Zumal wenn er die „Bedürfnisse und Interessen der Armutsbevölkerung“ und nicht „herrschende Vorgaben“ zum Ausgangspunkt von Aussagen macht, dass 800 Euro plus Krankenversicherung plus Wohnungskosten das Existenzgeld bilden sollen und die Orientierungsgröße ein „gutes Leben“ sein soll. Denn es könnte ja durchaus sein, dass die geforderte „andere Sichtweise der sozialen Sicherung“, die z.B. in „öffentlichen Versammlungen in vielen Städten oder Landkreisen unter dem Motto ‘Ein gutes Leben – Was brauche ich dazu‘, (31) sich ereignen könnte, gar nicht die von Harald Rein bevorzugte lohnarbeitskritische, auch konsumismuskritische Richtung nimmt. Wie dem auch sei, dem Ruf nach einer breiten demokratischen Debatte darüber, was gutes Leben sei, ist zuzustimmen.

Zu einer solchen Debatte gehören auch die weiteren Beiträge des Buches: Der Text von Petra Leischen „Existenzgeld – was nutzt es den Frauen“ zeichnet sich leider

dadurch aus, dass er nicht die bisherige feministische Diskussion zu Vorschlägen eines BGE vorstellt, sondern einerseits auf grundsätzliche Aussagen zu patriarchalen Herrschaftsverhältnissen und fehlender Geschlechtergerechtigkeit in der gegenwärtigen Gesellschaft abhebt, ein Existenzgeld als „notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für die Emanzipation der Frauen“ (43) bezeichnet und dann am Beispiel des Grundeinkommens in Namibia Verbesserungen der Situation von Frauen dort beschreibt.

Im Kapitel „Lohnarbeit trifft Existenzgeld“ diskutiert Frigga Haug ihre „Vier-in-einem-Perspektive“ und ihr Verhältnis zum BGE. Ihrer Perspektive geht es ja wesentlich darum, vier Formen von Arbeit miteinander politisch zu vermitteln: „Arbeit an Mitteln zum Leben“ (Erwerbsarbeit), „Arbeit an Mensch und Natur“ (Reproduktionsarbeit), „Tätigkeit der Selbstentwicklung“ (Muße) und „politische Gestaltung der Gesellschaft“ (vgl. 49). Bei dieser Vermittlung als „Politikvorschlag an die neue Linke“ geht es ihr um die „Gerechtigkeit bei der Verteilung von Erwerbsarbeit, fürsorgender Arbeit, Gemeinwesenarbeit und Entwicklungschancen“ (49). Die politische Kunst liegt nach Frigga Haug in der Verknüpfung der vier Bereiche, so dass jeder und jede an ihnen im gleichen Maße teilnehmen kann. Dies ist für sie ein „Kompass“ zur Ausrichtung von politischer Praxis (50). Mit dieser Programmatik, die sie im Stil einer Diskussion mit sich selbst und reichlich Exkursen und Nachträgen dazu vorstellt, trifft sie mit ihren Worten auf den BGE-Vorschlag als „Störung“ (56). Die Forderung erschien ihr angesichts ihrer eigenen Gesellschaft umwälzenden Ziel-

setzungen als zu „bescheiden“ und mit der Bedingungslosigkeit hat sie ein Problem: mit Bezug auf Rosa Luxemburg ist sie für „die soziale Garantie des Lebens“ „damit alle am politischen Prozess teilnehmen können“ (56). Und dass ist für sie wohl ein verpflichtender Nexus „um – zu“. Man könnte das Verhältnis auch anders beurteilen und schlicht feststellen, dass alle Tätigkeiten, seien sie nun politischer oder müßiggängerischer oder sorgender Art, vernünftigerweise auf der Basis einer Existenzsicherung stehen sollten. Frigga Haug will aber nicht nur, dass alle Menschen sich politisch an der Gestaltung der Gesellschaft beteiligen. Sie kennt die Breite der Positionen in der BGE-Debatte „von ganz unternehmerfreundlichen und staatsstragenden bis zu anarchistischen mit einem Recht auf ein hedonistisches Leben ohne Verantwortung – aber im Kern gilt: Es soll ein jeder/eine jede ein gutes Leben ohne Wenn und Aber finanziert bekommen“ (57). Mit dieser Grundvorstellung hat sie wiederum Probleme, vor allem zwei: einmal fragt sie nach der Verantwortung „an allem wahrhaft teilzuhaben, auch an der noch notwendigen Arbeit für alle“ (57). Ihr politischer Kompass zeigt ihr eine Gleichzeitigkeit und Gleichgewichtigkeit von „ohne jede Schnüffelei gewährte Grundsicherung und eine ebenso selbstverständliche Teilhabe an Gesellschaft in ihren Möglichkeiten und Verantwortungen“ (57), weshalb sie dafür plädiert, die politischen Energien auf das „Recht auf einen Erwerbsarbeitsplatz zu richten, auf das Recht und die Pflicht zur Fürsorge für andere Menschen, ein Recht auf Entwicklung und auf politische Gestaltung“ (57). Sie nimmt damit die Schwierigkeit wahr, dass BGE-Befürworter ihre Perspektive

eines erweiterten Arbeitsbegriffs teilweise gerne aufnehmen, sie aber aus ihrer Perspektive das umgekehrt nicht kann. Dazu kommt noch als ihr zweites Problem, „dass es eine Forderung für Einzelne ist, also nicht sogleich das Miteinander der gesellschaftlichen Menschen bedenkt“ (57). Sie wirft allen Befürwortern eines BGE vor, nicht die Frage „nach der Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, so auch nicht die nach der Hegemonie zustellen“ zu stellen (58). Bei Frigga Haug lässt sich – verwunderlich gerade angesichts ihrer differenzierten Perspektive auf Arbeiten – doch eine Restdominanz der Vorstellung von gesellschaftlicher Integration über gesellschaftlich notwendige Arbeit feststellen. Aber vielleicht ist gerade das doch nicht so verwunderlich: die oben genannten vier Perspektiven und Arbeiten sind in ihren Augen notwendige für die Reproduktion einer jeden Gesellschaft. Schließlich wirft sie allen BGE-BefürworterInnen vor, Arbeit immer nur als Lohnarbeit zu denken. Ihr Plädoyer ist deutlich: Aufteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle „wenn er oder sie nicht zu klein, zu alt, zu krank oder behindert ist und innerhalb dessen darüber nachdenken, was eigentlich gute, menschenwürdige Arbeit ist, an ihrer Verbesserung arbeiten und sie immer weiter zeitlich zurückdrängen“ (61). An solche Aussagen müsste sich in jedem Fall eine Diskussion darüber anschließen a) wie die heutige gesellschaftlich zu ihrem Begriff und ihrer Menge notwendiger Arbeit kommt und b) wie sich in einer Vier-in-einem-Perspektive die Menge gesellschaftlich notwendiger Arbeit demokratisch feststellen und verteilen ließe und c) wie demokratisch und emanzipatorisch frei

von so genannten ökonomischen Sachzwängen sich gesellschaftlich notwendige Arbeit erlassen und verteilen ließe.

In eine doch andere Richtung interpretiert Karl Reitter Forderung und Bewegung für ein BGE. Er setzt sich vor allem von einer Interpretation des BGE als Mittel der Armutsvermeidung ab. Für ihn „schlummert im Grundeinkommen mehr, nämlich „der Vorschein auf eine nachkapitalistische Gesellschaft“ im Sinne eines „Moments des Übergangs“ (65). Für ihn drückt das Grundeinkommen nicht nur den Wunsch nach allgemeiner sozialer Absicherung (s.o. „sozialer Garantie des Lebens“) aus, sondern „die Perspektive der Selbstbestimmung und Autonomie in der Arbeitswelt“ (66). Die neoliberale und neosoziale Vereinnahmung von Selbstbestimmung und Autonomie ist an dieser Stelle nicht sein Problem, geht es doch um Wünsche und Perspektiven nach einem anderen Leben und Arbeiten. Eine Diskussion zwischen Karl Reitter und Frigga Haug wäre sicher spannend, denn schließlich hält auch er an einer Relevanz von „Arbeit“ für die soziale Existenz der Menschen fest, schließlich stimmt auch er Positionen zu, die neue Formen der Vollbeschäftigung bei weniger individueller Arbeitszeit befürworten, sozusagen als „Zwischenetappe für eine letzte Überwindung der kapitalistischen Form der Arbeit“ (68). Er setzt sich auch differenziert mit problematischen, aber ehemals modischen Thesen vom Ende der Arbeit und verkürzten Formen der Arbeitskritik auseinander, die in seinen Augen auf einer falschen Aufspaltung von Arbeit und Tätigkeit zurückgehen. Politisch interessant sind Reiters Aussagen zur jüngeren Geschichte der Versprechungen, die

mit Erwerbsarbeit verbunden waren. In der Geschichte des Realsozialismus sieht er das Versprechen, mit der individuellen Arbeit am Aufbau eines „welthistorischen Projektes“ wohl im Sinne der bekanntberühmtesten historischen Mission beteiligt zu sein; im „fordistisch-sozialstaatlichen Versprechen“, das sich primär an die männliche Bevölkerung richtete, wurde die Beteiligung an der Arbeit verbunden mit mehr Wohlstand und sozialer Sicherheit, einem Familieneinkommen, kürzeren Arbeitszeiten und Bildungs- und Aufstiegschancen für die Kinder.

Ihm folgte das „neoliberale Versprechen, welches alle Aspekte der gesellschaftlichen Arbeit umcodierte“ insbesondere durch einen Tausch von „Souveränität“ gegen soziale Sicherheit – ein Tausch, der sich „als massiver Druck des Marktes“ entpuppte (71): Entbürokratisierung, Steuerersenkungen, Entkollektivierung schaffen Freiheit, für die jeweils Hochleistung der Einzelnen gefordert ist. Spätestens bei der Lektüre der Texte im Buch, die BGE-Ideen aus der Perspektive globaler sozialer Rechte thematisieren, müsste gefragt werden, ob die genannten Versprechen sich nicht nur auf bestimmte soziale und geografische Räume beschränkt haben. Nach den langjährigen Erfahrungen mit dieser mehr oder weniger neoliberalen Realität sieht Karl Reitter in breiter Linie den Mangel des Kapitalismus, den Menschen überhaupt noch positive Anreize zu bieten; er sieht eine Tendenz zu Workfare und vertritt die These, dass „eine neue Perspektive auf gesellschaftliche Arbeit [...] nicht mehr aus den herrschenden Verhältnissen selbst erwachsen“ kann (73). Demgegenüber sieht er ein „Versprechen des Grundeinkommens“ als Entlastung

aller vom Kampf ums Dasein und Befreiung hin zu allen möglichen Tätigkeiten, die alle einen anerkannten Beitrag zur Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Zusammenhangs herstellen (73). Spätestens hier würde ihn Frigga Haug sicher an die gesellschaftlich notwendige Arbeit erinnern, auch wenn sie diese eben nicht als „Kampf ums Dasein“ organisiert wissen will.

Wie „Politik und Wirtschaft“ die Forderungen und die Diskussion um ein BGE aufgreifen ist Gegenstand der Seiten 77-136. Für diese Idee sind die HerausgeberInnen ausdrücklich zu loben, weil dahinter das Interesse an einer stärker differenzierten und differenzierenden Diskussion zum BGE steht. So ist die Lektüre des Textes von Thomas Lohmeier zum Finanzierungskonzept eines BGE im Modell von Götz Werner sehr lohnend, versucht doch endlich mal jemand das Konzept zu verstehen und seine Widersprüche und Fallstricke im Detail auszumachen. Verwunderlicherweise fehlt der Hinweis auf den anthroposophischen Hintergrund, vor dem Werner argumentiert und auch die Besteuerung des Konsums begründet und gleichzeitig lässt der Text auch deutlich werden, wie technizistisch und modellfixiert doch BGE-Diskussionen werden können. Schließlich zeigt er auch noch die Paradoxie des Wunsches nach einer gemeinsamen BGE-Bewegung, die alle unterschiedlichen BefürworterInnen zusammenhält. Dem Rezensenten ist es jedenfalls nicht mehr nachvollziehbar, wie nach so einer Kritik am Finanzierungsvorschlag Thomas Lohmeier seine Leserinnen und Leser und die BGE-Bewegung ermahnt, „sich an dieser Frage nicht spalten (zu lassen), denn

die Gegner des Grundeinkommens sind zahlreich und mächtig genug“ (90). Hier wird krampfhaft versucht, eine Einheitlichkeit und Bündnisfähigkeit zu bewahren, die an politische Naivität grenzt. Bei allem Plädoyer für Muße, SchöpferInnen-tum und Freiheit der Lebensgestaltung, das bei Götz Werner sicher zu finden ist, ist seine politische Orientierung eine, die sehr gut mit dem individuellen, eigenverantwortlichen unternehmerischen Selbst leben kann. Dass auch gestandene Neoliberale Konzepte eines BGE in die Diskussion einbringen, ist bekannt. Harald Rein charakterisiert sie in seinem Text S. 94-106 als „Visionen und Realitäten erzwungener Lohnarbeit“ (94). Er nimmt sich der Vorschläge diverser wirtschaftswissenschaftlicher Think-Tanks an, die alle in die Richtung Workfare gehen und eigentlich nur im Falle des Konzepts von Thomas Straubhaar und des ehemaligen thüringischen Ministerpräsidenten Althaus etwas mit einem BGE zu tun haben. Beide Vorschläge sind so konzipiert, dass der ökonomische Zwang, Arbeit um jeden Preis anzunehmen, um sich eine Aufstockung des äußerst niedrigen BGE zu verdienen, sehr mächtig ist. Die vorgestellten und diskutierten Workfare-Konzepte sind schon vom konzeptionellen Ansatz her das Kontrastprogramm zum Recht, Rechte und ein ausreichendes Einkommen zu haben. Sie zeichnen sich gerade dadurch aus, die Konditionalität von sozialen Rechtsansprüchen zu erhöhen, also die Gewährleistung des soziokulturellen Existenzminimums mit der Ableistung von Arbeit oder Teilnahme an Programmen der Lebensführungsbeeinflussung verbindlich zu verknüpfen. Die Rolle des Textes im vorgestellten Buch ist wahr-

scheinlich die, noch einmal auf die sozial- und arbeitsmarktpolitische Rahmung der BGE-Diskussion durch den aktivierenden Staat zu verweisen. Und schließlich speist sich die Legitimität von Darstellung und Kritik solcher Praktiken in diesem Buch auch aus der Positionierung der Herausgeber in den politischen Zusammenhängen der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen. Denn deren Mitglieder und die, für die sie anwaltlich sprechen, sind mit diesen Praktiken seit den so genannten Hartz-Reformen in verstärktem Maße konfrontiert. Von den Parteien werden in diesem Buch die Grünen und die Linke betrachtet. Die Piratenpartei, die ja auch ein BGE in ihrem Programm hat, war zum Zeitpunkt der Zusammenstellung dieses Bandes wohl noch nicht so in der öffentlichen politischen Wahrnehmung wie nach der Berliner Wahl.

Die Grünen knüpft sich Anne Alex vor und erzählt ihnen erstmal von ihrer Beteiligung an der Agenda 2010 um sich dann im Detail einigen innerhalb der Grünen vertretenen BGE-Positionen zuzuwenden. Diese sind in der Partei bekanntermaßen nicht mehrheitsfähig und bieten auch immer weniger Geld als das im Buch favorisierte Existenzgeld. Die Kritik von Anne Alex konzentriert sich vor allem darauf, dass die Grünen „eine Infrastruktur, die Zugang zu grundlegenden öffentlichen Gütern wie Bildung, guter Arbeit und würdigem Auskommen ermöglichen [fordern ... und] trotzdem lehnen sie ein BGE ab,“ weil sie einen Widerspruch zwischen der Verbesserung der Lebenslage durch Geld und der „Herstellung eines Bürgerrechts auf kulturelle, institutionelle und materielle Teilhabe“ befürchten (108/109). Im Rahmen ihrer Kritik an

den Grünen bekommen die bestehenden und doch auch Ungleichheiten reproduzierenden und formenden Sozialversicherungssysteme geradezu höhere positive Weihen. In ihrem Schlusswort werden die meisten LeserInnen sicher nicht von der Feststellung überrascht, dass „die Grünen auf jeden Fall nicht den Marxschen Weg vom Reich der Notwendigkeit zum Reich der Freiheit“ gehen (118).

Roland Blaschke gibt in seinem Überblick über „Die Debatte über den Arbeitsbegriff und das Grundeinkommen in der Partei DIE LINKE“. Darin stellt er dar, wie ein weit gefasster Arbeitsbegriff schon länger innerhalb der Partei – auch als sie noch PDS war – „ein Gemeinplatz“ war, aber es nun nicht mehr ist. Die Gründe dafür sieht Blaschke, der Mitglied der BAG Grundeinkommen innerhalb der LINKEN ist, sowohl darin, dass führende Mitglieder bei der Diskussion der „Eigentumsfrage“ darauf hinweisen, dass Eigentum durch Arbeit entsteht (125) und zweitens in der Partei „unreflektiert“ mit dem Begriff der „guten Arbeit“ umgegangen wird (126). In diesem Umgang geht für Blaschke die Diskussion um Ausbeutungsverhältnisse verloren und die LINKE komme nicht mehr zu einer Kritik der Lohnarbeit und der Destruktivität von Lohnarbeit gegenüber äußerer wie innerer Natur (128/129). Neben der Darstellung dieser Diskussion um „Arbeit“ schließt sich die Darstellung der Diskussion um das BGE an. Dabei ist bemerkenswert, dass die eben noch geäußerte Kritik am Kampf um „gute Arbeit“ bei der Darstellung des „BGE als Bestandteil einer emanzipatorischen und gesellschaftstransformativen Gesamtstrategie“ selbstverständlich auftaucht (arbeitsrechtliche

Verbesserungen, Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn). Wahrscheinlich lassen sich solche Ambivalenzen nur im Rahmen parteiinterner Abgrenzungskämpfe verstehen. Ronald Blaschke hätte ja einfach auch ganz pragmatisch anerkennen können, dass auch im Kampf um „gute Arbeit“ emanzipatorische Potenziale liegen, sich eben nicht dem Ethos der Arbeit um jeden Preis unterzuordnen. Schließlich werden auch die prinzipiell BGE-ablehnenden Positionen innerhalb der Partei vorgestellt und es werden die verschiedenen Versuche falscher Gegenüberstellungen wie öffentliche Infrastruktur vs. BGE oder Arbeitszeitverkürzung vs. BGE kritisiert. Blaschkes Vermutung ist, dass es hauptsächlich (Ex)Gewerkschaftsfunktionäre sind, die von ihren Führungspositionen in der Partei aus gegen das BGE argumentieren. Um zu anderen Positionen in der Partei zu kommen, müsse sich an der Gewerkschaftsbasis eine starke Bewegung für ein Grundeinkommen bilden, um wiederum in der Partei wirksam zu werden. Dabei formuliert Blaschke in seiner Argumentation gegen Positionen, die Forderungen als „illusionär“ kritisieren, einen Satz, der doch in Inhalt und Ton erschreckt „Die alte linke Weisheit, dass der Kampf für linke Projekte zugleich ein Kampf für andere Herrschaftsverhältnisse ist und sein muss, ist offensichtlich vollkommen verloren gegangen“ (134). Wo bitte bleibt die Emanzipation, wenn es um andere Herrschaftsverhältnisse geht?

Anders als der Blick in die Abgründe parteiinterner Diskussionen sind die Beiträge von Gudrun Dienst und Tim Engel vom Food First Informations- und Aktionsnetzwerk FIAN, die die BGE Debatte in den Kontext der Diskussion um die

Stärkung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte („wsk-Rechte“) weltweit stellen. Es war ja schon lange eine Kritik an BGE-Forderungen, dass sie sich auf die sozialen Verhältnisse in den 'reichen Ländern' beziehen. Dienst und Engel stellen das Selbstverständnis von FIAN als „zivilgesellschaftliche Organisation [...] zur Stärkung und Weiterentwicklung des Menschenrechtssystems mit seinen Instrumenten“ dar (141) und berichten von den Argumentationen, mit denen FIAN und andere NGOs den 5. Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung der wsk-Rechte aus dem Jahr 2008 in einem Parallelbericht kritisiert haben. Darin werden selektive Sozialprogramme kritisiert, wie sie in der hiesigen sozialstaatlichen Regulation üblich sind und es werden bedingungslose Mindest- und Grundeinkommenssysteme favorisiert (146). Eklantantes Beispiel für eine selektive Politik ist z.B. das Asylwerberleistungsgesetz. Kritisiert werden auch die Zunahme von Unterstützungssystemen wie Suppenküchen, Sozialkaufhäusern und Tafeln, die nicht auf Rechtsansprüchen basieren (149). Insgesamt bewerten Dienst und Engel die Möglichkeiten, sich auf das Menschenrechtssystem zu beziehen, als eine Möglichkeit, globale Allianzen mit dem Ziel der Herstellung von Gerechtigkeit zu fördern – schließlich sei es ein „anerkanntes Wertesystem“ (150).

Gleiche Ansprüche auf Menschenrechte bedeuten keine gleichen Lebensverhältnisse. Soziale Ungleichheiten bestehen und soziale Ungleichheiten werden in der Regel nationalstaatlich reguliert. Nationalstaaten bestimmen darüber, wer als Staatsbürgerin oder Staatsbürger dazugehört oder nicht dazugehört.

Grundeinkommenskonzepte verstehen sich in der Regel als Alternative zu sozialen Sicherungssystemen, die auf der Leitfigur des männlichen Lohnarbeiters oder des verallgemeinerten Arbeitsbürgers beruhen, gekoppelt mit den entsprechenden Geschlechterverhältnissen. Weshalb als alternative Figur die des Staatsbürgers naheliegt.

Hagen Kopp weist in seinem Beitrag (153-163) darauf hin, dass häufig von einem gegenseitigen Ausschluss der Forderungen nach offenen Grenzen und Forderungen nach einem BGE ausgegangen wird. Er hält das für eine wenig produktive Polarisierung. Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist die bei BGE-Konzepten auftauchende Frage, auf Basis welchen Aufenthaltsstatus das Recht auf ein ja eigentlich bedingungsloses Grundeinkommen beansprucht werden kann. Auch im Konzept der BAG der Erwerbslosen – und Sozialhilfeinitiativen wird das BGE für diejenigen vorgesehen, die sich „dauerhaft“ in Deutschland aufhalten – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Was aber „dauerhaft“ meint, wird nicht erläutert. Andere Konzepte sprechen ebenfalls unklar von „allen Menschen im jeweiligen Hoheitsgebiet“ (154). Da es in diesen Debatten letztlich immer um die Verteilungsfragen von finanziellen Ressourcen (und Lohnarbeit) geht, ist es nur konsequent, wenn Kopp im Rückgriff auf andere AutorInnen dafür plädiert, Grundeinkommenskonzepte von Anfang an nur global zu denken. So kann Umverteilung von Reichtum auch auf Basis des ökonomischen Beitrags der illegalisierten ArbeiterInnen und des weltweiten Ausbeutungsgefälles diskutiert werden. Dabei verweist er auf Vorschläge eines „soli-

darischen Nord-Süd-Transfers“ und auf Positionen von *medico international*, die davon ausgehen „dass der Anspruch auf ein gutes Leben für alle nie nationalstaatlich realisiert werden kann“ (156). Daraus wird bei *medico international* die Forderung formuliert, dass „alle Leute dort, wo sie sind, auch gleiche Rechte haben“ (157). Dass dabei womöglich unterstellt wird, dass gleiche Rechte auch materiell zum gleichen Ergebnis führen, und übersehen wird, dass gleiche Rechte z.B. auf Zugang zu einem Grundeinkommen durchaus im Sinne von hierarchischen Ansprüchen formuliert werden können, wird nicht diskutiert. In der migrationspolitischen Diskussion sieht Hagen Kopp jedenfalls in der Orientierung auf globale soziale Rechte den Versuch, der Migration als Bewegung gerecht zu werden, die den Anspruch auf ein besseres Leben jenseits politischer Unterdrückung und ökonomischer Ausbeutung ausdrückt (157). Jedoch habe sich keine Möglichkeit ergeben, das Projekt globaler sozialer Rechte zu konkreter politischer Praxis werden zu lassen. Einen theoretischen Verknüpfungspunkt sieht er zwar mit dem Entwurf einer „Sozialpolitik als Bereitstellen von gesellschaftlicher Infrastruktur“. Er betrachtet diese Vorschläge unter migrantischer Perspektive und beurteilt die Forderung nach einer Infrastruktur positiv, da sie „gänzlich unkontrolliert einfach allen zur Verfügung“ steht (160). Aber gleichzeitig sieht er den Mangel, dass im Konzept die migrantische Situation nicht explizit thematisiert wird. Als praktikabler Vorschlag „aus der Kampagnenschublade“ berichtet er von der Kampagne für einen anonymen Krankenschein für Papierlose. Er sieht darin eine praktische

Möglichkeit der Integration Illegalisierter in die bestehende Gesundheitsversorgung und gleichzeitig ein „Recht auf Zugang zu gesundheitlicher Versorgung [...] als öffentliches Gut“ (161) und ein „Schnittmengenprojekt“, wie es nötig wäre, um aus unterschiedlichen Perspektiven, Gruppen, Bewegungen einen gemeinsamen politischen Diskurs- und Praxisraum für globale soziale Rechte zu bilden (162).

Die das Buch beschließenden „Ausblicke in eine andere Gesellschaft“ sind sehr unterschiedlich. Der Text von Ingrid Wagner ist vom Typus her eine direkte Ansprache und Agitation des Lesers und der Leserin: „Sie zu treffen und zu berühren, war mein Ziel“ (172), um vom „Fetisch Arbeit“ – gemeint ist Lohnarbeit – abzulassen und zu „sinnvoller Tätigkeit“ aufzubrechen. Der Text von Brigitte Ohrlein hingegen versammelt noch einmal ganz grundsätzliche Argumente, wie die „Transformation in eine Gesellschaft, die den Menschen als Maß der Verhältnisse nimmt“ (173) denkbar sein könnte. Neben vielen programmatischen Anrufungen von „Selbstveränderung“ und Bildern „wahre(r) Lebensqualität“, die es anzustreben gelte, bezieht auch sie eine Position, die im Zurück zum keynesianischen Wohlfahrtsstaat keine emanzipatorische Alternative sieht, ja sie will „letztendlich (über) den Staat überhaupt hinauskommen“ (175). Auch einen Bruch mit der ökonomischen Wachstumslogik hält sie wegen der Destruktivität des kapitalistischen Wachstums für nötig (177) und sie plädiert für die Befreiung der Arbeit aus den Fesseln der Lohnarbeit und der abstrakten Arbeit hin zu Tätigkeiten, über die alternativ soziale Anerkennung vermittelt ist (178). Statt auf ein

Grundeinkommen in Geldform zu setzen, plädiert auch sie für eine kostenlose soziale Infrastruktur, die klassische Bereiche der Daseinsvorsorge abdeckt und in Teilen dezentral und gemeinschaftlich gestaltet ist (178). Eine solche Infrastruktur ist die Voraussetzung, alternative Formen der Arbeit, der Kooperation und der demokratischen Beteiligung zu entwickeln. Das Überwinden der Warenförmigkeit der Bedürfnisbefriedigung braucht also ein BGE als Geld lediglich als ergänzende Unterstützung zu einer Infrastruktur. „Weder ist es eine Lösung für ein ‘gutes’ Leben noch ein Allheilmittel“ (181). Ohrlein beschreibt ein BGE primär als „Übergangsunterstützung“ im Rahmen einer Bürgerversicherung, die auch die Gesundheitsversorgung abdeckt, die über eine (progressiv gestaltete) solidarische Einfachsteuer auf alle Einkommen und Vermögen finanziert wird. Für den Übergang in der Alterssicherung geht sie von einer „Äquivalenzgarantie“ mit Deckelungen bei hohen Altersbezügen aus, um weitere Umverteilung zu ermöglichen (183). Am Ende steht als Transformationsvorstellung die bekannte Triadenforderung nach BGE, Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung, ergänzt um eine kostenlose Infrastruktur öffentlicher Daseinsvorsorge und eine Bürgerversicherung. Und es bleibt der Hinweis auf die sozialen und politischen Kräfteverhältnisse als Voraussetzungen, die sich stark verändern müssten (185).

Als Fazit lässt sich feststellen, dass in dem Buch zu recht sehr viel über „Arbei-

ten“ und gesellschaftlich notwendige Arbeiten diskutiert wird, und des weiteren spielt eine kostenlose soziale Infrastruktur eine zentrale Rolle. Beides zusammen deutet darauf hin, dass es sich trotz aller radikalen Transformations- und Bruchrethorik beim Existenzgeld eigentlich nicht um einen Generalschlüssel für die Tür zu einer BGE-Wunderwelt handelt, sondern durchaus um ein Angebot, um über ‘radikal reformistische’ Veränderungen im Bereich der Arbeiten und der sozialen Existenzsicherung nachzudenken. Auffällig ist auch, dass der ganze Bereich des Wohnens als wichtiger Teil unsres Lebens außer als Kostenfaktor nicht thematisiert wird – trotz Recht-auf-Stadt-Bewegungen. Als offene Baustellen bleibt neben der Schwierigkeit einer Politik globaler sozialer Rechte und Leistungen wie immer die Frage, welche sozialen und politischen Akteure denn bei solchen reformistischen Versuchen überhaupt mitstreiten wollten. Für einen nächsten Band in dieser Tradition sei angeregt, doch noch einmal genauer zu betrachten, welche emanzipatorischen sozialpolitischen Reformvorschläge derzeit von wem formuliert werden und welche sich vielleicht in sozialen (Alltags)Kämpfen artikulieren und ob sich darin grenzüberschreitende Verbindungen finden lassen.

*Wolfgang Völker
Hellkamp 39
20255 Hamburg
wvoelker-hamburg@t-online.de*



Was ist Ideologiekritik?

Theodor W. Adorno: Nachgelassene Schriften. Abteilung IV: Vorlesungen Band 6: Philosophie und Soziologie (1960) (hrsg. v. Dirk Braunstein), Frankfurt/M.: Suhrkamp, 2011, 459 Seiten. 46,90 Euro

Gibt es keine Ideologien mehr? Oder gibt es nur keine Kritik mehr an ihnen? Es war Rahel Jaeggi, die diese Fragen neuerlich aufgeworfen hat, um sie dann auch gleich zu beantworten: „Die Verhältnisse schreien nach Ideologiekritik“¹, und dies nicht nur mit Blick auf die neosozialen und neoliberalen Verklärungen gesellschaftlicher Exklusions- und Ausbeutungsverhältnisse, sondern auch angesichts der deutlich menschenfeindlichen ideologischen Syndrome aus Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus, die weltweit um sich greifen. Im Umkreis der Kritischen Theorie, dem Jaeggi zweifellos zuzurechnen ist, ist dies ein bedeutender Schritt, war es doch Jürgen Habermas, der in seiner „Theorie des kommunikativen Handelns“ aus dem Jahr 1981 vehement den Abschied von der Ideologiekritik gefordert und dann auch vollzogen hatte – und mit dieser Depotenzierung des Kritikbegriffs für eine ganze Generation Frankfurter Schüler prägend wurde. Bevor man sich allerdings, wie Jaeggi dies nun vorschlägt, flugs an eine pragmatistische „Neubestimmung“ der Ideologiekritik begibt, ist es vielleicht sinnvoller, sich zunächst noch einmal zu vergegenwärtigen,

was mit dem Begriff der Ideologie eigentlich gemeint war. Adornos Vorlesung über „Philosophie und Soziologie“ aus dem Sommersemester 1960 bietet dafür eine hervorragende Gelegenheit. Sie kann jetzt in dem von Dirk Braunstein gewohnt sorgfältig herausgegebenen Band 6, Abteilung IV der „Nachgelassenen Schriften“ nachgelesen werden.

Nach seiner Rückkehr aus dem amerikanischen Exil musste Adorno ganze neun Jahre warten, bis er 1957 endlich zum Ordinarius für Philosophie und Soziologie an der Universität Frankfurt berufen wurde. Er hatte die Professur bis zu seinem Lebensende im Jahr 1969 inne. Die Vorlesung über „Philosophie und Soziologie“ war die erste, in der er die Verhältnisbestimmung der beiden Disziplinen explizit zum Gegenstand machte. In keiner seiner Vorlesungen widmete sich Adorno so ausführlich dem Problem der Ideologie wie in dieser. Der Grund dafür ist einfach: Am Begriff der Ideologie treffen sich die beiden akademisch getrennten Disziplinen. Die Soziologie wird philosophisch, die Philosophie soziologisch. Dies lässt sich am besten am klassischen Ideologiebegriff demonstrieren. Schon in der Fassung, wie sie bei Marx zu finden ist, ist Ideologie ein Begriff, in dem Genesis und Geltung, soziologische Analyse und philosophischer Wahrheitsanspruch eine dialektische Einheit bilden. Marx, so formuliert es der junge Horkheimer, „benutzte ihn gleichsam als unterirdische Sprengmine gegen die Lügengebäude der offiziellen Wissenschaft. Seine ganze Verachtung der gewollten und halbgecollten, instinktiven und überlegten, bezahlten und unbezahlten Verschleierung der Ausbeutung, auf der das kapitalistische System

¹ Rahel Jaeggi: Was ist Ideologiekritik?, in: dies./Tilo Wesche (Hg.), Was ist Kritik?, Frankfurt/M.. 2009, S.271

beruht, lag in diesem Begriff². Schon in der „Deutschen Ideologie“ (1845/46) von Marx und Engels liegt der eminent politische Sinn dieser Form der Kritik offen zutage. Ideologiekritik verstand sich als ein Instrument im Kampf gegen die Herrschaftsverhältnisse jener Zeit. In „mühsamer theoretischer Untersuchung“ gelingt es Marx im „Kapital“ (1867) die Objektivität der Ideologiebildung nachzuweisen. Seitdem hat Ideologie einen präzisen Sinn: Es ist eine Form des Denkens und der Praxis, die zugleich wahr und unwahr, subjektiv richtig und objektiv falsch ist – in den Worten Adornos: ein „gesellschaftlich notwendiges falsches Bewusstsein“.

Wie aber lässt sich zwischen „wahr“ und „unwahr“ unterscheiden? Wenn es ein „falsches Bewusstsein“ gibt, was ist dann ein „richtiges“? Und weiter: Was hat es mit der „gesellschaftlichen Notwendigkeit“ des „falschen Bewusstseins“ auf sich? Begriffe dieser Art klingen heute hoffnungslos antiquiert. Das Analyseverfahren, für das sie stehen, ist es keineswegs. Ideologiekritik erklärt die Verfälschung des Denkens und Handelns nicht subjektivistisch aus Vorurteilen, Irreführung oder bewusster Manipulation, sondern aus der Objektivität des Sozialprozesses. Für Marx ist gesellschaftliche Unbewusstheit, die in Ideologien zum Ausdruck kommt, das Resultat von objektiv mystifikatorischen Strukturprozessen, vorzüglich der Struktur der Warenform. Unbewusstheit meinte bei ihm die gesellschaftliche Bewusstlosigkeit in

2 Max Horkheimer: Dämmerung, Notizen in Deutschland (1934), in: ders., Gesammelte Schriften Bd. 2, Frankfurt/M. 1985ff., S. 392

dem doppelten Sinn von Ohnmacht und Unwissen der Individuen in einer von Widersprüchen zerrissenen Wirklichkeit. Adorno knüpft in seiner Vorlesung daran. Gegen die Wissenssoziologie, die den Ideologiebegriff zu einem bloßen Zurechnungsverfahren von geistigem Gebilde und sozialer Lage trivialisiert und ihn so akademisch genießbar macht, insistiert Adorno darauf, dass Ideologie durch die gesellschaftliche Totalität vermittelt ist und nur oberflächlich auf Sonderinteressen von Gruppen zurückgeführt werden kann. Gerade an dem aus der Philosophie kommenden Begriff der Totalität stößt sich die heutige Soziologie, die lieber ganz auf einen Begriff der Gesellschaft verzichtet. Für die kritische Theorie der Gesellschaft war er zentral. Die gesellschaftliche Notwendigkeit des falschen Bewusstseins lässt sich nur begreifen, wenn die Diskrepanz zwischen den inneren Strukturen und den äußeren Erscheinungsweisen des gesellschaftlichen Lebens erkannt wird, was ohne einen Begriff von Gesellschaft als dialektischem Strukturzusammenhang gar nicht möglich ist.

In den Theorieetiketten von heute lässt sich die Erkenntnisstruktur von Ideologiekritik am ehesten als „praktisch-kritischer Kontextualismus“ beschreiben. „Richtiges Bewusstsein“ ist kein Zustand, sondern eine Tätigkeit: Kritik – entweder als praktische Kritik struktureller Herrschaft oder als immanente Kritik der herrschaftslegitimierenden, ideologischen Gebilde. In der Bewegung der Kritik sind Genesis und Geltung, Historizität und Wahrheit vermittelt. Mit der Formulierung vom „Zeitkern der Wahrheit“, die Adorno – wie er den Zuhörern verriet – mit seinem Freund Walter Benja-

min „irgendwann einmal gemeinsam ausgeheckt“ hat, ist genau dies gemeint. Sie trifft das innere Verhältnis von Historizität und Normativität im Prozess der Kritik: „Die Genese [...] ist von der Geltung, nämlich von der Frage nach der Adäquanz zwischen Begriff und Realität, eigentlich gar nicht abzusondern“ (S. 280). Ideologie ist an sich wahr – als Idee der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Gleichheit, der Menschenrechte; unwahr wird sie in ihrem Verhältnis zur gesellschaftlichen Wirklichkeit. Ideologiekritik konfrontiert die Ideologie mit ihrer eigenen Realität. Sie weist den inneren Widerspruch zur bestehenden Ordnung nach.

Wo aber der Anspruch auf objektive Wahrheit gar nicht mehr besteht, kann von Ideologie im strengen Sinn nicht mehr gesprochen werden. Ideologie löst sich in Lüge und totalitäre Weltanschauung auf, wie Adorno mit Hinweis auf den Nationalsozialismus und die Stalinisierung der Sowjetunion demonstriert. Welche Form nimmt Ideologie im posttotalitären Zeitalter an? Adorno widmet sich der Frage des Strukturwandels der Ideologiebildung im letzten Teil seiner Vorlesung. Im Zuge der fortschreitenden Zentralisierung und Verschmelzung von Kapital, Technik und Politik verändert sich die Gesellschaft in einer Weise, dass sie den Menschen mehr und mehr als unveränderbar und wie eine „zweite Natur“ erscheint, der sie sich ohnmächtig ausgeliefert fühlen. Heute, so Adorno, ist „jeder Einzelne, wenn er leben will, dazu gezwungen, sich ein Löchlein zu suchen, in das er hineinkriechen kann, hoffend, dass er die permanente Katastrophe, in der wir uns befinden, doch einigermaßen überstehe“ (S. 235). Dem entspricht der

„scheinbar ideologielose Realismus“ vieler Menschen, die sich nur noch am unmittelbaren Eigeninteresse orientieren und sich ansonsten am Fetisch des technologischen Fortschritts erfreuen. In dem „skeptischen Bewusstsein“ – für Schelsky der Beweis für eine von Ideologien befreite Welt – sieht Adorno die aktuellste Form einer Ideologie, in der das Privatinteresse an Gewinnmaximierung zum einzigen Lebenssinn wird, unablässig angefeuert von der massenmedialen Werbungs- und Kulturindustrie: „Geiz ist geil“. Gleichwohl sind es weniger die Inhalte, sondern die gesellschaftlich vermittelten Formen des Denkens, die es ideologisch machen. Adorno schlägt in diesem Zusammenhang vor, „Typen“ der Ideologiebildung danach zu unterscheiden, in welchem Verhältnis sie zu der gesellschaftlichen Ordnung stehen: als Rechtfertigungsideologien (z.B. der klassische Liberalismus), Komplementärideologien (z.B. Religion oder Metaphysik) oder Verschleierungs-ideologien (z.B. der politische Antisemitismus und Rassismus). Kurt Lenk hat diesen Gedanken aus Adornos Vorlesung später zu einer Ideologientypologie ausgearbeitet.³ In dem Buch mit dem Untertitel „Zur deutschen Ideologie“, „Jargon der Eigentlichkeit“ (1964), unterzog Adorno die am weitesten verbreitete Komplementärideologie im westlichen Nachkriegsdeutschland einer beißenden Kritik.

3 Kurt Lenk: Zum Strukturwandel politischer Ideologien im 19. und 20. Jahrhundert – Begriff und Phänomen des ideologischen Bewusstseins (1981), in: ders., Rechts, wo die Mitte ist. Studien zur Ideologie: Rechtsextratismus, Nationalsozialismus, Konservatismus, Baden-Baden, 1994, S. 27-41

Schon in der Vorlesung von 1960 kommt er auf sie zu sprechen. In der existenzialistischen Anrufung des „Menschen“ in der erhabenen Würde seines Seins – eine Ideologie, die übrigens besonders stark in der Sozialen Arbeit jener Jahre verbreitet war und bis heute überlebt hat: „im Mittelpunkt steht der Mensch“ o.ä. – sah Adorno die ebenso substanzlose wie vertröstende Ergänzung „zur universalen Entmenschlichung“, auf die die kapitalistische Weltgesellschaft hintreibt.

Was die Vorlesungstranskripte auch heute noch so ungemein lesenswert macht, ist die Art und Weise, mit der Adorno seinen Zuhörern die Verhältnisbestimmung von Philosophie und Soziologie nahe bringt. Reine Soziologie und reine Philosophie verfallen gleichermaßen der Kritik. Den Begriff der Kritik

aber gewinnt Adorno, indem er die beiden Disziplinen am Gegenstand der Ideologie vermittelt. So ist die Vorlesung Ideologiekritik und Begründung von Ideologiekritik in einem. Die sich in dieser Denkbewegung konturierende Theorie der Kritik ist von größter Aktualität: „Die Verhältnisse schreien nach Ideologiekritik“, so Rahel Jaeggi, die dann noch einmal beweisen will, dass Ideologiekritik möglich ist. Dass sie möglich ist, ist aber längst bewiesen. Ideologien gibt es heute mehr als genug, es kommt darauf an, sie zu kritisieren.

Wolfram Stender
Hochschule Hannover
Blumhardtstr. 2
30625 Hannover
Wolfram.Stender@fh-hannover.de

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

*Brigitte Stolz-Willig,
Jannis Christoforidis (Hrsg.)*

Hauptsache billig?

Prekarisierung der Arbeit
in den sozialen Berufen

2011 - 245 Seiten - € 24,90
ISBN: 978-3-89691-890-1

Ein Großteil der Sozialen Berufe wird an den Rand des Niedriglohnsektors gedrängt – und vorrangig betroffen davon ist qualifizierte Frauenarbeit. Die Autoren und Autorinnen fragen nach den Triebkräften dieser Entwicklungen und diskutieren die Beschäftigungsperspektiven und die Qualität der Arbeit in den Sozialen Berufen.



Gefährdete Freiheit

Barbara Holland-Cunz
Gefährdete Freiheit.
Über Hannah Arendt und
Simone de Beauvoir

2012. 150 Seiten. Kart.
19,90 € (D),
20,50 € (A),
28,90 SFr
ISBN 978-3-86649-457-2

Im 20. Jahrhundert haben zwei Frauen zur gleichen Zeit mit einer ganz ähnlichen philosophischen Orientierung den unbestrittenen Rang einer Klassikerin in der Politischen

Theorie erworben: Hannah Arendt und Simone de Beauvoir. Grund genug für die renommierte Wissenschaftlerin Barbara Holland-Cunz, sich mit den beiden, ihrem Leben, Wirken und Werk auseinanderzusetzen. Ein spannendes Buch voll kluger Gedanken zu klugen Gedanken.

Wissen, was läuft: Kostenlos **budrich intern** abonnieren!
Formlose eMail an: info@budrich.de – Betreff: budrich intern

Direkt bestellen: www.budrich-verlag.de



Verlag Barbara Budrich • Barbara Budrich Publishers
Stauffenbergstr. 7 • D-51379 Leverkusen Opladen • Tel +49 (0)2171.344.594 •
Fax +49 (0)2171.344.693 • info@budrich-verlag.de • www.budrich-verlag.de



express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



■ Abgetreten?

Texte zu und aus Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung

■ Absurd?

Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik

■ Alternativlos?

Elemente & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik

■ Anachronistisch?

Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe

■ Antizyklisch?

Debatten und Kommentare zur Politik der Ökonomie

express-Probeabo:

10 Euro (gg. V.k.) zahlen,
die nächsten 4 aktuellen
Ausgaben lesen

■ express, 4/12 u.a.

Roland Barth: »Spurenelemente« oder: eine vertane Chance – zur Tarifrunde im Öffentlichen Dienst

»Kampf dem Arbeitskampf«, Grundversorgung sichern? Gesetzesentwurf zur Einschränkung des Arbeitskampfrechts in der Daseinsvorsorge

Wolfgang Schaumberg: »Kampfansage bei Opel«, neue Töne im Euro-Betriebsrat

Marcus Rediker: »Libertalia: Utopia der Piraten«

»Das Fließband von heute«, Arbeit im Film – ein Gespräch mit Dirk Lütter, Regisseur

Wolter/Bach/Arnold: »Den Begriff vom Machbaren verändert«, 45 Jahre »Cecosesola« – Geschichte einer venezolanischen Kooperative

Nicholas Bell: »Occupy in Andalusien«, Gewerkschaft SOC organisiert Landbesetzungen

Laskos/Milios/Tsakalotos: »Austreten oder nicht?«, über kommunistische Dilemmata in der Euro-Krise

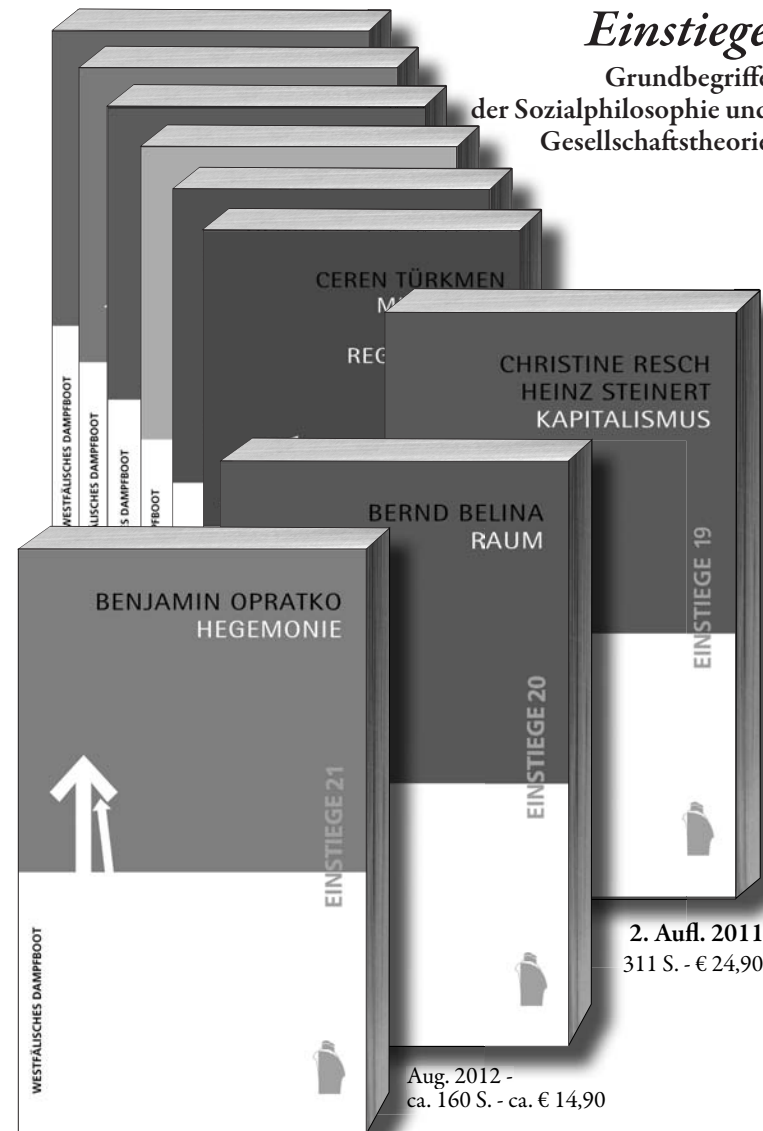
Jenny Brown: »Isolation und Scham«, über die Schwierigkeit, Erwerbslose in den USA gewerkschaftlich zu organisieren

Redaktion express
Niddastraße 64
60329 Frankfurt

Tel. (069) 67 99 84
Email: express-afp@online.de
www.express-afp.info

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Einstiege Grundbegriffe der Sozialphilosophie und Gesellschaftstheorie



2. Aufl. 2011
311 S. - € 24,90

Aug. 2012 -
ca. 160 S. - ca. € 14,90

2012 - 219 S. - 19,90

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

